



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Felix Hurdes und das *österreichische Deutsch*.
Eine zeitgeschichtlich kontextualisierte soziolinguistische
Untersuchung zur Sprachideologie und Sprachpolitik in
der Frühphase der Zweiten Österreichischen Republik“

verfasst von / submitted by
Philip Lenzenhofer, BEd

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:
Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:
Betreut von / Supervisor:

UA 199 506 511 02

Masterstudium Lehramt Sek (AB) UF Deutsch UF Ge-
schichte, Sozialkunde und Politische Bildung

Mag. Dr. Manfred Michael Glauningner, Privatdoz.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	7
1.1.	Begründung der Themenstellung und Untersuchungsgegenstand	7
1.2.	Forschungsstand, Forschungslücke und Forschungsfragen	8
1.2.1.	Forschungsstand zu Felix Hurdes	9
1.2.2.	Forschungsstand bezüglich eines „österreichischen Deutsch“	10
1.2.3.	Forschungsstand betreffend Sprach(en)politik und Sprachnationalismus	11
2.	Felix Hurdes – Leben, Wirken, Ansichten	13
3.	Theoretische Fundierung	15
3.1.	Untersuchungsgegenstand	15
3.2.	Sprachideologie-, Sprach(en)politik-, Sprachplanungsforschung.....	16
3.2.1.	Sprach(en)politik und Sprachplanung.....	16
3.2.2.	Sprachnationalismus und Sprachideologie	18
3.3.	„Österreichisches Deutsch“.....	20
3.3.1.	Plurizentrik der deutschen Sprache.....	20
3.3.2.	„Das“ österreichische Deutsch? Über definitorische Eingrenzungsversuche und terminologischen Dissens.....	24
3.3.3.	Sprachliche Merkmale des „österreichischen (Standard-)Deutsch“	26
3.3.4.	Historische Verortung und sprachgeschichtlicher Abriss	27
3.4.	Zeitgeschichte der Zweiten Österreichischen Republik 1945–1955.....	29
3.4.1.	<i>Nation-building</i> und entsprechende Bewusstseinsformung.....	29
3.4.2.	„Besatzungszeit“ in Österreich von 1945–1955	33
3.4.3.	„Verfreundete Nachbarn“ – Die deutsch-österreichische Vergangenheit.....	39
4.	Empirischer Teil	45
4.1.	Methodisches Vorgehen	45
4.2.	Materialbasis	47
4.3.	Analyse und Ergebnisse	49
4.3.1.	Konzepte von Felix Hurdes bezüglich eines „österreichischen Deutsch“	49
4.3.1.1.	Stellenwert Österreichs.....	49
4.3.1.2.	Etablierung einer österreichischen Identität	53
4.3.1.3.	Konsolidierung Österreichs	55

4.3.1.4.	Abgrenzung zu Deutschland	58
4.3.2.	Sprachplanerische und sprach(en)politische Maßnahmen von Felix Hurdes	63
4.3.2.1.	Das Österreichische Wörterbuch (ÖWB).....	63
4.3.2.2.	Unterrichtssprache und „Hurdestanisch“	69
4.3.3.	Felix Hurdes' Zusammenarbeit mit den alliierten Behörden.....	72
4.4.	Vom Fehlen linguistisch fundierter Handlungsmuster.....	75
5.	Beantwortung der Forschungsfragen.....	78
6.	Fazit und Ausblick	80
7.	Literaturverzeichnis.....	81
7.1.	Primärquellen	81
7.2.	Sekundärliteratur bzw. sonstige Literatur	85
7.2.1.	Gedruckte Publikationen.....	85
7.2.2.	Digitale Publikationen.....	96

Jedem Menschen ist die Aufgabe gestellt, sich in diesem vergänglichen Leben das Ewige zu erringen. Gelingt ihm dies nicht, so hat er den gottgewollten Sinn seines Lebens verfehlt.

- *Felix Hurdes 1950: 139*

Danksagung

Das Verfassen einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit ist stets ein Unterfangen, das mit viel Mühe, Zeit und geistigen Ressourcen verbunden ist und von der Mitarbeit vieler Menschen lebt. Ich möchte meinem Betreuer Manfred Michael Glauningner für seine hilfreichen Ratschläge, seine durchgehende Unterstützung und seine unendliche Geduld in der Beantwortung meiner Anfragen danken. Zudem war der Zugang zu dem Einzelbestand zu Felix Hurdes im Archiv des Karl-von-Vogelsang-Institutes essenziell für die Behandlung der Forschungsfragen und der Thematik dieser Arbeit. Ohne diese Quellen wäre das vorliegende Werk kaum denkbar gewesen. Hier gilt mein Dank vor allem Johannes Schöner, der seit meinem Erstbesuch im Karl-von-Vogelsang-Institut stets ein offenes Ohr für Anliegen hatte, wichtige Hinweise auf mögliche Bestände, die ich noch nicht erkundet hatte, lieferte und dessen Flexibilität bezüglich spontaner Terminvereinbarungen ich äußerst zu schätzen weiß.

Mein besonderer Dank gilt jedoch meiner Familie, die mich immer in meinem Studium unterstützte, mir mit Rat und Tat allzeit helfend zur Seite stand. Ich möchte mich bei meinen Eltern für ihre nie abbreißende Unterstützung, meinen Traumberuf und das dafür erforderliche Studium zu verwirklichen, bedanken. Ihre Erziehung, die von ihnen vermittelten Werte und auch ihre emotionale Hilfe waren für mich Zeit meines Studiums richtungsweisend. Dafür bin ich ihnen von Herzen dankbar.

Am meisten möchte ich mich bei meiner Frau bedanken, deren Geduld in unzähligen Gesprächen über den Stand meiner Masterarbeit, in der Gelassenheit über die vielen Stunden, die ich eher in Archiven oder Bibliotheken anstatt mit ihr verbrachte, und dem Verständnis über das nicht enden wollende Verfassen meiner Arbeit unendlich war. Ich danke ihr von ganzem Herzen. Ohne sie wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit Konzepten, sprach(en)politischen Handlungen und sprachideologischen Positionen von Felix Hurdes bezüglich eines „österreichischen Deutsch“ im Zuge seiner Tätigkeit als Unterrichtsminister in der Frühphase der Zweiten Österreichischen Republik. Dabei sind drei zentrale Fragen relevant, die den Fokus der Arbeit bilden: Welches Konzept eines „österreichischen Deutsch“ und welche (Sprach-)Ideologien reflektieren die publizistischen und (sprach-)politischen Aktivitäten von Felix Hurdes? Welche sprachplanerischen Maßnahmen lassen sich unmittelbar und in welchem Ausmaß mit seiner politischen Tätigkeit – insbesondere als Unterrichtsminister von 1945 bis 1952 – in Verbindung bringen? Wie gestaltete sich diesbezüglich die Zusammenarbeit von Felix Hurdes mit den zuständigen Behörden der Besatzungsmächte?

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile. Neben einleitenden Vorbemerkungen und einer konzisen Darlegung von Felix Hurdes' Biografie werden zunächst einerseits Erkenntnisse aus der Sprachideologie- und Sprach(en)politikforschung sowie ein kurzer Abriss des aktuellen Forschungsstandes zum „österreichischen Deutsch“ präsentiert, andererseits wird ein komprimierter Einblick in die Zeitgeschichte der Zweiten Österreichischen Republik von 1945–1945 ermöglicht. Anschließend wird umfassendes, entsprechend aufbereitetes Quellenmaterial im Hinblick auf die oben genannten Forschungsfragen qualitativ-inhaltsanalytisch ausgewertet bzw. kontextualisiert. Diese methodische Vorgehensweise ist insofern in den Metarahmen der Diskurslinguistik eingebettet, als Felix Hurdes als höchst relevanter Akteur in den einschlägigen zeitgenössischen Diskursen gelten darf.

Im Ergebnis zeigt sich, dass Felix Hurdes keinerlei linguistisch fundierte Vorstellungen von einem „österreichischen Deutsch“ (und insbesondere nicht von einer entsprechenden Varietät im Sinne einer „plurizentrischen“ Konzeption) vertreten / propagiert hat. Dennoch konnte er aufgrund seiner ideologischen Positionierung für ein selbstständiges Österreich respektive eine österreichische Nation und dank seiner maßgeblichen politischen Rolle als Unterrichtsminister im Zusammenhang mit der Herausgabe eines „Österreichischen Wörterbuchs“ maßgebliche Impulse für die Genese der Idee (und Ideologie) einer spezifisch österreichischen Erscheinungsform der deutschen Sprache setzen.

1. Einleitung

1.1. Begründung der Themenstellung und Untersuchungsgegenstand

Sprache bildet unsere Wirklichkeit (ab) und ist ein wesentliches Instrument der Konstruktion von Identität(en) und emotionalen Bindung einer Bevölkerung zu einer Nation. Besonders innerhalb plurizentrischer Sprachgemeinschaften ist diesbezüglich eine komplexe Situation zu konstatieren, was auch in Österreich zu bemerken ist. „Austriazismen“ oder auch das Österreichische Wörterbuch als sprachliches Grundwerkzeug eines:r jeden österreichischen Schülers:in sind als Elemente der Auseinandersetzung mit dem „österreichischen (Standard-)Deutsch“ zu sehen, die in unserem Alltag einen nicht zu unterschätzenden Anteil einnehmen. Auch der Autor der vorliegenden Arbeit verfasst diese mittels einer Software, deren Spracheinstellung auf „Deutsch (Österreich)“ konfiguriert ist. Dabei ist die Idee dieses nationalen „österreichischen Deutsch“ erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit – sprachgeschichtlich gesehen fast ein Wimpernschlag –, nämlich erst seit der Etablierung der Zweiten Österreichischen Republik beobachtbar und eindeutig als top-down indiziertes Instrument zur Verankerung eines nationalen Österreichbewusstseins im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung zu verorten. Um diese Bedeutung der Idee des „österreichischen Deutsch“, die Sprachideologie, die dieser zugrunde liegt, sowie die sprachplanerischen Maßnahmen, um jenes Konstrukt zu verankern, tiefergehend zu beleuchten, ist es erforderlich, die einschlägigen Konzepte, die Felix Hurdes' Handeln als richtungsweisender Akteur in seiner Funktion als Generalsekretär der ÖVP sowie als Unterrichtsminister der ersten gewählten Regierung der Zweiten Republik hinsichtlich eines „österreichischen Deutsch“ zugrunde lagen, näher zu beleuchten.

Im Fokus der vorliegenden Arbeit steht somit Felix Hurdes als Akteur im sprach(en)politischen/sprachplanerischen Diskurs um ein „österreichisches Deutsch“ im historischen Kontext der ersten Phase der Zweiten Österreichischen Republik zwischen 1945 und 1955, das heißt in der Zeit der Besatzung Österreichs durch die alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Als Unterrichtsminister 1945–1952, Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und deren Generalsekretär 1945–1951 sowie Erster Präsident des Österreichischen Nationalrates 1953–1959 stellt Hurdes eine Schlüsselfigur der (Sprach-)Politik Österreichs in der untersuchten historischen Periode dar. Seine im Rahmen dieser Masterarbeit fokussierte Rolle im, respektive sein Beitrag zum Diskurs um ein „österreichisches Deutsch“ bilden somit einen ebenso relevanten wie lohnenden Untersuchungsgegenstand.

Der Aufbau der vorliegenden Arbeit gliedert sich zuvorderst in vier Teile beginnend mit einleitenden Vorbemerkungen bezüglich der Themenstellung (Kap. 1.1.) sowie des aktuellen Forschungsstandes inklusive der Anführung der zentralen Fragestellung in Bezug auf die behandelte Thematik (Kap. 1.2.). Darauf anknüpfend folgt eine konzise Darlegung von Felix Hurdes' Leben, seinen Ansichten und seinem Nachwirken (Kap. 2.), um anschließend den Fokus auf theoretische Fundierungen und empirische Erkenntnisse zu legen. Erstere fokussieren sich auf Kenntnisse aus der Sprachideologie-, Sprach(en)politik und Sprachplanungsforschung (Kap. 3.2.), einem linguistischen Abriss bezüglich eines „österreichischen Deutsch“ (Kap. 3.3.) sowie der Darlegung eines geschichtswissenschaftlichen Kontextes in Bezug auf die Zweite Österreichische Republik (Kap. 3.4.), bevor darauf aufbauend die genannten Forschungsfragen mithilfe des gesichteten Quellenmaterials behandelt werden. Hierbei wird neben Erläuterungen bezüglich des methodischen Vorgehens (Kap. 4.1.) sowie der vorliegender Arbeit zugrunde liegenden Materialbasis (Kap. 4.2.) der Fokus auf die Analyse und Darlegung der Erkenntnisse aus den gesichteten Quellen gelegt (Kap. 4.3.). Das Eingehen auf eine der zentralen Thesen dieser Untersuchung, nämlich dass bezüglich Felix Hurdes' Handeln als politischer Akteur der Zweiten Österreichischen Republik ein Fehlen sprachwissenschaftlich fundierter Ansichten zum „österreichischen Deutsch“ festzuhalten ist (Kap. 4.4.), bildet den Abschluss des empirischen Abschnittes.

Schließlich sollen die gesonderte Beantwortung der Forschungsfragen (Kap. 5.) sowie ein abschließendes Fazit in Bezug auf die Thematik der vorliegenden Arbeit erfolgen (Kap. 6.).

1.2. Forschungsstand, Forschungslücke und Forschungsfragen

Die Thematik der Konstruktion einer nationalen österreichischen Identität nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und damit in Zusammenhang stehende Problematiken haben in der Forschungsliteratur unterschiedlicher Disziplinen ebenso ihren Niederschlag gefunden (z. B. in der Geschichtswissenschaft Stourzh 1996, Bruckmüller 1998) wie die Bedeutung der Sprache in diesem Kontext als „außerordentlich sensibles „Barometer“ für die Stärke nationaler Identität“ (Pollak 1992: 103 als Beispiel aus der Linguistik), jedoch ist die Behandlung der Diskurse und sprach(en)politischen- bzw. sprachplanerischen Aktivitäten im Zusammenhang mit den Ursprüngen eines „österreichischen Deutsch“ noch ein relativ unerforschtes Terrain. Vielmehr wird innerlinguistisch ungefähr ab den 1990er-Jahren die Existenz des „österreichischen Deutsch“ relativ unreflektiert und unhinterfragt als Ausgangspunkt für eine weitere Auseinandersetzung mit der „Plurizentrik“ der deutschen Sprache genommen (vgl. z. B. Muhr 1995a). Um die sich vor diesem Hintergrund abzeichnende Forschungslücke zu verkleinern, ist die

Behandlung von Felix Hurdes als zentralem Akteur im gesellschafts- und sprach(en)politischen Geschehen im Österreich der Besatzungszeit elementar. Mit Ausnahme vereinzelter, im Wesentlichen geschichtswissenschaftlich ausgerichteter Dissertationen (etwa Horvath 1985; Kroiher 2016) ist das Forschungsinteresse am Leben und Wirken von Felix Hurdes vergleichsweise marginal, wenngleich beispielsweise das Österreichische Wörterbuch als sprachplanerisches Produkt während seiner Zeit als Unterrichtsminister durchaus Anlass für sprachwissenschaftliche Auseinandersetzung bietet, Hurdes' Handeln jedoch häufig nur streift (vgl. z. B. Wiesinger 2000b; Reiffenstein 1995; Lasselsberger 2013).

Die vorliegende Arbeit versteht sich vor diesem Hintergrund als Anstoß dazu, eine Aufarbeitung dieses für das Verständnis der Sprachplanung in der Zweiten Republik relevanten Themas einzuleiten.

Um ein möglichst zielgerichtetes Arbeiten zu ermöglichen und angesichts der Vielschichtigkeit und Komplexität des zu behandelnden Themas nicht durch Ausgrenzungen selektiv oder durch Oberflächlichkeiten trivial zu sein, sind folgende Fragen handlungsleitend:

- Welches Konzept eines „österreichischen Deutsch“ und welche (Sprach-)Ideologien reflektieren die publizistischen und (sprach-)politischen Aktivitäten von Felix Hurdes?
- Welche sprachplanerischen Maßnahmen lassen sich unmittelbar und in welchem Ausmaß mit seiner politischen Tätigkeit – insbesondere als Unterrichtsminister – in Verbindung bringen?
- Wie gestaltete sich diesbezüglich die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Besatzungsmächte?

1.2.1. Forschungsstand zu Felix Hurdes

Betrachtet man Felix Hurdes' Leben und Wirken, seine Bedeutung für die zeitgenössische Politik und auch seine Relevanz für die ÖVP als gesamte Partei, verwundert es, dass sich das Forschungsinteresse um seine Persönlichkeit in Grenzen hält, sodass hinsichtlich mehrerer Aspekte von einer Forschungslücke zu sprechen ist. Außer in vereinzelt Personenlexika der österreichischen Geschichte (vgl. etwa Ackerl / Weissensteiner 1992; Kleindel 1987), die durchaus nicht mehr als aktuell zu bezeichnen sind, und in knappen biografischen Zusammenstellungen (vgl. beispielsweise Hartmann 2013; Schönner 2001) sowie spezifischen Dissertationen (vgl. Horvath 1985; Kroiher 2016; Regelsperger 1983) fand und findet Felix Hurdes als zentraler Akteur der Zweiten Österreichischen Republik wenig Aufmerksamkeit. Wird seine Bedeutung in früheren einschlägigen Untersuchungen noch derart hervorgehoben, dass mit ihm

sogar der Anstoß zur Gründung der ÖVP verbunden wird (vgl. Reichhold 1975), so ist diese Darstellung in der jüngeren Forschung etwas differenzierter und vorsichtiger. Man verneint zwar nicht die Relevanz von Felix Hurdes, die für die Gründung der ÖVP kaum zu überschätzen ist, stellt ihm jedoch noch weitere Akteure wie Lois Weinberger, Leopold Kunschak, Hans Pernter, Leopold Figl oder Julius Raab zur Seite (vgl. Politische Akademie der Österreichischen Volkspartei 2021: 15). Zudem wird seit Beginn des neuen Millenniums vielmehr der psychologischen Bedeutung des „Geists der Lagerstraße“ (Chorherr 2005: 7) sowie der internationalen Vernetzung von Felix Hurdes im Zuge der Etablierung der Nouvelle Équipes Internationales (NEI) Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Gehler 2016: 305f).

Auffällig ist hierbei die deutliche quantitative Abnahme des (geschichts-)wissenschaftlichen Interesses an Felix Hurdes mit Ende der 1980er Jahre, das erst mehr als zwanzig Jahre später im Begriff zu sein scheint, erneut aufzukeimen, wobei die frühere Intensität nicht beobachtbar ist. Zwar ist es zweifelsfrei noch verfrüht, um von einer Anknüpfung an frühere Aufmerksamkeit der Forschung hinsichtlich der Person Felix Hurdes zu sprechen, doch die klaffende Lücke an Publikationen zu seinem Wirken, wie es für die 1990er bis 2010er Jahren festzuhalten ist, scheint durch zumindest sporadische Veröffentlichungen nicht mehr in diesem Maß vorzuherrschen.

Jedoch ist auch eine Veränderung der Forschungsgegenstände und -fragen beobachtbar. Waren es im vergangenen Jahrhundert vorrangig bildungspolitische Thematiken, die behandelt wurden (vgl. unter anderem Pfeiffle 1988), so rückt nun die Relevanz des Katholizismus und der jugendbündischen Aktivitäten Felix Hurdes' in den Fokus (vgl. Kroiher 2016) sowie dessen arkanpolitischer Versuch, die Thematisierung des Autounfalls seines Sohnes aus der Öffentlichkeit herauszuhalten (vgl. Achleitner 2017; Die Presse 21. Juli 2012).

1.2.2. Forschungsstand bezüglich eines „österreichischen Deutsch“¹

Ein völlig konträres Bild im Vergleich zur wissenschaftlichen Aufarbeitung von Felix Hurdes' und dessen insbesondere sprachpolitischen Aktivitäten bietet sich im Bereich (sozio-)linguistischer Untersuchungen zum „österreichischen Deutsch“. Die Abundanz an unterschiedlichsten Herangehensweisen an dieses durchaus komplexe Themenfeld wird anhand von Überblickswerken – besonders sind hierbei die mittlerweile als Standardwerk anzusehende Monografie Ammon (2011) sowie das Variantenwörterbuch des Deutschen (Ammon / Bickel / Lenz 2016) zu nennen – ebenso veranschaulicht wie bereits früher erschienene spezifische Beiträge zu

¹ In der vorliegenden Arbeit wird der Ausdruck „österreichisches Deutsch“ gemäß dem Mainstream der gegenwärtigen soziolinguistischen Forschung für die Bezeichnung der österreichischen Standardvarietät der deutschen Sprache verwendet. Siehe Kap. 3.3.2.

ausgewählten Aspekten (etwa Pollak 1994; Muhr 1995a; Reiffenstein 1982). Noch 1995 war die Diskussion rund um die definitorische Eingrenzung, linguistische Kategorisierung und gesellschaftliche Relevanz des „österreichischen Deutsch“ derart breit gefächert, dass vereinzelt fachwissenschaftliche Artikel ausschließlich den damals vorherrschenden Dissens thematisierten (vgl. Wiesinger 1995).

Während die theoretische Auseinandersetzung rund um die Thematik weiterhin fortbesteht (etwa Glauninger 2015b), ist die Existenz eines „österreichischen Deutsch“ innerhalb des soziolinguistischen Mainstreams mittlerweile unbestritten. Daher verschiebt sich dessen Verortung innerhalb der Forschungsliteratur zunehmend von einer gesamtgesellschaftlichen Ebene auf eine, die das Schulwesen – auch vermehrt im Kontext der Mehrsprachigkeit (vgl. Ransmayr / De Cillia 2019) – im Kern ihrer Auseinandersetzung hat (vgl. Ebner 2014; Ebner 2019; Wiesinger 2010).

Die für die Behandlung des „österreichischen Deutsch“ relevante Theorie der (plurinational interpretierten) Plurizentrik – erstmals 1967 von William Stewart und Heinz Kloss eingeführt (Kloss 1967) und 1991 durch Michael Clyne auch schwerpunktmäßig auf das Deutsche übertragen (Clyne 1991) – hat vorrangig seit Mitte der 2000er Jahre Eingang in den linguistischen Diskurs gefunden (vgl. u.a. Ammon 2005; Schmidlin 2011; Schmidlin 2017) und ist mittlerweile als Fundament für die Auseinandersetzung mit der Variation der deutschen Standardsprache weit verbreitet, auch wenn Pluriarealitätstheorie als alternative bzw. komplementäre Herangehensweise (vgl. Sutter 2017: 25–32; Dürscheid / Elspaß / Ziegler 2020) ein abschließendes Urteil noch verunmöglicht.

1.2.3. Forschungsstand betreffend Sprach(en)politik und Sprachnationalismus

Frühe Ansätze der Sprach(en)politikforschung als Teildisziplin der Linguistik sind zwar bereits nach dem Zweiten Weltkrieg zu verorten (vgl. Lasswell 1949), jedoch wurden vorrangig in den letzten Jahrzehnten wegweisende einschlägige Arbeiten vorgelegt (vgl. etwa Dorostkar 2014; Spolsky 2004; Stevenson 2010). Jedenfalls ist ein hinreichendes Basisrepertoire an Erkenntnissen vorhanden, um darauf aufbauend eine weitere Beschäftigung mit zu diesem Sujet in Verbindung stehenden Themen gewährleisten zu können. Die Auseinandersetzung mit Sprach(en)politik hat auch in einschlägigen Lexika ihren Niederschlag gefunden (vgl. Glück 2016; Bußmann 2008) und insbesondere innerhalb des englischsprachigen Raums ist eine ungebrochen intensive und spezifische Auseinandersetzung mit Problemstellungen im Kontext der Sprach(en)politik zu verzeichnen (vgl. etwa Romaine 2007).

Im Bereich der Sprachnationalismusforschung ist mit Beginn des neuen Jahrtausends insbesondere im deutschen Sprachraum eine inhaltliche Verschiebung zu beobachten. Während zuvor vorrangig die Konzepte der Nationalsprache (vgl. Reichmann 2000) sowie der Sprachnation (vgl. zum Beispiel Ammon 1995; Brodi 1995) im Blickpunkt des Forschungsinteresses standen, rückt nunmehr die Ideologie des Sprachnationalismus in den Vordergrund der Betrachtung (vgl. Stukenbrock 2005; Stukenbrock 2007; Gardt 2000). Auch mit Blick auf Österreich wurden meistens die Bedeutung des Zusammenspiels von Nation und Sprache sowie die gesellschaftliche Relevanz der Sprachverwendung in Österreich näher beleuchtet, ohne dabei auf sprachnationalistische Aspekte einzugehen (vgl. unter anderem Brodi 1995; De Cillia 1998; Pollak 1994). Auch in einschlägigen Lexika ist der Begriff des Sprachnationalismus nicht verzeichnet, der der Sprachnation jedoch schon (Glück 2016: 648). Auch wenn diese zunächst fehlende oder quantitativ zu vernachlässigende Behandlung des Sprachnationalismus nicht per se als Manko zu betrachten ist, sondern vielmehr als logische Konsequenz im Zuge einer hierarchischen Kategorisierung der Konzepte *Nationalstaat*, *Sprachnation* und/oder *Nation* und *Sprache*, ist die Behandlung des Sprachnationalismus als wünschenswerter Schwerpunkt künftiger soziolinguistischer Auseinandersetzungen mit dem „österreichischen Deutsch“ festzuhalten.

2. Felix Hurdes – Leben, Wirken, Ansichten

Felix Hurdes wurde am 9. August 1901 in Bruneck in Südtirol geboren. Im Zuge seiner Schulzeit fiel der spätere Unterrichtsminister weniger durch seine durchschnittlichen Leistungen im humanistischen k.u.k. Elisabethgymnasium im 4. Wiener Gemeindebezirk auf als durch sein Interesse für Sport und Brauchtumpflege (vgl. Horvath 1985: 39). Einen kaum zu überschätzenden Einfluss übte der Katholizismus auf ihn aus. Bereits in Jugendjahren war Hurdes Mitglied des Christlich-Deutschen-Studentenbundes, mit deren führenden Persönlichkeiten er über Jahrzehnte Kontakt gehabt hatte (vgl. Bund Neuland 1952). Im Zuge der Mitgliedschaft im Christlich-Deutschen-Studentenbund traf er auf den für ihn prägenden Studentenseelsorger Karl Rudolf und den Priesterausbilder Michael Pflieger. Beide übten offenbar nachhaltige Wirkung auf sein späteres Verhalten aus, etwa hinsichtlich der Bereitschaft, den Kontakt zu andersdenkenden Menschen zu suchen (vgl. Horvath 1985: 40). 1921 begann Hurdes mit dem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien, dem 1925 die Promotion, 1931 die Rechtsanwaltsprüfung folgte (vgl. Horvath 1985: 40).

Sein politisches Engagement führte während der Zeit des „austrofaschistischen“² Ständestaats zur Ernennung zum Stadtrat von Klagenfurt, dessen Geschäfte er mit 1934 antrat (vgl. Landeshauptstadt Klagenfurt 1934). In seiner Tätigkeit als Stadtrat wurden ihm die Resorts des Referats IV unterstellt, das sich den Angelegenheiten der Schule, Kunst, Wissenschaft und dem technischen Dienst widmete (vgl. Kärntner Landesregierung 1936). In dieser politischen Funktion konnte Hurdes bereits erste Erkenntnisse in Bezug auf die bildungspolitischen Prozesse und Handlungen erlangen, die er in seinem späteren Wirken als Unterrichtsminister umzusetzen hatte.

Nach 1938 trat Hurdes antinationalsozialistisch in Erscheinung. Bereits im März 1938 wurde er erstmals inhaftiert und in Dachau interniert, im Mai 1939 jedoch entlassen. Durch diese ersten Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Repression gegen politisch Andersdenkende und die enormen Strapazen in Dachau entwickelte Hurdes einen „unerschütterlichen Glauben an Österreich“ (Horvath 1985: 42). Ende 1939 führte er erste Gespräche über die Gründung einer einheitlichen Volkspartei nach dem Krieg, wofür er am 23. Oktober 1945 erneut verhaftet und nach Mauthausen transportiert wurde. Sein Todesurteil war bereits unterzeichnet, wurde jedoch aufgrund des Herannahens alliierter Truppen nicht vollzogen (vgl. Hartmann 2021).

² Die Bezeichnung „Austrofaschismus“ für die Zeit der ständestaatlichen Herrschaft in Österreich zwischen 1933/34 und 1938 ist innerhalb der Geschichtswissenschaft umstritten (vgl. unter anderem Tálos / Neugebauer 2014: 2). Da bis dato noch keine allgemein anerkannte Alternative zu beobachten ist, wird bei gleichzeitigem Verweis auf den geschichtswissenschaftlichen Dissens diesbezüglich die Bezeichnung „Austrofaschismus“ apostrophiert verwendet.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab Felix Hurdes einen wesentlichen Anstoß zur Gründung der Österreichischen Volkspartei, denn durch ihn und seinen Eintritt in den Kreis von Gewerkschaftlern um Lois Weinberger, die in der NS-Zeit Widerstand geleistet hatten, fingen die bestehenden Kontakte zu anderen gesellschaftlichen und politischen Gruppen an, sich zunehmend zu festigen (vgl. Reichhold 1975: 32). Der enorme Erfolg der ÖVP im Zuge der Nationalratswahlen vom 25. November 1945 wurde Großteils Hurdes' Verdienst in der Parteiorganisation zugeschrieben (vgl. Ackerl / Weissensteiner 1992: 195) und führte zu seinem Amt als Generalsekretär der ÖVP bis 1951, der mehrfachen Wahl (1945, 1949, 1952, 1956 und 1959) in den Nationalrat und der Übernahme des Ministeriums für Unterricht vom Dezember 1945 bis Jänner 1952 (vgl. Horvath 1985: 43). Im Zuge seiner Tätigkeit als Unterrichtsminister war Felix Hurdes für den Wiederaufbau und die Neuorganisation des Schulwesens ebenso verantwortlich wie für die Ausrichtung der Feierlichkeiten zum Jubiläum „950 Jahre Österreich“ im Jahr 1946 (vgl. Kroiher 2016: 289) und die Herausgabe des Österreichischen Wörterbuches (vgl. Kroiher 2016: 288). 1948 wurde Felix Hurdes einstimmig zum Vorsitzenden der politischen Kommission der Nouvelle Équipes Internationales (NEI) gewählt (vgl. Gehler 2016: 314), war von 1953 bis 1959 erster Präsident des österreichischen Nationalrates, 1962 Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs und schied 1966 nach langjähriger Arbeit aus der aktiven Politik aus (vgl. Horvath 1985: 43). Nachdem Hurdes in einen Skandal verwickelt war, da der Vorwurf erhoben wurde, er hätte den Verkehrsunfall seines Sohnes vertuschen wollen, war sein politisches Renommee stark in Mitleidenschaft gezogen. Das 1958 von Helmut Qualtinger und Oskar Bronner veröffentlichte Lied „Der Papa wird's schon richten“ führte zum Rücktritt Hurdes am 9. Juni 1959 von seiner Funktion als erster Nationalratspräsident (vgl. Hartmann 2021). Für seine erlittene Verfolgung durch die Nationalsozialist:innen und seinen unermüdlichen Widerstand gegen das NS-Regime wurde ihm am 30. Jänner 1952 einstimmig der Ehrenring der Kameradschaft der politisch Verfolgten überreicht (vgl. Frisch / Leinkauf 13. März 1952). Am 12. Oktober 1972 starb Felix Hurdes in Wien.

Für Weggefährter:innen Felix Hurdes war er ein „Mann, der durch die Zeit unserer nationalen Bedrückung genau so ein aufrechter Österreicher geblieben ist, wie nachher stets treuer Kamerad“ (Leinkauf 1953), der „Letzte der Generation 45“ (Drimmel 1974), für manche Historiker:innen einer der „großen Baumeister[r] der Zweiten Republik, deren Größe gerade darin besteht, dass sie über die Gegensätze hinweg einen gemeinsamen Weg zum Wiederaufbau Österreichs gefunden haben“ (Schönner 2001).

3. Theoretische Fundierung

3.1. Untersuchungsgegenstand

Im Fokus der angedachten Arbeit steht das Handeln von Felix Hurdes als Akteur im diskursiven und sprach(en)politischen/sprachplanerischen Kontext eines „österreichischen Deutsch“ zwischen 1945 und 1955. Zweifelsfrei liegt diesem Gegenstand eine Komplexität zugrunde, der durch eine eindimensionale quellenspezifische Aufarbeitung der „Haltungen“ von Felix Hurdes nicht hinreichend entsprochen werden kann. Vielmehr müssen möglichst viele Teilaspekte – sowohl theoretischer als auch praktischer Natur – berücksichtigt werden. Daher sind zunächst relevante theoretische Erkenntnisse aus dem Bereich der Soziolinguistik sowie der Zeitgeschichte der Zweiten Österreichischen Republik näher darzulegen und aufgrund des interdisziplinären Charakters der Untersuchung auch gegebenenfalls durch Überschneidungen zu ergänzen. Besonderer Fokus soll dabei im Bereich der Soziolinguistik auf das „österreichische Deutsch“ und die Plurizentrik-/Pluriarealitätstheorie gelegt werden.

Daher soll, um die Frage, welche Konzepte bezüglich eines „österreichischen Deutsch“ im Zuge des Handelns von Felix Hurdes beobachtbar sind, beantworten zu können, die kontrastierende Reflexion des heutigen Kenntnisstandes über das „österreichische Deutsch“ erfolgen. Ebenso soll die historische Distanz, die den untersuchten Zeitabschnitt für heutige Leser:innen von der Gegenwart trennt, durch einen Einblick in die Geschichte der Zweiten Österreichischen Republik überbrückt werden, um im zweiten Abschnitt der vorliegenden Arbeit auf Erkenntnisse aus der empirischen Auseinandersetzung mit einschlägigen Quellen näher eingehen zu können. Dabei werden relevante Quellenerkenntnisse herausgearbeitet bzw. zeitgeschichtlich sowie sozialwissenschaftlich kontextualisiert. Hurdes' sprachplanerische Maßnahmen zur Zeit seiner Tätigkeit als Unterrichtsminister werden anhand der Herausgabe des Österreichischen Wörterbuches sowie der umstrittenen und im Volksmund oft polemisch als „Hurdestanisch“ titulierten namentlichen Änderung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ auf „Unterrichtssprache“ ebenso behandelt wie seine Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Besatzungsmächte, die durchwegs den Rahmen seines politischen Handlungsspielraumes bildete. Durch den Rückgriff auf Hurdes' publizistische Werke – hierbei sind besonders „Vater unser“ (Hurd 1950) oder der „Politisch[e] Rechenschaftsbericht der Österreichischen Volkspartei“ (Hurd 1947g) als erkenntnisreiche Quellen zu nennen – und die Verknüpfung mit Redemanuskripten aus dem Einzelbestand des Karl-von-Vogelsang-Instituts sowie den Stenographischen Protokollen des Nationalrates soll ein möglichst breites Bild seines (sprach(en))politischen Schaffens und seiner Haltungen zum „österreichischen Deutsch“ vermittelt werden. Eine der vorliegender Arbeit zugrundeliegenden Thesen lautet, dass in Hurdes' Handeln ein beinahe vollständiges Fehlen

sprachwissenschaftlich fundierter Vorstellungen von einem „österreichischen Deutsch“ zu konstatieren ist. Jedoch ist an dieser Stelle anzumerken, dass dies nicht die Existenz der festgestellten Konzepte in der Besatzungszeit per se widerlegt, sondern vielmehr als Indiz für eine erst im Entstehen begriffene Auseinandersetzung mit dem „österreichischen Deutsch“ gedeutet werden sollte.

Da der oben angesprochene Forschungsstand in manchen Bereichen weniger elaboriert ist als in anderen, sieht sich die vorliegende Arbeit auch als Beitrag zur Aufarbeitung der Ursprünge des „österreichischen Deutsch“, indem sie die wesentlichen Handlungsmuster, Konzepte und Ansichten eines zentralen politischen Akteurs der beginnenden Zweiten Österreichischen Republik aufzeigt. Selbstverständlich kann eine Qualifikationsarbeit keine Forschungslücke schließen, doch ist es dem Autor ein Anliegen, zumindest einen Anstoß zu liefern, sich mit der gewählten, für das tiefergehende Verständnis des „österreichischen Deutsch“ in höchstem Maße bedeutenden Thematik näher zu beschäftigen.

3.2. Sprachideologie-, Sprach(en)politik-, Sprachplanungsforschung

3.2.1. Sprach(en)politik und Sprachplanung

Zunächst gilt es bei der näheren Erläuterung des Terminus *Sprach(en)politik* auf das in Klammern gesetzte Pluralmorphem /en/ einzugehen und hierbei den ersten definitiven Trennstrich zu ziehen. *Sprachenpolitik* umfasst Maßnahmen und Ereignisse mit einem politischen Impetus, die sich auf die Beziehungen zwischen mehreren Sprachen auswirken (vgl. Dorostkar 2014: 34), während *Sprachpolitik* auf die Einführung bzw. Entwicklung ausschließlich einer Sprache abzielt (vgl. Bußmann 2008: 658). Sprach(en)politische Handlungen sind demnach „directive, in that they are designed to influence behaviour, and directional, in that they flow from a body with more authority to one with less“ (Stevenson 2010: 28). Die beiden Charakteristika, die einem sprach(en)politischen Handeln nach Stevenson innewohnen, greifen dessen Vielschichtigkeit passend auf. Sprach(en)politik versucht etwa durch Verbote oder Vorschriften das Denken der Sprecher:innen zu verändern und erfordert dadurch eine weitreichende Macht (vgl. Glück 2016: 651) (*directive*). Durch die Feststellung, dass Sprach(en)politik *directional* ist, wird das Faktum dargelegt, dass sie von „oben“ initiiert und von „unten“ mitgetragen wird, was ihre Funktionstüchtigkeit und Verbreitung maßgeblich erweitert (vgl. Christ 1991: 55). Sprachgeschichtlich ist als Top-down-Maßnahme im Bereich der politisch reglementierten Sprachverwendung die nationalsozialistische Umbenennung von „Österreich“ auf „Ostmark“, aber auch die während Felix Hurdes' Amtszeit erfolgte Umtitulierung des Unterrichtsfaches

„Deutsch“ auf „Unterrichtssprache“, auf die unten noch näher einzugehen ist (Kap. 4.3.2.2.), zu nennen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Sprach(en)politik „allgegenwärtig“ (De Cillia / Wodak 2006: 15), in Österreich derzeit jedoch hauptsächlich eher Sprach(en)politik zu beobachten ist (vgl. Dorostkar 2014: 34) und durch die Verwendung des Deutschen in Österreich gegenüber sprachlichen Minderheiten als „zentrales Instrument der Ausgrenzung“ (De Cillia / Wodak 2006: 111) ersichtlich wird.

Betrachtet man die Kategorien, in denen sich Sprach(en)politik bewegt, sind deren Bedeutung und Auswirkungen naheliegend. Spolsky (2004: 7–14) nennt hierbei „linguistic ecology“, „intervention, management, planning“, „levels of generalization“ und „language ideology and beliefs“ als die vier zentralsten Kategorien sprach(en)politischer Handlungen, was zwar einerseits deren Vielschichtigkeit aufzeigt, aus dem jedoch die wesentliche Erkenntnis zu ziehen ist, dass die Einflussnahme auf einen einzelnen dieser Aspekte bereits korrelierende Wirkungen auf die anderen hat (vgl. Spolsky 2004: 6) und sich somit Sprach(en)politik immer in einem fragilen Wechselspiel aus Einflussnahme, Reaktion und Anpassung bewegt, und nur durch bewusste Sprachplanung möglich ist.

Sprachplanung wird als ein „systematischer, zukunftsorientierter Versuch, nach theoretischen Grundlagen, sprachliche Probleme zu lösen“ (Clyne 1995: 10) definiert und kann neben dem Bestreben der Standardisierung bzw. Kodifizierung einer Sprache, die Entwicklung einer neuen Orthografie, das Schaffen eines neuen Alphabets oder auch die Beseitigung von „fremden“ Elementen beinhalten (vgl. Clyne 1995: 10). Im Wesentlichen sind zwei Arten von Sprachplanung zu unterscheiden: einerseits die Statusplanung, im Zuge derer die Funktion einer Sprache und die Rechte derer, die sie verwenden, verändert wird. Andererseits die Korpusplanung, die darauf abzielt, eine Sprache zu standardisieren und sie mit jeder möglichen sprachlichen Funktion ausstattet (vgl. Wardhaugh / Fuller 2014: 368f). Die Definition, wonach unter Sprachplanung „[s]oziolinguistische bzw. politische Maßnahmen zur Lösung von Kommunikationsproblemen“ (Bußmann 2008: 657) zu verstehen seien, greift somit insofern zu kurz, als die ausschließliche Konzentrierung auf die Veränderung der kommunikativen Möglichkeiten den Aspekt der Statusplanung mit erheblichen Prestigeumwandlungen (auch hinsichtlich der Sprecher:innen) ausblendet. Als grundlegendes Muster einer laborhaften Sprachplanung kann das Modell von Michael Clyne (1995: 10) herangezogen werden, wonach die viergliedrigen Schritte in folgendem Ablauf vonstattengehen: Formulierung, Implementierung, Elaborierung, Evaluierung. Besonders der Aspekt der Implementierung beinhaltet die Bedeutung von Modellsprecher:innen, die durch die Anwendung sprachplanerischer Bestrebungen auf

verschiedene Domänen (besonders die der Schulen, Administration etc.) die angedachten Ergebnisse der Sprachplanung in die Gesellschaft integrieren.

Wie bereits oben angedeutet, hält sich jedoch der tatsächliche Erfolg von Sprachplanung häufig in Grenzen, da ein derart striktes und starres Vorgehen wie das der Sprachplanung an der Sprache selbst als höchst komplexes und dynamisches Gefüge unweigerlich zur Makulatur wird. Dennoch ist die Neubewertung der Sprache in Österreich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Rahmen sprach(en)politischer und sprachplanerischer Maßnahmen erkennbar und verdeutlicht die Bemühungen der politischen Elite, dieses Vorhaben auch praktisch zu implementieren (vgl. Wiesinger 2002: 160).

3.2.2. Sprachnationalismus und Sprachideologie

Sprachnationalismus ist als Amalgam aus Nationalismus – das Handeln zum Zweck der Umsetzung nationaler Zielvorstellungen (vgl. Stukenbrock 2005: 43) – und Sprachideologie, die als Sprachbewusstsein der Sprecher:innen und Summe nichtreferentieller Funktionen von Sprache beschrieben werden kann (vgl. Kroskirty 2000: 5), zu sehen, indem durch ihn „auf all jene Argumentationsformen des Nationalismus, deren Bezugspunkt die Sprache ist“, Bezug genommen wird (Gardt 2000: 247).

Zunächst ist jedoch ein Exkurs notwendig, um den äußerst ideologisierten und oftmals undifferenziert verwendeten Begriff der „Nation“ näher abzugrenzen. Grundsätzlich sind unter „Nation“ entweder politische Willensgemeinschaften oder Gruppen von Menschen, die mehrheitlich das Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat wünschen (vgl. Ammon 1995: 110), zu verstehen, weshalb jedenfalls das verbindende Element eines im Wesentlichen theoretischen und arbiträren Gebildes im Zentrum des Denkens steht. Zwei Nationskonzepte sind dabei zu unterscheiden: einerseits das subjektiv-voluntaristische, in dem die Nation als subjektive Willensgemeinschaft verstanden wird, andererseits das objektiv-kulturalistische, dem die Annahme der Nation als historisch entstandene, auf Gemeinsamkeit der Sprache aufbauendes Konstrukt zugrunde liegt (vgl. De Cillia 1998: 52). Offenkundig bietet Letzteres einen idealen Nährboden für sprachnationalistische Tendenzen, da in ihm das abgrenzende Element gegenüber anderen Nationen, Sprachgemeinschaften, Sprecher:innen zum Tragen kommt, das innerhalb der Forschung oftmals als „Ethnos“ bezeichnet wird. Ethnos betont die Rolle der gemeinsamen Abstammung und Tradition. Der Sprache kommt dabei als emotional überladener, symbolischer Faktor eine besondere Bedeutung zu und sie dient ebenso zur Trennung von „fremden“ Elementen wie die als „Demos“ titulierte Organisation einer Gesellschaft, in der die Sprache als Mittel instrumenteller Kommunikation gebraucht wird (vgl. Bodi 1995: 18).

Somit muss zunächst die Nation als *politische* Willensgemeinschaft mit einem durch *Sprache* konstituierten Element verknüpft werden, um sprachnationalistische Tendenzen zu begünstigen. Im Kontext des Sprachnationalismus wird jedoch offenkundig, dass mit der Verbindung derart subjektiver und vielschichtiger Phänomene wie Sprache und Nation eine realitätsferne Überhöhung einhergeht. Nation als Zusammenschluss von Menschen verschiedenster Herkunft, Meinung und Ansichten ist ebenso wenig naturgegeben wie der „ontologisch primär[e] Stellenwert“ (Stukenbrock 2005: 50) der Sprache für die Nationsbildung (vgl. Wiesinger 2000a: 525f). Sprachnationalismus ist jedoch grundsätzlich von einer Ambivalenz geprägt und von einer Diskrepanz getrieben, denn nicht nur die angestrebte Homogenität der Sprache in einem heterogenen Gebilde ist äußerst diffus, sondern auch die Spannung zwischen Staat und Nation. Beide können unabhängig voneinander existieren, da Staaten juristisch definiert, Nationen jedoch politisch und durch ein Zugehörigkeitsgefühl konstituiert werden (vgl. Ammon 1995: 110). Gerade in diesem Spannungsfeld ist der Sprachnationalismus vom Wunsch nach einem intendierten nationalen Ziel getrieben, das er durch den Bezugspunkt der Sprache erreichen möchte. Auch wenn Sprache in Europa historisch betrachtet ein elementares Kriterium zur Gemeinschaftsbildung darstellt (vgl. Reichmann 2000: 423), Sprache somit das Medium der Konstruktion sozialer Wirklichkeit ist, wird diese im Zuge sprachnationalistischer Bestrebungen zusätzlich zum Gegenstand des diskursiven Konstruktionsprozesses (vgl. Stukenbrock 2007: 214f).

Auf Österreich selbst bezogen sind wesentliche sprachnationalistische Aspekte feststellbar. Beginnend mit dem Homogenitätspostulat des (Standard-)Deutschen, das nicht nur innerhalb des Schulwesens (vgl. Gogolin 2008), sondern auch innerhalb der Bundesverfassung zu verorten ist: „Die deutsche Sprache ist, unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Staatssprache der Republik“ (Artikel 8, Abs. 1; Rechtsinformationssystem des Bundes 2022: 5).

Auf die historische Dimension des österreichischen Sprachnationalismus ist im Folgenden noch näher einzugehen, an dieser Stelle sei zuvor auf die Unterscheidung von Sprachnationalismus und Sprachpatriotismus hingewiesen. Beiden ist das mit Nachdruck und in aller Deutlichkeit formulierte Lob der eigenen Sprache sowie deren Hypostasierung als kollektives Merkmal einer bestimmten Gruppe von Sprecher:innen – beispielsweise „die Österreicher:innen“ – sowie die Übereinanderblendung der Bereiche des Sprachlichen mit denen des Kulturell-Ethnischen, wie bereits oben näher erläutert, zu eigen (vgl. Gardt 2000: 247f.). Dem Sprachnationalismus ist jedoch die aggressiv formulierte Behauptung der Überlegenheit der eigenen Sprache inhärent

wie die daraus abgeleitete Stilisierung einer vermeintlichen Gefährdung derselben durch „fremde“ Elemente (vgl. Gardt 2000: 248). Somit bleibt festzuhalten, dass unter Sprachnationalismus eine Ideologie zu verstehen ist, die in einem Spannungsverhältnis zwischen einem angestrebten homogenen Sprachbild und der Verschiedenartigkeit der Nationsgemeinschaftsmitglieder operiert, nicht nur Ausgrenzung bewirkt, sondern damit bewusst arbeitet, und auf überhöhte Art und Weise der Sprache ein naturgegebenes Charakteristikum verleiht, ohne der Vielschichtigkeit des Nationskonstrukts gerecht zu werden. Sprache wird als Herzstück nationaler Identitätsbildung sublimiert und erhält somit über ihren ideologischen Stellenwert auch eine gruppenbildende Signalwirkung (vgl. Stukenbrock 2005: 67).

In diesem Sinne ist Sprachideologie der Nährboden beziehungsweise die ideologische Grundlage für sprachnationalistische Tendenzen, jedoch nicht mit diesen gleichzusetzen, da unter Sprachideologie das Sprachbewusstsein der Sprecher:innen verstanden wird, das nichtreferentielle Funktionen von Sprache kumuliert (vgl. Kroskrity 2000: 5), eine Anbindung bzw. Gleichsetzung von Sprache mit dem Gebiet einer Nation nicht per se bedingt.

3.3. „Österreichisches Deutsch“

3.3.1. Plurizentrik der deutschen Sprache

Um das „österreichische Deutsch“ als „nationale Standardvariation der plurizentrischen deutschen Sprache“ (Bodi 1995: 18) verstehen zu können, muss zunächst der Begriff bzw. die Theorie der **Plurizentrik** dargelegt werden. „Von einer plurizentrischen Sprache spricht man dann, wenn diese in mehr als einem Land als nationale oder regionale Amtssprache in Gebrauch ist und wenn sich dadurch standardsprachliche Unterschiede herausgebildet haben“ (Ammon [et.al.] 2016: XXXIX). Zunächst bleibt festzuhalten, dass die deutsche Sprache zweifelsfrei nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen wird, sondern in unterschiedlichen Staaten bzw. Nationen als Amtssprache Verwendung findet. Um diese Multinationalität des Deutschen im Rahmen der Plurizentrik-Theorie passend rubrizieren zu können, wurde folglich die Klassifizierung in Voll-, Halb- und neuerdings Viertelzentren vorgenommen. Als Vollzentrum gilt ein staatliches Gebilde, in dem Deutsch der Status als Amtssprache zukommt, und in dem die spezifischen standardsprachlichen Merkmale zudem in Nachschlagewerken bzw. Wörterbüchern festgehalten sind. Die drei Vollzentren der deutschen Sprache sind somit Deutschland, Österreich und die Schweiz (vgl. Ammon [et. al.] 2016: XXXIX). Halbzentren der deutschen Sprache werden durch ein Fehlen derartiger Nachschlagewerke bei gleichzeitigem Status der Amtssprachlichkeit des Deutschen charakterisiert, während in Viertelzentren Deutsch nicht

als Amtssprache klassifiziert ist, doch trotzdem spezifische standarddeutsche Formen innerhalb des Staates entstanden sind (vgl. Ammon [et.al.] 2016: XXXIX). Relevante Fragen, die mit Blick auf plurizentrische Sprachen bezüglich ihrer Kodifizierung gestellt werden müssen, betreffen die method(olog)ische Konkretisierung (etwa „Was ist der sprachtheoretische Ausgangspunkt der vergleichenden Analyse einer plurizentrischen Sprache?“ oder „Ist die Schriftsprache und der Gebrauchsstandard der plurizentrischen Sprache dasselbe?“), die gesellschaftliche Verwendung und phonetische Besonderheiten („Inwieweit kann die gesprochene Sprache miteinbezogen werden und welche ihrer Merkmale sind zu berücksichtigen?“) oder auch Problematiken rund um die verschiedenen Textkorpora, die zur Analyse der Sprachvarietät herangezogen werden können („Welches Textkorpus ist der Analyse und dem Vergleich zugrunde zu legen?“) (diese beispielhaften Fragen stammen von Muhr 1995b: 209).

Die von Michael Clyne gezogene Unterscheidung zwischen D(ominanten)-Nationen und A(nderen)-Nationen (Clyne 1993: 3) ist essenziell, um den Diskurs um plurizentrische Sprachen zu verstehen. Im Fall der deutschen Sprache ist die Bundesrepublik Deutschland als D-Nation zu klassifizieren, während den anderen Voll-, Halb- und Viertelzentren jeweils der Status einer A-Nation zukommt. Dieses Verhältnis charakterisiert sich durch divergierende Beziehungen zwischen den verschiedenen Zentren, die Häufung von Wettbewerb und Spannungen im Vergleich zur Kooperation, einem Bedürfnis der A-Nationen nach einer umfassenden sprachlichen Beschreibung ihrer Varietäten sowie deutliche Asymmetrien unterschiedlichster Art (vgl. Ammon 2005: 1540f). Letzteres ist durch die typische gegenseitige Bewertung der Sprecher:innen plurizentrischer Sprachen feststellbar (vgl. Ammon 1995: 117), wobei die Mitglieder der D-Nation dazu neigen, sich als alleinige Normenträger zu betrachten und oftmals eine Unkenntnis über die Normen der anderen Nationen aufweisen (vgl. Clyne 1995: 8f). Insgesamt konstatierte Ulrich Ammon zwölf Asymmetrien, die die Varietät des „österreichischen Deutsch“ in Bezug auf das bundesdeutsche Deutsch betreffen, von denen unter anderem die verbreitete Vorstellung der sprachlichen Dominanz des bundesdeutschen Zentrums sowie die Vorstellung, das „österreichische Deutsch“ sei weniger korrekt als das bundesdeutsche, als Asymmetrien auf der psychologischen Ebene, die der größeren Funktionsbreite des bundesdeutschen Standarddeutsch sowie jene des umfangreicheren bundesdeutschen Sprachkodex auf unmittelbarer sprachwissenschaftlicher Ebene zu nennen sind (vgl. Ammon 2011: 484–494). Dies wird oft als Minderwertigkeitsgefühl der Sprecher:innen des „österreichischen Deutsch“ interpretiert (vgl. Pollak 1994: 13) sowie als mangelnde Loyalität der A-Nation gegenüber der eigenen Varietät (vgl. De Cillia / Ransmayr 2019: 29). Das geringe Prestige der A-Nation im Vergleich zur D-Nation wird am Beispiel des „österreichischen Deutsch“ nicht nur im Inland

deutlich, sondern ebenso im Ausland, was sich im Nichtwissen über die Merkmale des „österreichischen Deutsch“, in der Unsicherheit über die Normen der eigenen Standardvarietät (vgl. Muhr 1995: 81–84) oder auch dem mangelnden Renommee an Auslandsuniversitäten verdeutlicht (vgl. Ransmayr 2005). Auch für den Schulunterricht ergeben sich aufgrund der Plurizentrität der deutschen Sprache einige Hürden. Dadurch, dass keine einheitliche Standardsprache vorherrscht, sondern die Schüler:innen vielmehr mit mehreren Standardvarietäten des Deutschen im Alltag, aber auch im Unterricht sowie in ihrer Freizeit zusätzlich mit dialektalen und umgangssprachlichen Varietäten der deutschen Sprache in Berührung kommen, ergibt sich eine erhebliche Komplexität, die zunächst thematisiert, dekonstruiert und mit der gearbeitet werden sollte (vgl. Hägi 2015: 117f). Außerdem herrscht oft der Mythos von einem einheitlichen Standard bzw. einer homogenen Standardsprache, der einer Überprüfung nicht standhält. Sich in diesem Spannungsfeld zwischen Norm, Identität und Ideologie (vgl. Hägi 2015: 121–123) zu bewegen, ist äußerst komplex und erfordert ein hohes Maß an Flexibilität, das nicht jede:r Sprecher:in aufbringen kann und was zu einer erhöhten Unsicherheit bzw. einem Risiko einer partiellen Identitätsproblematik im Zusammenhang mit der (deutschen) Sprache führen kann. Dies verweist auf das bereits angesprochene Minderwertigkeitsgefühl von Sprecher:innen einer A-Varietät innerhalb plurizentrischer Sprachgemeinschaften, das wiederum zu Unsicherheit und Ignoranz führt (vgl. Hägi 2015: 124). Die Frage „Welches Deutsch ist richtig?“ ist aus linguistischer Sicht relativierend zu beantworten, für Jugendliche bzw. Schüler:innen jedoch in ihrer Lebenswirklichkeit zuweilen essentiell.

Eine andere Möglichkeit, auf die Theorie der Plurizentrik der deutschen Sprache zu blicken, wird von der Forschung dahingehend unternommen, dass die Heterogenität des Standards „nicht als Bedrohung der eigenen Sprache, sondern als Möglichkeit, aus einer Vielfalt auszuwählen“ (Ebner 2014: 20) betrachtet wird. Hierbei wird der Fokus nicht auf die Asymmetrien zwischen den verschiedenen nationalen Zentren gerichtet, sondern vielmehr auf die Besonderheiten, Eigenentwicklungen und Eigenarten der verschiedenen Varietäten (vgl. Schmidlin 2017: 45). Der Satz „Die Plurizentrik ist kein Phantom“ (Schmidlin 2011: 300) fungiert hierbei als geflügeltes Wort, um die Allgegenwärtigkeit und die Selbstverständlichkeit im Gebrauch verschiedener standardsprachlicher Varianten sowie die Tatsache hervorzuheben, dass es keine Texte ohne entsprechende Varianten gibt. Dies berücksichtigt auch die Feststellung, dass die Varianten des Standarddeutschen nicht als Abweichungen, sondern vielmehr als „gleichberechtigt nebeneinander bestehende standardsprachliche Ausprägungen“ (Ammon [et.al.] 2016: XLI) existieren. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen daher noch Anstrengungen

geleistet werden, damit die oben angesprochenen Folgen dieser Heterogenität, wenn nicht beseitigt, dann wenigstens minimiert werden.

Zudem gerät die Plurizentrik-Theorie zunehmend in Kritik. In Anbetracht der Tatsache, dass beinahe 60 Jahre vergangen sind, seit sie erstmals in den englischsprachigen Forschungsdiskurs eingetreten ist, wird an ihr kritisiert, dass sie nicht mehr aktuell sei, da sie die Globalisierung sowie die digitale Kommunikationsrevolution und die daraus kaum zu überschätzenden und ebenso wenig kaum zu überblickenden Auswirkungen nicht mehr berücksichtige (vgl. Glauninger 2015a: 12f). Eine Alternative zur plurinational interpretierten Plurizentrik-Theorie, die zuletzt wieder mehr Zuspruch in der deutschsprachigen Forschung genießt, ist der Ansatz der **Pluriarealität** der deutschen Sprache.

Die Konzepte der Plurizentrik und der Pluriarealität sind grundsätzlich zwei Seiten derselben Medaille, nämlich des variationslinguistischen Versuchs, die Heterogenität der deutschen Standardsprache zu kategorisieren, haben jedoch unterschiedliche Herangehensweisen an die Lösung dieser Problematik. Während die Plurizentrik die Nationalstaaten bzw. Nationen im Fokus hat, reicht dieses Kriterium für Anhänger der Pluriarealitätstheorie nicht aus, um die deutsche (Standard-)Sprache zu gliedern. Das pluriareale Modell orientiert sich vielmehr an dialektalen Großräumen und entsprechenden kulturräumlichen Regionen (vgl. Wiesinger 1997: 49). Der Begriff „pluriareal“ wurde bezüglich der deutschen Sprache bereits 1994 von Norbert Richard Wolf eingeführt (vgl. Wolf 1994). Dem Inhalt von Wolfs Artikel unterliegen acht zentrale Annahmen: das Postulat, Deutsch sei eine pluriareale Sprache (1), das „Überschneidungsargument“, sprich die Beobachtung, dass es sich bei der Mehrzahl der vermeintlich nationalen Varianten um unspezifische Varianten handelt, die in mehr als einer Nation gelten (2), die Behauptung der Uneinheitlichkeit des „österreichischen Deutsch“ (3), die gleichzeitige Konstatierung der daraus folgenden Nicht-Existenz eines entsprechenden „österreichischen Deutsch“ (4), weiters dass es per se keine staatlich-nationalen Varietäten des Deutschen gebe (5), Nationen könnten keine linguistischen Zentren sein (6), das Plurizitätskonzept unterstütze sprachseparatistische Aktivitäten (7) sowie die Behauptung, dass die Standardsprache in nicht-dominanten Zentren nach unten nivelliert wird (8) (vgl. Wolf 1994: 66–76).

Zwei zentrale Argumente, die die Debatte rund um die Pluriarealitätstheorie dominieren, sind einerseits, dass Sprache ein grenzüberschreitendes Phänomen darstellt und somit nicht in derart starren Kategorien wie Nationen beschrieben werden kann (vgl. Sutter 2017: 30). Diese Argumentation betrifft somit den Kern des plurizentrischen Diskurses, nämlich dessen Definition über nationale Varietäten, und postuliert, dass die „Existenz von Varianten, die nur in einer

Nation gültig sind, zur Konstitution nationaler Varietäten nicht ausreiche“ (Sutter 2017: 30). Andererseits wird als Vorteil des Pluriarealitätskonzeptes der Umstand benannt, dass dieser Terminus weniger ideologisch aufgeladen sei als jener der Plurizentrität (vgl. De Cillia / Ransmayr 2019: 32). Da die Anerkennung nationaler bzw. nationalstaatlicher Charakteristika der Standardsprache als *conditio sine qua non* der Plurizentriktheorie fungiert, ist diese konsequenterweise anfällig für sprachnationalistische bzw. ideologisierende Tendenzen.

Festzuhalten bleibt jedoch, dass der Pluriarealitätsdiskurs beinahe ausschließlich auf die germanistische Sprachwissenschaft begrenzt bleibt, was bedingt, dass die Debatte sich vorrangig auf den deutschsprachigen Raum bezieht (vgl. De Cillia / Ransmayr 2019: 40). Als aktuelles Beispiel der Pluriarealitäts-Interpretation der deutschen (Standard-)Sprache kann das Projekt „Variantengrammatik des Deutschen“ von Stephan Elspaß, Christa Dürscheid und Arne Ziegler (2020) genannt werden. Das Ziel jenes Projekts bestand in der erstmaligen systematischen Darstellung arealer Unterschiede in der Grammatik des Standarddeutschen sowie der Angabe von Vorkommenshäufigkeiten der Varianten in den fünfzehn angegebenen Arealen (vgl. Elspaß / Dürscheid / Ziegler 2019: 332).

Mittlerweile wurden innerhalb der linguistischen Forschung einerseits Kritikpunkte bezüglich der Plurizentritätstheorie des Deutschen angeführt (vgl. etwa Glauninger 2015a: 12f), andererseits die für die Pluriarealitätstheorie so wesentlichen theoretischen Grundlagen, unter anderem die der Überschneidungs- und Uneinheitlichkeitsbehauptung, widerlegt (vgl. Muhr 2020: 74). Dennoch bilden sie weiterhin das Fundament der derzeit vorherrschenden Publikationen zur Thematik rund um das „österreichische Deutsch“ und sind daher auch weiterhin relevant für eine Auseinandersetzung mit demselben, da eine etablierte alternative Theorie noch ausständig ist. Nachdem die Annahme der Pluriarealität unweigerlich die Existenz des „österreichischen Deutsch“ als nationalsprachliche Varietät des Deutschen negiert (vgl. Muhr 2020: 10), ist an dieser Stelle anzumerken, dass der vorliegenden Arbeit – ohne die nachweislich vorhandenen Mängel dieser Theorie zu ignorieren – das Konzept der Plurizentrik zugrunde liegt.

3.3.2. „Das“ österreichische Deutsch? Über definitorische Eingrenzungsversuche und terminologischen Dissens

Zwei Kriterien sind für die Bestimmung und Unterscheidung von Sprachen zentral: Die sprachlichen Formen, in der diese auftreten, und die soziolinguistischen Funktionen, die diesen zugeschrieben werden (vgl. Clyne 1995: 7). Durch die Ähnlichkeit der sprachlichen Ausprägung

des „österreichischen Deutsch“ mit der des Bundesdeutschen oder mit dem innerhalb der deutschsprachigen Schweiz gebräuchlichen Standarddeutschen ist es zweifelsfrei falsch, von einem „österreichischen Deutsch“ als eigenständige Sprache zu sprechen (vgl. Ammon 2011: 129). Doch wie ist die (Standard-)Sprachform von 98 % der österreichischen Bevölkerung (vgl. Ammon [et.al.] 2016: XLVII) sonst linguistisch zu klassifizieren?

Zunächst lohnt es, auf terminologische Verschiedenheiten zu verweisen, die derzeit im Umgang mit dieser Thematik vorherrschen:

Unter dem Begriff „**österreichisches Deutsch**“ wird innerhalb der (Sozio-)Linguistik meist eine „nationale Standardvariation der plurizentrischen deutschen Sprache“ (Bodi 1995: 18) verstanden, wobei das Konzept der plurinational interpretierten Plurizentrik essenziell ist. Als andere Möglichkeit der Definition kann die Auffassung des „österreichischen Deutsch“ als „Gesamtheit der Sprachformen, die (irgendwo) in Österreich zum Standard gehören oder ihm nahe stehen, mit oder ohne Entsprechungen außerhalb Österreichs“ (Moser 1995: 166) genannt werden. Auch hier schwingt das Konzept der Plurizentrik, obwohl nicht explizit genannt, so doch implizit mit und man spricht das Wechselspiel von Standarddeutsch und dialektalen bzw. umgangssprachlichen Formen an, die nicht zuletzt in Bezug auf das „österreichische Deutsch“ eine wesentliche Rolle spielen. Als problematisch ist dieser Zugang jedoch in jener Hinsicht zu bezeichnen, als die Österreicher:innen somit ihren Anspruch, eine nationale Varietät des Deutschen zu sprechen, ausdrücklich deklarieren und mittels Korpora festhalten müssen. Eine weitere Definition des „österreichischen Deutsch“ ist jene nach Jakob Ebner, der es als „Standardvarietät des Deutschen in Österreich, wozu sowohl innerösterreichische regionale Ausprägungen gehören, sofern sie standardsprachlich sind, als auch Ausprägungen, die mit den Nachbarlandschaften in Deutschland, der Schweiz oder Südtirol übereinstimmen“ (Ebner 2009: 442) klassifiziert. Diesem Zugang wird auch in der vorliegenden Arbeit gefolgt, da dadurch der Vielfalt des „österreichischen Deutsch“ am ehesten Rechnung getragen wird, ohne dass durch die Hypostasierung der Sprache hinsichtlich einer als homogen dargestellten Bevölkerung („die“ Österreicher, „das“ österreichische Deutsch) vonstatten geht (vgl. Glauninger 2015b: 50).

Als **Deutsch in Österreich** werden prinzipiell alle sprachlichen Ausprägungen der deutschen Sprache in Österreich verstanden (vgl. Ebner 2009: 442; Lenz [et.al.] 2022), womit auch sämtliche Nonstandardformen sowie migrationsbedingte Merkmale der deutschen Sprache gemeint sind. Dabei fokussiert die Bezeichnung „Deutsch in Österreich“ ausschließlich Ausprägungen des Gebrauchs der deutschen Sprache in Österreich.

Österreichisch (vgl. Muhr 1982) ist als besonders überspitzte Formulierung mittlerweile innerhalb des Forschungsdiskurses ungebräuchlich, findet jedoch in der Bevölkerung in unterschiedlicher Bedeutung immer wieder Verwendung. „Österreichisch“ ist als Bezeichnung vorrangig dahingehend zu charakterisieren, dass damit sprachpolitische Ziele und das Verhältnis von Nation und Sprache hervorgehoben werden sollen (vgl. Wiesinger 1995: 65). Das Zusammenspiel von Nation und Sprache ist zweifelsfrei nicht zu leugnen und wurde bereits oben angesprochen (Kap. 3.2.2.), jedoch entspricht eine derartige Konzipierung nicht dem Konsens der derzeitigen Forschung und ist unweigerlich anfällig für sprachnationalistische Ideologien und Verklärungen, weshalb von diesem Terminus in der vorliegenden Arbeit Abstand genommen wird.

3.3.3. Sprachliche Merkmale des „österreichischen (Standard-)Deutsch“

Eine Übersicht über die sprachlichen Besonderheiten des „österreichischen Deutsch“ als nationale Varietät der plurinational interpretierten plurizentrischen deutschen Sprache bietet unter anderem das „Variantenwörterbuch der deutschen Sprache“ (vgl. Ammon / Bickel / Lenz 2016: LXIV–LXXVIII). Darin werden nationale Unterschiede bezüglich des grammatischen Geschlechts der Substantive im Sprachgebrauch innerhalb Deutschlands, Österreichs und der Schweiz angeführt: „So ist z. B. *Bikini* gemeindeutsch Maskulinum, in der Schweiz aber auch Neutrum, *Spachtel* ist in Österreich Femininum, in der Schweiz und in Deutschland dagegen Maskulinum. *Pyjama* wiederum ist gemeindt. Maskulinum, in der Schweiz ist daneben auch Neutrum üblich“ (Ammon / Bickel / Lenz 2016: LXXIV; Kursivierung aus dem Original übernommen). Diese Unterschiede beim Genusgebrauch in Bezug auf das „österreichische Deutsch“ sind in mehreren Begriffen beobachtbar. Im Bundesdeutschen als *das Polster* im „österreichischen Deutsch“ als *der Polster* bezeichnet, ist dieses Beispiel als nur eines von einer Vielzahl an dahingehend zu betrachtenden Unterschiedlichkeiten zu vermerken (*der/das Joghurt, der/das Pool, etc.*) (vgl. Ebner 2014: 26). Ebenso ist eine verschiedenartige Pluralbildung in Österreich zu bemerken, die sich oftmals durch eine Umlautbildung im Plural äußert. So werden die Plurale *die Erlasse* oder *die Generale* im „österreichischen Deutsch“ tendenziell als *die Erlässe* bzw. *die Generäle* wiedergegeben (vgl. Zámečnicková 2011: 11).

Eine Beschäftigung über Besonderheiten eines „österreichischen Deutsch“ ist ohne die Behandlung von „Austriazismen“ zweifelsfrei fragmentarisch. Darunter sind für „die österr[eichischen] Varietäten typ[ische] im übrigen [deutschen] Sprachgebiet unübl[ichen] und als typ[isch] österr[eichisch] empfundene [...] oder unverständl[iche] Ausdrücke“ (Glück 2016:

76) gemeint. Ein Großteil der Austriazismen wird aus Wörtern gebildet, die zwar im deutschsprachigen Raum eine bestimmte Bedeutung haben, ihnen in Österreich jedoch eine weitere zukommt. Ebner (vgl. 2014: 24f.) sieht in der Betrachtung der Wortfelder einiger Austriazismen eine Möglichkeit, diese Bedeutungsunterschiede herauszuarbeiten. Beispielsweise beschreibt *Hacke* in Deutschland das Agrarwerkzeug zum Bodenbestellen, in Österreich wird dies eher als *Haue* bezeichnet, während *Hacke* wiederum *Arbeit* beschreibt. Ausgehend von diesem Verständnis ergibt sich ein Wortfeld mit den in Österreich umgangssprachlichen Bezeichnungen *Hackler* (für *Arbeiter*) sowie das daraus gebildete Verb *hackeln* (für *arbeiten*).

Die oben genannten Merkmale eines „österreichischen Deutsch“ nach der Auffassung einer plurinational interpretierten plurizentrischen deutschen Sprache sind beispielhaft und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen vielmehr schlaglichtartig Besonderheiten eines „österreichischen Deutsch“ aufzeigen.

3.3.4. Historische Verortung und sprachgeschichtlicher Abriss

Ein „österreichisches Deutsch“ nach dem heutigen Verständnis retrospektiv zu verorten, läuft zwangsweise in die Historismusfalle, indem es gegenwärtige Konzepte in die Vergangenheit projiziert. Dies ist zweifelsfrei auch bezüglich der Sprachgeschichte eines „österreichischen Deutsch“ der Fall, sollte man davon ausgehen, dass bereits vor 1945 die Auffassung einer eigenständigen *nationalen* Varietät der deutschen Sprache existierte. Ein vorliegend präsentierter sprachgeschichtlicher Abriss im Allgemeinen und eine Spurensuche hinsichtlich eines „österreichischen Deutsch“ zu Beginn der Zweiten Österreichischen Republik im Speziellen hat jedoch nicht die Absicht, Konzepte historisch zu interpretieren, sondern soll eine Orientierungshilfe bezüglich vorhandener Ansätze in der Vergangenheit bieten.

Sprachwissenschaftliche Untersuchungen konnten die erstmalige Bezeichnung „österreichisches Deutsch“ im 18. Jahrhundert belegen (vgl. Reutner 2006: 191), die jedoch im Kontext einer *staatlichen* Bewusstseinswerdung nichts mit einem „österreichischen Deutsch“ als *nationale* Variante der plurizentrischen deutschen Sprache zu tun hatte. Bereits im 19. Jahrhundert wurde „österreichisches Deutsch“ als defizitär wahrgenommen, was sich unter anderem in der Veröffentlichung Hermann Lewis 1875 mit dem Titel „*Das österreichische Hochdeutsch. Versuch einer Darstellung seiner hervorstechendsten Fehler und fehlerhaften Eigenthümlichkeiten*“ (Lewi 1875) verdeutlichte und in dem nicht vorhandenen Eigenständigkeitsbewusstsein zu Beginn des 20. Jahrhunderts wie etwa in Karl Luicks Werk „*Deutsche Lautlehre. Mit*

besonderer Berücksichtigung der Sprechweise Wiens und der österreichischen Alpenländer“ (Luick 1904).

Das Verständnis eines „österreichischen Deutsch“ war vereinbar mit deutschnationalen Identitätskonstrukten, das Bewusstsein als „Österreicher:in“ fußte auf der deutschen Sprache und das führte zu einer „doppelte[n] Identität“ (Hanisch 1994: 154). Diese Zwiespältigkeit wurde erst im Zuge eines Ablösungsprozesses „Deutschösterreicher:innen“ vom „Reich“ durch die habsburgische Niederlage in der Schlacht von Königgrätz 1866 und der kurz darauf erfolgten deutschen Reichsgründung 1871 langsam verringert (vgl. Haider 1998: 65–71).

Die wesentlichste Zäsur hinsichtlich der Auffassung von einem „österreichischen Deutsch“ ist zweifelsfrei mit Kriegsende 1945 zu verorten. Im Zuge der vorliegenden Arbeit wird dieser für ein „österreichisches Deutsch“ richtungsweisende Zeitabschnitt fokussiert, an dieser Stelle sei jedoch angemerkt, dass dies eng mit dem (erhöhten) nationalen Selbstständigkeitsbestreben einiger Österreicher:innen bereits während der NS-Zeit verbunden war und daher nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes eine andere Qualität enthielt als zuvor (vgl. Ammon 2011: 125). Dennoch hatte die Frage nach einem „österreichischen (Standard-)Deutsch“ bis Mitte der 1990er Jahre eher im akademischen und journalistischen Milieu Relevanz, was sich unter anderem dadurch ausdrückte, dass noch 1964 mit nur 47 % weniger als die Hälfte der befragten Österreicher:innen angaben, Österreich als Nation zu sehen (vgl. De Cillia / Wodak 2006: 38). Das breitere öffentliche Interesse diesbezüglich sollte erst 1995 im Zuge der Beitrittsverhandlungen Österreichs zur EU aufkeimen. Anlass war die gesetzliche Verankerung und sprachliche Gleichstellung von insgesamt 23 (vermeintlichen) Austriazismen im Kontext des EU-Rechts. Die entsprechenden Lexeme gehören jedoch allesamt in den Bereich der Kulinarik (vgl. Eichinger 2005: 10) und sind als Symbol für ein „österreichisches Deutsch“ in vielerlei Hinsicht – nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Verwendung der vermeintlichen Austriazismen (vgl. Krivan 2021: 81) – problematisch. Die Reaktionen auf diese Auswahl an Austriazismen waren gespalten (Schreiber 2002: 151). Während die betreffenden Begriffe einerseits als „Demonstrationsaustriazismen“ (Pollak 1994: 154) kritisiert wurden, wurde die Tatsache, dass erstmals eine Unterscheidung zwischen bundesdeutschen und „österreichischen“ Begriffen rechtlich festgehalten wurde, lobend hervorgehoben (vgl. Lohaus 2000: 10). Ungeachtet der divergierenden sprachwissenschaftlichen Beurteilungen des Protokolls 10 ist die Tatsache, dass das „österreichische Deutsch“ vor diesem Hintergrund als einzige nationale Varietät der plurizentrischen deutschen Sprache gesetzlich innerhalb des EU-Rechts verankert ist (vgl. De Cillia 1995: 122), festzuhalten.

Derzeit ist die Verwendung eines „österreichischen Deutsch“ gerade in Bezug auf die jüngere Generation zunehmend nicht selbstverständlich (vgl. Břenek 2017: 96). Es bleibt somit festzuhalten, dass sich die bereits 1988 getätigte Aussage, das „österreichische Deutsch“ nehme „seinen festen, allseits anerkannten Platz ein“ (Wiesinger 1988: 17), zwar rein rechtlich und sprachwissenschaftlich gesehen bestätigen lässt, rein pragmatisch jedoch nicht derart absolut zu verifizieren ist.

3.4. Zeitgeschichte der Zweiten Österreichischen Republik 1945–1955

3.4.1. *Nation-building* und entsprechende Bewusstseinsformung

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann eine neue Phase der österreichischen Identitätsfindung. Österreich war von den vier alliierten Nationen Großbritannien, USA, Frankreich und UdSSR besetzt, die Bevölkerung vom Krieg gezeichnet und die Zukunft des Landes ungewiss. In dieser prekären Zeit wird deutlich, dass ein Selbstverständnis Österreichs als Nation nicht existierte, was besonders im Hinblick auf die Zeit der Zwischenkriegszeit ersichtlich wird, in der sich ein Großteil der Österreicher:innen Deutschland zugehörig fühlte, sowie auf die Zeit des Nationalsozialismus, als Österreich gänzlich in das Gebiet des Dritten Reiches integriert wurde (vgl. Geng 2006: 281). Noch lange nach 1945 bedeutete *national* „nationalsozialistisch“ und/oder „deutschnational“, weshalb zunächst die Entstigmatisierung des Nationsbegriffes eine zentrale Aufgabe in der Identitätspolitik der Zweiten Österreichischen Republik bedeutete (vgl. Gehmacher 2016: 47). Zwar sind Unterschiede in der Intensität und Form nationalisierender Praktiken und politischer Entscheidungen beobachtbar – nach Brubaker (1996: 79f.) kann Österreich zu Beginn der Zweiten Republik als „*nationalising state*“ bezeichnet werden –, jedoch können einzelne Strategien in der Etablierung einer österreichischen Nationalidentität festgehalten werden.

Identität als solches ist ein komplexer, dynamischer und kontextsensitiver Begriff, der hauptsächlich die Erfahrungen der Menschen und die eigene Haltung gegenüber einem sozialen Konstrukt, einer Nation, einem Glauben oder sich selbst bezeichnet. Als Gretchenfrage der Identitätsfindung kann „Wer sind wir/bin ich, wer waren wir/war ich, wer werden wir/werde ich sein?“ (Hanisch 2019: 25) genannt werden, da in ihr die Kontinuität der Identitätserfahrung und ihr Charakter als Produkt der Vergangenheit, Gegenwart und Einstellung zur Zukunft zum Tragen kommt. Identitäten sind nie etwas Statisches (*roots*), sondern vielmehr ein Prozess (*routes*) (vgl. Hall 2011: 4) und stets einem historischen Wandel unterworfen (vgl. Karner 2011: 22). Daher ist es äußerst schwierig, Identitäten trennscharf abzugrenzen, weil zwischen der

intendierten und der tatsächlichen Identitätsbildung zweifelsfrei ein Unterschied besteht und diese naturgemäß subjektiv sind. Dennoch haben top-down-initiierte Maßnahmen einen wesentlichen Einfluss auf die eigene Bewusstseinsformung und die persönliche Beziehung zu einer Nation bzw. einer Gemeinschaft, weshalb im Folgenden wesentliche Grundzüge und angestrebte Ziele der Regierung zu Beginn der Zweiten Österreichischen Republik hervorgehoben werden sollen.

„Ein zentrales Instrument von Nationalisierungsprozessen [...] ist die von spezifischen narrativen und interpretativen Mustern getragene Invokation von Geschichte.“ (Gehmacher 2016: 50). In dieser Feststellung wird eine der wesentlichen Ansätze der österreichischen Nachkriegspolitik bezüglich ihrer nationalen Identitätsbildungsbestrebungen verdeutlicht. Bereits seit dem Barock wurde der „Mythos des Reiches“ (Hanisch 1997: 11f) stilisiert, der zu Beginn der Zweiten Republik erneut aufgegriffen wurde. Die Zeit der österreichischen Monarchie wurde verklärt als Ausgangspunkt und Ideal Österreichs als Nation sublimiert. Nicht nur die Rolle der Donaumonarchie und des Jahres 1918 als verbalisierter Anknüpfungspunkt in den Grundlinien des Erziehungsplanes 1947 (vgl. Fadrus / Gassner 1947: 5) ist hierbei zu nennen. Vielmehr ist die Instrumentalisierung der Ostarrichi-Urkunde – historisch betrachtet ein relativ unbedeutendes Schriftstück – hervorzuheben, da am 1. November 1946 anlässlich der 950-maligen Jährung der Ausstellung der Urkunde der erste bewusste „nationale“ Gedenktag der Republik inszeniert wurde (vgl. Bruckmüller 1998: 379). Wie stark die Ostarrichi-Urkunde mit dem Ursprung der österreichischen Identität verknüpft wurde, zeigt sich bereits in der offiziellen Bezeichnung der Feierlichkeiten als „950 Jahre Oesterreich“³ (vgl. Gutkas 1996: 665). Diese Konstruktion einer historischen Vergangenheit ist bewusst mit dem Ziel der „Stärkung des österreichischen Staatsgedankens nach den jüngst vergangenen Jahren der Fremdherrschaft“ (Hurdes 1947h, zit. nach: Heiß 1997: 147) erfolgt und sprach das individuelle Bedürfnis nach Kontinuität an, das durch die Stilisierung einer zeitlosen und unvergänglichen Gemeinschaft, einer historischen Gemeinsamkeit, einer kollektiven Geschichte gestillt werden sollte (vgl. Heiß 1997: 148). Dabei wurde die österreichische Identität zwar nicht „erfunden“, wie es zeitweise in geschichtswissenschaftlichen Artikeln behauptet wird (vgl. Knight 1997), sondern vielmehr transformiert. Es entstand ein Amalgam aus historisch-verklärter Mythenbildung und dem subliminal mitschwingenden Bild des Neuanfanges. Die Ostarrichi-Urkunde wurde als verklärter historischer

³ Nachdem mittlerweile im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung beinahe alle Akten über das 950-Jahr-Fest skartiert und ein erheblicher Anteil an diesbezüglichen Quellen vernichtet wurde, wird im Folgenden betreffend der Abhandlung über das besagte Jubiläum auf Sekundärliteratur und Zitate aus zweiter Hand Bezug genommen.

Ausgangspunkt einer vermeintlich teleologischen österreichischen Geschichte bewusst genutzt, um in Zeiten des Umbruches auf Bekanntes zurückgreifen zu können.

Die Etablierung eines der Monarchie als romantisierte Idealvorstellung der Österreichidee diente jedoch nicht nur als Anknüpfungspunkt an bereits vertraute Bezugspunkte und somit zur Vermittlung eines Sicherheitsgefühls, sondern war auch dahingehend der Identitätsbildung in der Frühphase der Zweiten Österreichischen Republik förderlich, als die innerhalb der Zwischenkriegszeit so dominierenden politischen Ideologien des Austro-Marxismus und Austro-Faschismus (vgl. Kirk 2011: 93) durch die Vermeidung eines Anknüpfens an die Ereignisse 1934 in den Hintergrund rückten. In diesem Umstand der selektiven Darstellung der österreichischen Vergangenheit zeigt sich der narrative Charakter von Geschichte „as a construction of an imagined past“ (Tschiggerl 2020: 790).

Ebenfalls in diesem Kontext ist die Konstruktion Österreichs als erstes Opfer des Nationalsozialismus zu betrachten. Der Grundstein für diese These wird oftmals der Moskauer Erklärung der vier Alliierten Mächte vom 1. November 1943 zugeschrieben (vgl. Rathkolb 2020a: 535), ist jedoch auf Winston Churchill zurückzuführen (vgl. Stourzh 1998: 13f.). Am 18. Februar 1942 sprach dieser anlässlich der Übergabe einer fahrbaren Kantine als Geschenk von Österreicher:innen in London: „We can never forget in this island that Austria was the first victim of Nazi aggression“ (The Times 19. Februar 1942). Die aus dieser Behauptung resultierende Interpretation und Instrumentalisierung durch österreichische Nachkriegspolitiker:innen widerspricht der Intention der vier alliierten Mächte. War deren eigentliche Absicht, die österreichische Bevölkerung zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime zu bewegen (vgl. Hanisch 1994: 399), so wurde die Opferthese zum zentralen Instrument, um die eigene Verantwortung an Kriegsverbrechen und der Shoah zu verdrängen und somit die Identitätsfindung der österreichischen Bevölkerung nicht zu behindern (vgl. Lichtblau 1997: 145). Gerade hierin zeigt sich erneut eine Konstituierung der eigenen Nation auf Basis des Vergleichs mit Deutschland, der aufgrund der gemeinsamen NS-Vergangenheit jedoch vonseiten der Politik ausschließlich auf Abgrenzung und nicht mehr auf der Zurschaustellung von Ähnlichkeiten abzielte. Auf die Beziehung zwischen Österreich und Deutschland wird weiter unten (Kap. 3.4.3.) näher einzugehen sein, die Bedeutung der Opferthese, der Abgrenzung zu Deutschland und das bewusste Verdrängen des Zeitabschnittes zwischen 1918 und 1945 für die nationale Bewusstseinsbildung der Österreicher:innen zu Beginn der Zweiten Republik ist jedoch bereits an dieser Stelle hervorzuheben. Dies wird unter anderem durch die Herausgabe des „Rot-Weiß-Rot-Buches“ (o.A. 1946) verdeutlicht, das als „möglichst hieb- und stichfeste[r] Tatsachenbeweis und Erfüllungsnachweis für die "Moskauer Deklaration" von 1943“ (Nachbaur 2009: 13)

veröffentlicht wurde. Angedacht als großangelegter Nachweis der eigenen Unschuld traf das Projekt bereits zu Beginn auf Bedenken der Herausgeber in Bezug auf dessen Gelingen. Felix Hurdes als federführendes Mitglied des Redaktionskomitees war derart überzeugt, dass das Rot-Weiß-Rot-Buch seinen Zweck nicht erfüllen würde, dass er schon während der Entstehung anmerkte, das Werk mit dem Untertitel „1. Folge“ herauszugeben, um anzudeuten, dass „wesentliches Material noch veröffentlicht wird“ (Hurdes 18. Juli 1946; zit. nach: Nachbaur 2009: 178). Hurdes behielt zwar insofern recht, als selbst das Ministerkomitee seine Meinung teilte und die erste Auflage weit unter der angestrebten Verbreitung blieb, jedoch ist in Bezug auf die Identitätsbildung der Zweiten Österreichischen Republik vielmehr das Bestreben der Regierung, die eigene Mitschuld am Krieg und an der Shoah nicht nur zu verbergen, sondern sogar zu widerlegen, zentral, um ein Verständnis von der Tragweite dieser Rhetorik zu erlangen. Die eigene Vergangenheit wurde damit nicht nur mittels eines romantisierten Ursprungs in der Monarchie verklärt, sondern der Umgang mit dieser Vergangenheit war auch bewusst von Verdrängen, Vergessen und Geschichtsklitterung hinsichtlich der unmittelbaren Jahrzehnte vor 1945 geprägt. Dass dieses selektive Verständnis der eigenen Vergangenheit nicht trivial ist, wurde in der Geschichtswissenschaft bereits mehrfach thematisiert (vgl. etwa Tschiggerl 2020) und durch Jan Assmanns Feststellung, dass nur „*bedeutsame* Vergangenheit [...] erinnert, nur *erinnerte* Vergangenheit [...] bedeutsam“ sei (Assmann 1992: 77; Hervorhebungen aus dem Original übernommen), zusammengefasst.

Jedoch blieb jener selektive Blick nicht auf den Umgang mit der Schuld an nationalsozialistischen Verbrechen beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf die Ausblendung von teils auch problematischen antikommunistischen Bestrebungen und Haltungen innerhalb der österreichischen Bevölkerung und Regierung. Diese bis heute kaum beachtete Komponente der Abgrenzung vom kommunistischen System der Nachbarstaaten bildete nicht nur ein bedeutsames Element der österreichischen Identitätsbildung, sondern ist auch mit dem Umstand verknüpft, dass Österreich eine der höchsten Pro-Kopf-Quoten im Zuge des Marshallplans erhalten hat (vgl. Rathkolb 2017: 33). Hierin wird deutlich, dass nationale Identitätsbildungen nie hermetisch vonstattengehen, sondern stets das Produkt internationaler und innenpolitischer Ziele und Konzepte sind.

Ein zentrales Instrument nationaler Identitätsbildung ist meist die Frage der Staatssprache (vgl. De Cillia / Wodak 2006: 32). Die Idee der Verbindung von Nation und Sprache gewann erstmals im Kontext der Französischen Revolution an Bedeutung, indem als wesentliches Merkmal der Nation die gemeinsame Sprache postuliert wurde (vgl. Ammon 2011: 19), wobei das

Nationsverständnis auf dem Konzept des *Ethnos* aufbaut und der Sprache eine emotionell geladene Funktion zukommt (vgl. Bodi 1995: 18). Dies funktioniert zwar auf den ersten Blick über inklusive Diskurse, operiert jedoch nicht zuletzt auf Basis von Exklusion und Abgrenzung (vgl. Heller 2005: 1582). Sprache wird in diesem Sinne nicht nur als gemeinschaftliche Konstante, sondern vielmehr als exklusives Merkmal eines Zusammenschlusses betrachtet, der sich durch bestimmte Merkmale von anderen Gemeinschaften / Nationen / Staaten unterscheidet. Im Falle der Zweiten Österreichischen Republik bekommt diese Problematik eine spezifische Dimension, da dies letztlich das Postulat eines „österreichischen Deutsch“ voraussetzte, das als identitätsstiftendes sprachliches Symbol fungieren sollte (vgl. De Cillia / Wodak 2006b: 29). Auch die Frage nach Hurdes' Konzepten hinsichtlich eines „österreichischen Deutsch“ ist unter diesem Aspekt zu betrachten, etwa mit Blick auf seine sprachplanerischen Maßnahmen, z. B. die Herausgabe des Österreichischen Wörterbuches (Kap. 4.3.2.1.). Die Herausbildung des Konzepts eines „österreichischen Deutsch“ ist somit als Indiz der erwünschten (sprachlichen) Abgrenzung von Deutschland und der entsprechenden Bewusstseinsbildung einer österreichischen Nation zu betrachten. Dieses Spannungsfeld verdeutlicht die schizoiden Züge der österreichischen Identität (vgl. Pollak 1992: 13), zeigt jedoch auch die politischen Intentionen und Problemstellungen der Regierung zu Beginn der Zweiten Österreichischen Republik auf, in deren Kontext sich nicht zuletzt Felix Hurdes bewegen musste. Auch wenn die Ergebnisse einer 1988 in Auftrag gegebenen Studie den Konnex zwischen einem – allerdings wohl nicht im Sinne einer nationalen Standardvarietät der deutschen Sprache im Bewusstsein der Sprecher:innen verankerten – „österreichischen Deutsch“ und dem Bewusstsein nationaler Eigenständigkeit grundsätzlich darlegen konnten (vgl. Moosmüller / Dressler 1988: 81f.), so ist dennoch festzuhalten, dass dieses nationale Selbstbewusstsein erst mühsam aufgebaut werden musste (vgl. Tschiggerl 2020: 785) und 1956, vier Jahre nach Hurdes Amtszeit als Unterrichtsminister, noch 47 % der befragten Österreicher:innen in einer repräsentativen Umfrage Österreich den Status als Nation absprachen (vgl. Gehmacher 2016: 52). Unter diesem Gesichtspunkt des erst noch im Entstehen begriffenen österreichischen Nationalbewusstseins sind Vorstellungen von einem „österreichischen Deutsch“ als Produkt der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu Beginn der Zweiten Österreichischen Republik zu sehen.

3.4.2. „Besatzungszeit“ in Österreich von 1945–1955

Am 11. April 1945 erreichte die Rote Armee das Zentrum von Wien (vgl. Beevor 2016: 835). Auch wenn die deutsche Wehrmacht formell erst nach der verlorenen Schlacht um Berlin (16. April bis zum 2. Mai 1945) sowie Hitlers Selbstmord (30. April 1945) am 8. Mai 1945

kapitulierte, hatte der Zweite Weltkrieg für Österreich mit der Einnahme Wiens sein Ende gefunden und ging in den als „Besatzungszeit“⁴ bezeichneten Zeitabschnitt über, in dem die vier alliierten Mächte Großbritannien, USA, Sowjetunion und Frankreich das österreichische Staatsgebiet kontrollierten. Doch bereits die Frage um den Begriff der „Besatzung“ wurde zum diplomatischen Problem und bildete die Weichenstellung für das kommende Verhalten der Alliierten in Österreich. Denn der Titulierung als besetztes Gebiet liegt die Ansicht des kontrollierten Staates als feindliches Territorium zugrunde, während in der Deklaration als befreiter Staat eine freundliche Auffassung ersichtlich ist (vgl. Beer 1997: 210). Um sich die Problematik dieser Debatte vor Augen zu führen, ist die Veranschaulichung der „Zwischenstellung“ Österreichs hilfreich: Man hatte zwar mit Österreich nie offiziell Krieg geführt, da es mit Beginn des Zweiten Weltkrieges bereits Bestandteil des Dritten Reiches war, doch war die Mitwirkung der österreichischen Bevölkerung an den Kriegshandlungen unbestreitbar. Nachdem die strikte Trennung Österreichs und Deutschlands einen wesentlichen Faktor der alliierten Nachkriegspolitik darstellte (vgl. Stourzh 1998: 34), war der logische Schritt, Österreich nicht als besiegt, sondern als von den Alliierten befreites Land anzusehen. Die Bedeutung für die hier angerissene terminologische Auseinandersetzung war somit nicht nur für die Behandlung der österreichischen Bevölkerung und die immer relevantere Frage um die Selbstständigkeit Österreichs als Nation bedeutend, sondern wurde auch im Vorzug der Bezeichnung „Staatsvertrag“ gegenüber „Friedensvertrag“ deutlich, da man nur Frieden mit einem Staat schließen könne, mit dem man zuvor Krieg geführt habe, und dies für Österreich nicht zutreffe (vgl. Stourzh 1998: 45).

Mit Beginn der „Besatzungszeit“ war zunächst eine Ambivalenz im Verhalten der vier alliierten Besatzungsmächte gegenüber der österreichischen Bevölkerung bemerkbar. Während der Einmarsch der Roten Armee von einem gewalttätigen Vorgehen gegen Österreicher:innen begleitet wurde, in dessen Verlauf 400.000 Vergewaltigungen dokumentiert wurden, verhielten sich die führenden Mitglieder der sowjetischen Kontrollorganisationen in Österreich zurückhaltend, die der US-amerikanischen hingegen weitaus restriktiver (vgl. Höbelt 2020: 14f). Die Bestrebungen der vier alliierten Mächte konzentrierten sich zunächst auf eine stabile Kontrolle des „besetzten“ Gebietes mithilfe eines umfassenden Kontrollsystems. Dieses bestand aus der Alliierten Kommission für Österreich, bei dem der Alliierte Rat die hierarchische Spitze bildete, und aus von einem der Besatzungsmächte ernannten militärischen Hohen Kommissären – jeder

⁴ Die Problematik in Bezug auf die Bezeichnung der Kontrolle der vier alliierten Mächte über Österreich als „Besatzung“ wird im Folgenden erläutert. In Ermangelung möglicher alternativer Benennungen innerhalb der Geschichtswissenschaft für die Periode von 1945–1955 in Österreich wird dennoch der Begriff „Besatzungszeit“ verwendet, jedoch apostrophiert.

davon hatte ebenso das militärische Oberkommando über die Streitkräfte der jeweiligen Besatzungsmacht in Österreich inne – bestand. Ergänzt wurde der Alliierte Rat durch ein viergeteiltes Exekutivkomitee sowie mehrere Sachabteilungen (vgl. Stourzh 1998: 32). Dieses Kontrollsystem wurde im sogenannten „Ersten Kontrollsystem“ am 4. Juli 1945 festgesetzt und war dahingehend richtungsweisend, als diese alliierte Leitung den Rahmen bildete, in dem die österreichischen Politiker:innen zu Beginn der Zweiten Republik handeln konnten. Grundsätzlich ist eine vollkommene Kontrolle Österreichs durch machtpolitisch agierende Besatzungsmächte für den Zeitraum von Mai bis zum Spätherbst 1945 zu beobachten, was unter anderem durch die Haltung zur provisorischen Staatsregierung Renner geprägt war (vgl. Beer 1997: 223). Diese hatte sich im Frühjahr 1945 herausgebildet und war zunächst auf die sowjetische Kontrollzone in Österreich beschränkt, bis der Alliierte Rat als höchste Kommission des alliierten Kontrollsystems in Österreich den vier Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion sowie den USA empfahl, die Regierung Renners auf ganz Österreich auszudehnen (vgl. Stourzh 1998: 33). Diese Anerkennung wurde erst durch ein konsequentes und standhaftes Vorgehen vonseiten der sowjetischen Diplomatie vollzogen. Der erstmalige sowjetische Vorschlag über die Ausweitung der Kompetenzen der Regierung Renner auf ganz Österreich stieß zunächst auf Ablehnung durch die Westalliierten, „was den Prozess der Wiedererrichtung Österreichs naturgemäß verlangsamte“ (Čurilin 2005: 779). Mit der ersten gesamtösterreichischen Nationalratswahl der Zweiten Republik am 25. November 1945 vollzog sich nicht nur ein Regierungswechsel, im Zuge dessen Leopold Figl als Bundeskanzler und Felix Hurdes als Unterrichtsminister ernannt wurden, sondern auch eine Weichenstellung Richtung Lockerung der alliierten Kontrolle. Im Juni 1946 behielten sich die vier Alliierten grundsätzliche Eingriffsrechte vor, hoben jedoch die Festlegung des Vetos jeder alliierten Macht gegen Gesetze, die das österreichische Parlament beschloss, auf (vgl. Eisterer 1997: 159). Dieses „Zweite Kontrollabkommen“ bildete die Grundlage für die „Besatzungszeit“ Österreichs bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages am 27. Juli 1955 (vgl. Stourzh 1998: 48).

Ebenen Staatsvertrag zu erhalten, wurde zu einer treibenden Direktive der österreichischen Regierung und war als wesentlicher innenpolitischer Unterschied zu 1918 zentral für die Identitätsstiftung und das nationale Selbstbewusstsein Österreichs. Denn anders als zu Beginn der Ersten Österreichischen Republik bestand am Anfang der Zweiten nicht nur ein Konsens der politischen Eliten über die Eigenstaatlichkeit Österreichs, sondern es existierte zudem das Streben nach Beendigung der alliierten „Besatzung“, das als identitätsstiftendes Element zunehmend an Bedeutung gewann (vgl. Tributsch / Ulram 2004: 56f.). Besonders unter diesem

Gesichtspunkt ist die Erneuerung der Koalition zwischen SPÖ und ÖVP nach den ersten Wahlen trotz der absoluten Mandatsmehrheit Letzterer zu sehen, um parlamentarisch möglichst gestärkt „durch die Abschaffung der Alliierten Kommission und des Alliierten Rates echte Souveränität zu erlangen“ (Rathkolb 2020a: 525), was als logische Konsequenz den Abschluss sowie die Ratifizierung eines Staatsvertrages miteinschloss. Bereits am 2. Februar 1946 überreichte der österreichische Außenminister Karl Gruber (ÖVP) William Mack als englischem politischen Vertreter in Wien ein Schreiben mit dem Titel „Entwurf für einen Vertrag zur Wiederherstellung der Rechtsstellung Österreichs“, das zwar nicht zum erhofften Ergebnis führte, doch die frühe Beschäftigung und Dringlichkeit der Staatsvertragsangelegenheit verdeutlicht (vgl. Stourzh 1998: 41). Die zunächst erhoffte rasche Erreichung der staatlichen Souveränität Österreichs konnte nicht realisiert werden, doch die Position der ÖVP als Regierungspartei blieb beständig auf die Durchsetzung der staatlichen Unabhängigkeit konzentriert. Mit der internationalen Vereinigung der christlichen Volksparteien (*Nouvelle Équipes Internationales* = NEI) 1947 gewannen Interessen der internationalen Gleichstellung und Souveränität Österreichs neu an Bedeutung und der Staatsvertrag ein weiteres Mal an Brisanz. Daher überrascht es nicht, dass die ÖVP-Mandatare innerhalb der NEI sowie Außenminister Karl Gruber und Felix Hurdes in ihren ersten NEI-Reden weniger auf integrationspolitische Intentionen zu sprechen kamen, sondern vielmehr der Fokus auf territorialer Integrität und staatliche Unabhängigkeit lag (vgl. Gehler 2016: 308f.).

Generell ist den Verhandlungen über den Abschluss des Staatsvertrages eine Ambivalenz zu eigen. Mit Beginn der Bildung der ersten Regierung ist bereits der Anfang dieser Debatte zu beobachten, doch führten die Hilfeleistungen des Marshallplans ab 1947/48 zu immer stärker werdenden Sympathien der Österreicher:innen für die Westmächte, die jedoch ihrerseits im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen nicht immer unterstützend gewirkt haben. Besonders innenpolitisch mutierte die Diskussion um den Staatsvertrag zunehmend zu einem retardierenden Element im österreichischen Konsolidierungsprozess, denn obschon das Ergebnis von 1955 bereits 1947 grundsätzlich vorlag, wurden wesentliche politische Vorhaben (unter anderem die Währungsreform) unter dem Vorbehalt, man wolle zunächst die staatliche Souveränität mithilfe des Staatsvertrages erreichen, verschoben (vgl. Höbelt 2020: 16).

Im Zuge der langjährigen Verhandlungen des Staatsvertrages ist Felix Hurdes als zentraler Akteur zu nennen. Als beständiger Anhänger dieser Direktive der österreichischen Regierung drängte er nicht nur innerösterreichisch auf eine rasche staatliche Unabhängigkeit, sondern nutzte seit Beginn der NEI auch länderübergreifende Institutionen als Sprachrohr für die Erlangung der Souveränität Österreichs. Auf seine Haltung gegenüber und Zusammenarbeit mit

alliierten Kontrollorganen und Behörden wird im Weiteren noch näher eingegangen (Kap. 4.3.3.), jedoch soll bezüglich der Staatsvertragsverhandlungen seine persönliche Überzeugung, diesen erreichen zu müssen, bereits an dieser Stelle skizziert werden. Am 15. Jänner 1949 schrieb er an Karl Gruber nach einer Sitzung der NEI: „Mir war es insbesondere darum zu tun, durchzusetzen, das Problem Österreich, besonders die Betreibung des Abschlusses des Staatsvertrages in die Botschaft [der NEI] hineinzubringen, da diesbezüglich in den vorgelegten Entwürfen nichts vorgesehen war. Es ist mir auch gelungen.“ (Hurdes 15./16. Jänner 1949d; zit. nach: Gehler 2016: 318). An der Tatsache, dass es weitere sechs Jahre zäher Verhandlungen bedurfte, um den bereits 1946 in den politischen Diskurs getragenen Staatsvertrag zu erlangen, ist einerseits ersichtlich, dass Felix Hurdes die Bedeutung der Einbringung dieser Thematik in die Gespräche der NEI überschätzte, sowie andererseits, dass der NEI eine einheitliche Grundkonzeption fehlte, die sie ihrer Schlagkraft beraubte (vgl. Gehler 2016: 343).

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 fanden diese Bemühungen ihr Ende. Nun wurde auf Grundlage der staatlichen Souveränität und der Neutralitätserklärung ein weltoffenes und demokratisches Österreichbewusstsein geschaffen (vgl. Bodi 1995: 32), dem ein veränderter Nationsbegriff zugrunde lag: Die Vorstellung der Nation als Gemeinschaft gleicher Kultur und Sprache wich dem Nationsbegriff, der sich über die Bekennung zum Staatswesen konstituierte (vgl. Ebner 2019: 26). Die Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit wurde daher zum nationsstiftenden Ereignis und als Moment, „der unser österreichisches Volk zu wirklichen Österreichern zusammengeführt hat“, als „Leistung des ganzen österreichischen Volkes“ stilisiert (Österreichischer Bundesrat 25. Oktober 1965: 4832).

Die alliierte Einflussnahme auf Österreich erstreckte sich jedoch nicht nur auf die Frage der staatlichen Souveränität und war somit sowohl von der konsequenten Bestrebung geprägt, Österreich von Deutschland zu trennen, sondern sie manifestierte sich auch in Form der Unterstützung in gesellschaftlichen Aspekten. Auf Ersteres wird im Zuge der Behandlung der österreichisch-deutschen Vergangenheit (Kap. 3.4.3.) näher einzugehen sein, Letzteres bildete jedoch ein wesentliches Element für den Wiederaufbau Österreichs (vgl. Rathkolb 2017: 115). Nicht nur die österreichische Wirtschaft war nach dem Zweiten Weltkrieg in einem desolaten Zustand, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung. Aufgrund der Verwüstungen im Zuge des Krieges sowie des daraus resultierenden Elends innerhalb der Gesellschaft deckte das inländische Angebot an Nahrungsmitteln 1945 nur 40 % der ohnehin schon spartanischen Lebensmittelrationen (vgl. Rathkolb 2017: 115). Eine drohende Hungersnot in Österreich konnte nur durch alliierte Lebensmittellieferungen verhindert werden (vgl. Beer 1997: 224). In dieser

Unterstützung Österreichs und Hilfeleistung in Bezug auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes wird die Ambivalenz und beginnende Divergenz zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion deutlich: Während die sowjetische „Besatzungszeit“ in Österreich durch eine „ökonomische Exploitationspolitik“ (Rathkolb 2017: 121) aufgrund der Kompensation der enormen Kriegsverluste in der eigenen wirtschaftlichen Infrastruktur gekennzeichnet war, zielten die Westalliierten, insbesondere die US-amerikanische Regierung darauf ab, Österreich und Deutschland ökonomisch rasch wiederaufzubauen, um mithilfe wirtschaftlicher Unterstützung durch die Westalliierten eine drohende Dominanz der Sowjetunion in Europa zu verhindern (vgl. Rathkolb 2017: 117). Dieser Umstand fand unter anderem darin seinen Niederschlag, dass die Sowjetunion besonders vehement gegen einen möglichen Anschluss Österreichs an die BRD vorging, um deren ökonomischer Stärkung entgegenzuwirken (vgl. Rathkolb 2017: 286). So leistete der Zwiespalt und die Konkurrenz zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion insofern einen indirekten Beitrag zur Konsolidierung und Unabhängigkeit Österreichs, da die österreichische Souveränität als entscheidendes Politikum diente.

Diese Trennung von Österreich und Deutschland war jedoch nicht ausschließlich im Kontext wirtschaftlicher Interessen zu sehen, sondern sollte auch auf geistig-ideologischer Ebene erfolgen. Der Zweite Weltkrieg endete offiziell mit der Zerschlagung Hitler-Deutschlands und der Niederlage des Nationalsozialismus. In der Realität war jedoch das Vorgehen gegen die überlebenden Nationalsozialist:innen bei weitem nicht restlos geklärt. Um zu verhindern, dass ein unabhängiges Österreich nach einem angedachten Abzug der alliierten Truppen erneut durch nationalsozialistische Strömungen zu einem geopolitischen Konfliktfall wird, wurde die „Entnazifizierung“ und „Reaustrifizierung“ der Bevölkerung, besonders der Administration und Regierung anvisiert (vgl. Eisterer 1997: 165). Da dieses Bestreben aufgrund des langjährigen und mit beispiellosen Verlusten erlangten Sieges durchaus als äußerst ernstzunehmende Direktive der alliierten Politik im Zuge der „Besatzungszeit“ angesehen werden kann, verwundert es, dass es kein interalliiertes Abkommen über die in Österreich zu realisierende Entnazifizierungspolitik gegeben hat (vgl. Beer 1997: 217). Dieses unterschiedliche Vorgehen in der erwünschten Entnazifizierung führte zu einer ebenso abweichenden Intensität, was zur Folge hatte, dass die schlechte Administrierung der Entnazifizierung die gesellschaftliche Integration der ehemaligen Nationalsozialist:innen erschwerte (vgl. Beer 1997: 224). Der Umgang mit den Nationalsozialist:innen hatte nicht nur gesellschaftliche, sondern auch politische Auswirkungen, die besonders plastisch im Zuge der Wahlkämpfe zutage traten. Waren Nationalsozialist:innen von der ersten Nationalratswahl der Zweiten Österreichischen Republik am 25. November 1945

noch ausgeschlossen (vgl. Hanisch 1994: 404), bildeten sie in der Folge zunehmend eine zu adressierende Wählerschaft. Kaum drei Jahre später verkündete der Staatssekretär der ÖVP Ferdinand Graf: „Die Stimmen der Nationalsozialisten entscheiden die kommenden Wahlen. [...] In unserer Partei hat jeder ehemalige Nationalsozialist Platz.“ (Niederösterreichischer Bauernbund 14. Oktober 1948). Somit war der Umgang mit den Nationalsozialist:innen innerhalb der Zweiten Republik ein Problemfeld, in dem die Faktoren der alliierten Einflussnahme, der ökonomischen und politischen Stabilisierung als auch der innenpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Konsolidierung als zentrale Bestandteile zu nennen sind. Diese Komplexität wurde durch die Inszenierung als Opfer des Nationalsozialismus, durch die Hervorhebung der Kriegsgefangenen, Bombenopfer und Verfolgten der NS-Unterdrückungen und die Verdrängung der eigenen Mitwirkung am Holocaust noch verstärkt und sollte erst im Zuge der Waldheim-Affaire 1986 erste Aufarbeitung erfahren (vgl. Filzmaier / Perlot / Beyrl 2018).

Zusammenfassend lässt sich die „Besatzungszeit“ in Österreich als ein Produkt aus vielfältigen Elementen und Faktoren beschreiben, das jedoch einen elementaren Beitrag zu einem souveränen, wirtschaftlich gefestigten und nationalbewussten Österreich leistete. Es nimmt daher wunder, dass gerade diese richtungsweisende Epoche aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt oder als dunkler Fleck der österreichischen Geschichte stigmatisiert wurde. So gaben in einer Umfrage anlässlich der vierzigjährigen Unabhängigkeit 1995 87 % der Befragten an, dass Österreich erst ab 1955 befreit war (vgl. Rathkolb 2017: 30). Nichtsdestotrotz bildete das Handeln der politischen Akteure im Zuge der „Besatzungszeit“ das Fundament für die Nationwerdung Österreichs nach Erlangung des Staatsvertrages.

3.4.3. „Verfreundete Nachbarn“ – Die deutsch-österreichische Vergangenheit

Um die ambivalente und zwischen Extremen schwankende Beziehung zwischen Österreich und Deutschland prägnant zu formulieren, ist die von Gabriele Matzner-Holzer verwendete Bezeichnung „verfreundete Nachbarn“ (Matzner-Holzer 2005) ein erster Ansatz. Eine nur mit Mühe zu überblickende Fülle an Verbindungen und Abgrenzungen zwischen Österreich und Deutschland bietet sich aus historischer Sicht, bevor es die entsprechenden Nationen bzw. Staaten überhaupt gab. Als markanter früher Einschnitt dieser wechselseitigen Beziehung – wohl gemerkt noch im gemeinsamen Kontext des „Heiligen Römischen Reiches“ – kann der Einmarsch Friedrichs II. von Preußen auf das österreichische Gebiet Schlesien an der Spitze von 20.000 Soldaten am 16. Dezember 1740 genannt werden (vgl. Bremm 2017: 29), der den Ersten Schlesischen Krieg einläutete. Die Rivalität zwischen Friedrich II. und Maria Theresia fand erst

in der Beendigung des darauffolgenden Siebenjährigen Krieges (1756–1763) ihr Ende, wurde jedoch lange als Leitmotiv österreichischer Selbstbehauptung gesehen. Maria Theresia als *die* „Symbolgestalt österreichischer Staatlichkeit schlechthin“ (Stollberg-Rilinger 2018a: X) wurde gerade durch den Konflikt mit Friedrich II. als *mater castrorum*, als „Mutter der Armee“ (Telesko 2012: 11) inszeniert, als jemand, der die Grenzen des habsburgischen Territoriums gegen den preußischen Aggressor zu verteidigen wisse. Diese Konstituierung durch Abgrenzung fand seine Fortführung in der Loslösung einiger deutscher Staaten aus dem habsburgisch regierten Gebilde des Heiligen Römischen Reiches und der Gründung des Rheinbundes am 12. Juli 1806 (Stollberg-Rilinger 2018b: 115) ebenso wie in der Einigung Deutschlands. Diese erfolgte unter anderem nach dem Sieg Preußens gegen den vom Kaisertum Österreich angeführten Deutschen Bund in der Schlacht bei Königgrätz 1866 (Haider 1998: 65–71) und kumulierte am 18. Jänner 1871 nach dem Sieg gegen Frankreich im vorangegangenen Jahr in der Proklamation des Deutschen Reiches (vgl. Vocolka 2010: 563f).

Die darauffolgende Zeit war geprägt von einer bilateralen Entspannung und zunehmenden Hinwendung Österreich-Ungarns zu Deutschland und umgekehrt. Die innereuropäischen Bündnis-systeme begannen, immer polarisierender zu werden (vgl. Clark 2015: 169), was zu weiteren Spannungen und Problemfeldern führte – diesmal jedoch nicht zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, sondern zwischen den Bündnisblöcken. Nach dem Attentat von Sarajevo am österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und seiner Frau Sophie Chotek am 28. Juni 1914 durch den serbischen Attentäter Gavrilo Princip erfolgte mit der Zusage, dass Deutschland eine österreichisch-ungarische Aktion gegen Serbien unterstützen würde („Blankoscheck“) (vgl. Clark 2015: 531) ein diplomatischer Schritt, der weitreichende Folgen nach sich zog. Da hinter Serbien Russland als Schutzmacht stand, konnte bzw. wollte Österreich-Ungarn nur durch deutsche Rückendeckung einen Krieg wagen (vgl. Münkler 2015: 36), Deutschland wiederum erhoffte sich im Falle eines Krieges durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn Unterstützung gegen Frankreich. Über die Hauptverantwortung für den aus diesem Konfliktfeld folgenden Ersten Weltkrieg wurde innerhalb der Forschung heftig debattiert. Die langjährig in der Geschichtswissenschaft verbreitete Annahme, das Deutsche Reich trage aufgrund der Übermittlung des Blankoschecks und der vorangegangenen expansiven Außenpolitik die Hauptverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, wurde durch Fritz Fischer erstmals 1961 in den deutschsprachigen geschichtswissenschaftlichen Diskurs getragen (vgl. Fischer 1961). Diese These stieß seit Beginn auf heftige Kritik, wird jedoch derzeit zunehmend durch die Behauptung, die betreffenden politischen Akteure wären unbewusst wie „Schlafwandler“ (Clark 2015) in den immer unkontrollierbarer werdenden Konflikt gegangen,

verdrängt. Da eine tiefgehende Behandlung dieses historiografischen Dissenses den Rahmen einer konzisen Aufarbeitung der deutsch-österreichischen Vergangenheit sprengen würde, sei an dieser Stelle nur auf den obigen Abriss der deutschen Verantwortung am Ersten Weltkrieg hingewiesen. Nicht von der Hand zu weisen ist jedoch die Bedeutung des österreichisch-deutschen Zusammenrückens für die europäische Geschichte.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges suchte Österreich eine enge Anlehnung an Deutschland, die sich vor allem im Gesetzesentwurf für die Ausrufung der Republik vom 12. November 1918 widerspiegelt, worin „Deutschösterreich ist ein Teil der deutschen Republik“ vermerkt war, was jedoch durch die alliierte Intervention nicht in die Realität umgesetzt wurde (vgl. Ammon 2011: 119). Um diese Annäherung zu verstehen, muss zunächst auf die Zäsur von 1918 für Österreich hingewiesen werden. Das seit Jahrhunderten als Großmacht angesehene Haus Habsburg, das erstmals 1278 den Kaiser des Heiligen Römischen Reiches stellte, seine Macht zunehmend ausbauen konnte und von 1806 bis 1918 als Kaiser von Österreich herrschte, wurde gestürzt. Das Gebiet, das vor 1918 51 Millionen Menschen umfasste, schrumpfte auf ein Staatsgebilde von 6,5 Millionen Menschen und einen „Staat, den keiner wollte“ (Andics 1962). Die Hinwendung zu Deutschland erfolgte somit nicht *nur* aufgrund der Auffassung einer deutschen Kultur- und Sprachnation (vgl. De Cillia 1998: 59), sondern auch durch die enorme Verkleinerung des österreichischen Staatsgebietes und die daraus resultierenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen sowie die tiefgreifenden ideologischen Veränderungen wie die Loslösung des Österreichbegriffs von der Monarchie und die Verbindung mit der Idee der Republik (vgl. Stourzh 1996: 289). Eine weitere nicht zu unterschätzende Komponente, die die Hinwendung Österreichs zu Deutschland befeuerte, waren die gemeinsam überstandenen Schrecken des Ersten Weltkrieges (vgl. Kroiher 2016: 231). Somit spiegelt sich auch diese Anlehnung an Deutschland in der mit Vehemenz geführten Diskussion um die Benennung des ehemals habsburgischen Kernlandes. Im Zuge einer Umfrage der Innsbrucker Nachrichten vom März 1919 konnten insgesamt 29 unterschiedliche Bezeichnungen für Österreich gefunden werden, von denen *Hochdeutschland*, *Ostdeutschland*, *Neudeutschland* oder gar *Deutsches Friedland* als nur beispielhaft für den Anbindungswunsch an Deutschland genannt werden können (vgl. Stourzh 1996: 290). Erstmals brachte die christlich-soziale Partei den Begriff „Österreich“ in die Verfassungsdiskussion der Ersten Republik ein, doch das Bewusstsein, Deutsche:r zu sein, blieb in der Ersten Republik als „Erbschaft des altösterreichischen Vielvölkerreiches“ weiterhin bestehen (vgl. Stourzh 1996: 291).

Die Debatte rund um die Bezeichnung des österreichischen Staatsgebildes nach 1918 ging Hand in Hand mit der Frage nach einem möglichen Anschluss an Deutschland. Dieser war in allen politischen Lagern der Ersten Österreichischen Republik als Option bzw. Zielsetzung beobachtbar, wobei die Christlichsozialen diese Idee vergleichsweise wenig vertraten (vgl. Kroiher 2016: 231). Dennoch blieb das staatliche Selbstbewusstsein Österreichs in der Zwischenkriegszeit relativ gering, was sich unter anderem in der Auffassung, Österreich sei der „besser[e] deutsche Staat“ (Kroiher 2016: 234) verdeutlicht. Die Auffassung von einer deutschen Kulturnation, die mehrere Staaten umfasse, prägte die Zeit zwischen 1918 und 1934 in Österreich und verdeutlicht die Schwierigkeit in Bezug auf die Loslösung von einer angedachten deutsch-österreichischen Zusammenführung (vgl. Gehmacher 2014: 48f). Um dem entgegenzuwirken, unternahm das Dollfuß-Schuschnigg-Regime eine starke Aufwertung altösterreichischer Traditionen mitsamt einem verklärten Reichsdenken, damit die österreichische Nation als Kampfbegriff gegen den aufkommenden Nationalsozialismus verwendet werden konnte (vgl. Stourzh 1996: 302). Mit Engelbert Dollfuß begann eine Zeitspanne der deutlichen Abgrenzung Österreichs von Deutschland, da die immer größer werdende Konfrontation Deutschlands mit Österreich Fragen der Rechtfertigung eines souveränen Österreichs mit sich brachte (vgl. Kroiher 2016: 193) und diese beinahe apologetisch geführte Diskussion zunehmend von Politiker:innen aufgegriffen und instrumentalisiert wurde. Dollfuß formte den Gedanken eines unabhängigen Österreichs zu einem Instrument des geistigen Widerstandes gegen Hitler-Deutschland und den Nationalsozialismus und vermittelte außenpolitisch den Eindruck, dass Österreich das „letzte deutsche Land [sei], wo man es verräterisch noch wage, sich dem grenzüberflutenden Zeitgeist einer neuen großdeutschen, nationalen Revolution zu widersetzen“ (Kindermann 2003: 241f.). Durch diesen Widerstand gegen das zunehmend aggressiver agierende Deutschland geriet der Ständestaat immer mehr unter Druck, was die Abwehrhaltung der Österreicher:innen nur noch verstärkte (vgl. Kindermann 1993: 59–64). Österreichische Nationalsozialist:innen versuchten, durch subversive Handlungen die Macht zu übernehmen, scheiterten jedoch aufgrund ihrer auffallend mangelhaften Koordination (vgl. Ross 1966: 29–58). Erst durch den Tod Dollfuß' durch nationalsozialistische Attentäter 1934 und dem immer stärker werdenden Druck vonseiten Hitler-Deutschlands gab Kurt Schuschnigg als Bundeskanzler 1936 seinen antinationalsozialistischen Kurs auf und schloss 1936 ein Ausgleichsabkommen mit Deutschland (vgl. Rathkolb 2020b: 481). Nach zwei weiteren Jahren des massiven Drucks auf Österreich gelang es Adolf Hitler, die bereits auf der ersten Seite seines Buches „Mein Kampf“ angestrebte Forderung, „Deutschösterreich [müsse] wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande“ (Hitler 2016: 93) finden, umzusetzen. Um dies zu erreichen, plante Hitler zunächst, Österreich in

Personalunion über zwei formal selbstständige Staaten zu kontrollieren. Nachdem er jedoch in Österreich mit frenetischer Begeisterung empfangen wurde – ein weiterer Hinweis auf das tiefsitzende, nicht zuletzt ökonomisch determinierte Gefühl der Verbundenheit der Österreicher:innen mit Deutschland, das trotz der hartnäckigen Bestrebungen vonseiten Dollfuß' die Zwischenkriegszeit überdauert hat, und ein eindeutiges Indiz, das der Opferthese zuwiderläuft –, gab er diesen Plan auf und strebte eine vollständige Integration nach einer Volksabstimmung an (vgl. Rathkolb 2020b: 481). Am 10. April 1938 stimmte Österreich über die Frage der Souveränität oder des Anschlusses an Deutschland ab. Das Ergebnis von 99,6% für „Ja“ war ein Konglomerat aus Opportunismus, propagandistischer Präzision, erheblichem außenpolitischen Druck und der weit verbreiteten ideologischen Überzeugung der Österreicher:innen für den Nationalsozialismus (vgl. Rathkolb 2017: 22). Österreich als souveräner Staat, dessen innerer Zusammenhalt stets von einer Gespaltenheit, Unvollkommenheit und dem Bestreben nach Eigenständigkeit geprägt war, ging im Dritten Reich auf.

Im Zuge des Zweiten Weltkrieges und dem sich abzeichnenden Wandel im Kriegsgeschehen trat die Österreichpolitik der Alliierten immer mehr in den Vordergrund, die nicht isoliert, sondern als Teil der Deutschlandpolitik betrachtet werden muss (vgl. Stourzh 1998: 15). Österreich musste von Deutschland abgetrennt werden, um Letzteres zu schwächen. In diesem Sinne ist die Moskauer Deklaration als Instrument zur intendierten Insurrektion der österreichischen Bevölkerung gegen die Nationalsozialist:innen zu betrachten, das am 1. November 1943 unterzeichnet wurde, jedoch seinen Zweck nicht erfüllte (vgl. Hanisch 1994: 399). Vielmehr verkehrte sich dessen Absicht in eine nachträgliche Apologie für das österreichische Handeln, indem die Stilisierung Österreichs als erstes Opfer des Nationalsozialismus eine Aufarbeitung der eigenen Mitverantwortung an Kriegsverbrechen bzw. den Geschehnissen der Shoah verunmöglichte (vgl. Rathkolb 2020a: 535).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fand eine radikale kulturpolitische Wende in Bezug auf die Haltung zu Deutschland statt, die mit Sicherheit auch aus dem oben genannten Verdrängen der eigenen Schuld zu deuten ist. Man versuchte sich nun, so deutlich wie möglich von Deutschland abzugrenzen. Ein wortscharfer Proponent dieser Trennung war Otto Langbein, späterer Betreuer des Österreichischen Wörterbuches. Er propagierte 1947:

Wir müssen in allem und jedem der Welt und uns selber beweisen, daß wir keine Deutschen sind, daß wir mit dem Deutschtum nichts zu tun haben. [...] Die deutsche Nation, die deutsche Kultur sind für uns eine fremde Nation, eine fremde Kultur. Österreich muß sich endlich zu dem bewußten Gefühl durchringen: die Deutschen gehen uns nicht um ein Haar mehr an als irgendein anderes Volk. (Langbein 1947: 27)

Die Diktion von 1947 hätte nicht unterschiedlicher zu der von 1918 sein können – man rufe sich allein die Bezeichnung „*Neudeutschland*“ ins Gedächtnis. War die Zuwendung zu Deutschland zunächst ein Element der Beruhigung im Zuge der ideologischen Orientierungslosigkeit durch das für die österreichische Geschichte beispiellose Schrumpfen des Staatsgebietes, so bildete die Abgrenzung von Deutschland nun ein nationales Bewusstseinsfindungspotential. Unter anderem durch das top-down-indizierte Bild eines eigenständigen Österreichs verblasste nun die Annahme, ein „besserer“ deutscher Staat zu sein, denn eine Selbstdefinition der Österreicher:innen als Bewohner:innen eines eigenständigen und souveränen Staatsgebildes konnte nur durch die Abgrenzung zu anderen Nationen erfolgen, was ein Rekurrieren auf ein vermeintliches Deutschtum, das man mit Deutschland teile, nicht mehr zuließ (vgl. De Cillia 1998: 61).

Österreich konnte somit zu Beginn der Zweiten Republik auf ein überaus ambivalentes und oftmals polarisierendes Verhältnis zu Preußen, dem Rheinbund, dem Deutschen Reich, dem Dritten Reich und den beiden deutschen Nachfolgestaaten Hitlerdeutschlands blicken, das zwischen den Extremen der völligen Abgrenzung bis hin zur vollkommenen Integration innerhalb des deutschen Staatsgebildes schwankte. Waren es nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die gemeinsamen Kriegsmühen der Österreicher:innen und Deutschen, die Sympathien füreinander begründeten, war es das Verdrängen der Mitschuld der Österreicher:innen an den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges, die das völlige Gegenteil in Bezug auf die Beziehung zwischen Österreich und Deutschland bewirkte. Diese Geschichte „verfreundeter Nachbarn“ schlug mit dem Antritt der Regierung Figl I 1945 ein neues Kapitel auf und wurde zunehmend zum Politikum.

4. Empirischer Teil

4.1. Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen in der Aufarbeitung des gesichteten Quellenmaterials folgt der inhaltlich strukturierenden qualitativen inhaltsanalytischen Auswertung zur Beantwortung der Forschungsfragen. Kuckartz (2022: 39) versteht unter der qualitativen Inhaltsanalyse „die systematische und methodisch kontrollierte wissenschaftliche Analyse von Texten, Bildern, Filmen und anderen Inhalten von Kommunikation“, in dessen Zentrum die Kategorienbildung steht, mit denen das gesamte Material codiert wird. Diese Kategorien wurden in Bezug auf die weiter oben dargelegten relevanten Aspekte aus der Forschungsliteratur gebildet und im Hinblick auf die gestellten Forschungsfragen konkretisiert. Diese möglichst abgrenzbare und sowohl mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen als auch der Relevanz für die Beantwortung der Forschungsfragen kongruierende Kategorienbildung begünstigt zwei der von Mayring (2015: 49) als „15 Grundsätze zur Entwicklung einer qualitativen Inhaltsanalyse“ formulierten Verfahren, nämlich die Notwendigkeit eines systematischen Vorgehens sowie die Behandlung der Kategorien im Zentrum der Analyse. Somit wurden zunächst die Kategorien nach Kuckartz (2022: 72) auf Basis des aktuellen Forschungsstandes sowie der der Arbeit zugrundeliegenden forschungsleitenden Annahmen gebildet und in weiterer Folge das gehobene Datenmaterial interpretiert bzw. kategorisiert/codiert.

In Anlehnung an Kuckartz' (2022: 132–156) Ablauf einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse konzentrierte sich das methodische Vorgehen der vorliegenden Untersuchung auf sieben Phasen.

Die erste Phase umfasste ein erstes Sichten des vorhandenen Quellenmaterials und eine erste Auseinandersetzung mit diesem. Hierfür wurde im Verlauf der Besuche im Karl-von-Vogelsang-Institut in Absprache mit dem dortigen Archivar die Quellenbasis besprochen und um kontextspezifische Materialien erweitert. Zeitgenössische Zeitungsartikel, die die Analyse von Hurdes' Handeln zum Sujet hatten, wurden demnach ebenso gesichtet wie Briefe von Weggefährt:innen von Felix Hurdes sowie Akten bezüglich seines politischen Engagements. Der Großteil der bearbeiteten Quellen umfasste jedoch Schriftstücke, die Felix Hurdes selbst zum Autor hatten. Nicht nur seine Bücher, Zeitungsartikel und Beiträge zu parteiinternen Themen, sondern auch Redemanuskripte, handgeschriebene Vermerke sowie unveröffentlichtes Material bildeten die Ausgangslage für die Beschäftigung mit der vorliegenden Thematik. Um zielgerichtet arbeiten und auf die nächsten Phasen im Verfassen einer inhaltlich strukturierenden

qualitativen Inhaltsanalyse anknüpfen zu können, wurden die gewonnenen Erkenntnisse verschriftlicht.

Phase zwei hatte zum Ziel, inhaltliche Hauptkategorien in Bezug auf die Beantwortung der vorliegender Arbeit zugrundeliegenden Forschungsfragen zu entwickeln. In Anbetracht der Komplexität der Thematik, die diese Untersuchung zum Gegenstand hat, durfte die Kategorienbildung nicht überbordend, jedoch ebenso wenig selektiv sein. Um eine tiefgehende Beschäftigung mit den Konzepten Felix Hurdes' bezüglich eines „österreichischen Deutsch“ zu ermöglichen, wurde neben der Kategorienbildung auf Basis der Qualität und Quantität der gesammelten Erkenntnisse aus dem gesichteten Quellenmaterial auf eine Reduktion der Kategorien geachtet.

Darauf aufbauend wurde in der dritten Phase das Quellenmaterial bearbeitet und die relevanten Textabschnitte den gebildeten Kategorien zugeordnet. Aufgrund der Vielzahl an unterschiedlichen adäquaten Inhalten und der „schiefer endlosen Liste“ (Kuckartz 2022: 140) an aufschlussreichen Äußerungen Hurdes' bezüglich der gebildeten Hauptkategorien wurden im vierten Schritt Subkategorien entwickelt (beispielsweise „Eigenschaften des:r Österreicher:in“ innerhalb der Hauptkategorie „Stellenwert Österreichs“ (Kap. 4.3.1.1.)), wodurch eine ausdifferenzierte Sicht auf die einzelnen Konzepte Hurdes' ermöglicht wurde. Diese Subkategorien dienten zur weiteren inhaltlichen Gliederung des gesichteten Quellenmaterials, da aufgrund der Vielzahl an in Bezug auf die Forschungsfragen der vorliegenden Arbeit relevanten Äußerungen vonseiten Felix Hurdes ohne der Subkategorienbildung die Darlegung der Untersuchungsergebnisse an Zielgerichtetheit verloren hätten.

Im Anschluss an die Bildung von Subkategorien erfolgte im fünften Schritt ein erneuter Codierungsprozess, der in der Zuweisung der gesichteten Daten in Form von Textstellen zu den nun ausdifferenzierten Kategorien bestand. Hierbei wurde die Zuteilung nach Kuckartz (vgl. Kuckartz 2022: 142) aufgrund des vorhandenen Sample-Umfangs durchgeführt, sprich nach der Qualität und Quantität des zu einer Subkategorie zuordenbaren Quellenmaterials.

Aufgrund der erfolgten Arbeitsschritte konnten nun in der sechsten Phase einfache und komplexe Analysen der kodierten Inhalte erfolgen. Die gebildeten Hauptkategorien wurden in Anbetracht der gewonnenen Erkenntnisse sowohl aus der geschichtswissenschaftlichen als auch (sozio-)linguistischen Forschungsliteratur kontextualisiert, interpretiert und analysiert. Hierbei erfolgte neben der Analyse der Hauptkategorien auch jene der Zusammenhänge zwischen den Subkategorien. Die Ergebnisse hieraus wurden in der abschließenden siebenten Phase verschriftlicht, dokumentiert und ergänzt. Um eine sinnvolle Darlegung der Erkenntnisse zu

ermöglichen, wurde eine Dreiteilung anhand der gestellten Forschungsfragen (Kap. 4.3.1., Kap. 4.3.2., Kap. 4.3.3.) vollzogen.

Diese qualitativ inhaltsanalytische Methodik folgt der Annahme, die der Diskurslinguistik „als Erweiterung der systematischen Interessen an der Sprache und an verschiedenen Sprachen über die Grenzen des Satzes und Textes hinaus“ (Spitzmüller / Warnke 2011: 14) entspricht. Die diskurslinguistische Auffassung, dass Sprache jenseits von Texten existiert und Wirksamkeit entfaltet, verdeutlicht die Kontextualisierungsnotwendigkeit der gehobenen Quellen, der teilweise auf Grundlage der bereits genannten Forschungserkenntnisse, teilweise durch ergänzendes Rekurrenieren auf komplementäre Quellen entsprochen werden soll. Um die zu behandelnden Forschungsfragen zielgerichtet beantworten zu können, wird im Folgenden der Ansatz der angewandten Diskurslinguistik verfolgt, der „die außersprachlichen Bedingungen des Gebrauchs von Sprache in den unterschiedlichen Domänen“ fokussiert (vgl. Roth / Spiegel 2013: 7), und der lange Zeit innerhalb der Diskurslinguistik vernachlässigte Ansatz des sprachhandelnden Subjekts (vgl. Roth / Spiegel 2013: 9) in Form von Felix Hurdes als Akteur im einschlägigen Diskursgeflecht der Zweiten Österreichischen Republik. Daher bildet die Diskurslinguistik den Rahmen der vorliegend umgesetzten empirischen Arbeitsweise, der die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2022) einbettet.

Strukturiert wird die Analyse der empirischen Daten gemäß dreier Kategorien: den Konzepten Felix Hurdes bezüglich eines österreichischen Deutsch (Kap. 4.3.1.), seinen sprachplanerischen und sprach(en)politischen Maßnahmen (Kap. 4.3.2.) sowie seiner Zusammenarbeit mit den alliierten Behörden (Kap. 4.3.3.). Diese Gliederung wurde dahingehend konzipiert, um zunächst die Ansichten, die dem Handeln Felix Hurdes' zugrunde lagen, darzulegen, damit im nächsten Schritt das Handeln selbst / die Praxis erläutert und analysiert werden kann. Die Begrenzung auf vier wesentliche Konzepte Felix Hurdes' erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll jedoch einer sinnvollen Eingrenzung Genüge tun. Da der Handlungsspielraum Felix Hurdes' stets von den alliierten Vorgaben beschränkt war, bildet die Analyse seiner Zusammenarbeit mit den Behörden der Alliierten einen nicht zu unterschätzenden Aspekt seiner politischen Wirkung ab.

4.2. Materialbasis

Im Zuge der Beschäftigung mit Felix Hurdes als Akteur der Zweiten Österreichischen Republik ist man als Wissenschaftler:in in der günstigen Situation, dass eine nicht unbedeutende Anzahl seiner publizistischen und politischen Veröffentlichungen erhalten sind. Von diesen ist unter

anderem die autobiografische Aufarbeitung seiner Erlebnisse während der Inhaftierung in Mauthausen unter dem Titel „Vater unser. Gedanken aus dem Konzentrationslager“ zu nennen, die 1950 veröffentlicht wurde und einen tiefgehenden Einblick in die Ansichten und Haltungen ermöglicht, die die Zusammenarbeit zwischen den Parteien im Nachkriegsösterreich und die Bestrebung Felix Hurdes', innenpolitisch einen Konsens zu erreichen, erklärt. Jedoch sind auch dezidierte und im Sinne der vorliegenden Arbeit einschlägige politische Veröffentlichungen von bzw. im Zusammenhang mit ihm relevant, von denen das Österreichische Wörterbuch (1951) oder seine Gedanken über die „Österreichische Kulturpolitik“ (1948b) beispielhaft an dieser Stelle erwähnt seien.

Dank der archivalischen Bemühungen, den Bestand seiner Schriften zu sammeln und zu katalogisieren, die bereits vonstatten gingen, kann im Folgenden zudem auf nicht veröffentlichtes Material zurückgegriffen werden, um ein möglichst breites und tiefgreifendes Bild zu erlangen. Das dafür erforderliche Quellenmaterial wurde vorrangig aus zwei verschiedenen Bereichen gehoben: einerseits dem Archiv des Karl-von-Vogelsang-Institutes, andererseits den stenografischen Protokollen des Nationalrates (siehe Quellenverzeichnis). Aus dem vorhandenen Material wurden priorisiert Quellen ausgewertet, die im öffentlichen Bereich ihren Niederschlag gefunden haben, wie beispielsweise Redemanuskripte, Radioansprachen und Wahlkampfreden, da diese für die Behandlung soziolinguistischer Fragestellungen, unter anderem die Reflexion der Konzepte Felix Hurdes' in Bezug auf ein „österreichisches Deutsch“ besonders fruchtbar sind.

Diese beiden unterschiedlichen Herangehensweisen bezüglich der (Auswahl der) Quellen – auf der einen Seite die Analyse der für die breite Öffentlichkeit bestimmten Werke, auf der anderen die Sichtung unveröffentlichten Materials – finden kombinatorisch auf Basis der gebildeten Kategorien ihren Niederschlag und sollen dem historiografischen Anspruch der Multiperspektivität dahingehend Rechnung tragen, als die Verbindung von Quellen, die im Kontext der öffentlichen Rezeption entstanden sind, mit denen, deren Produktion auf einen privaten Adressatenkreis ausgerichtet war, verschiedene Aspekte aufzeigt.

Dahingehend liegt im Folgenden der Schwerpunkt auf dem Quellenmaterial aus dem Einzelbestand des Karl-von-Vogelsang-Instituts, da die Inhalte der Stenographischen Protokolle des österreichischen Nationalrates oftmals Felix Hurdes in seiner Funktion als Nationalratspräsident häufig organisatorischer Natur abbilden und – trotz ihres zweifelsfrei bedeutenden Stellenwertes – für die vorliegende Untersuchung nicht immer von Relevanz sind.

Daher lässt sich das Datenmaterial, aus dem im Folgenden geschöpft wird, als Triade aus publizierten Werken, unveröffentlichten Manuskripten und Belegen des organisatorischen Handelns Felix Hurdes' zusammenfassen, um die Analyse auf einer multiperspektivischen und möglichst vollständigen Quellengrundlage aufbauen zu können.

4.3. Analyse und Ergebnisse

4.3.1. Konzepte von Felix Hurdes bezüglich eines „österreichischen Deutsch“

4.3.1.1. Stellenwert Österreichs

Die Politiker:innen zu Beginn der Zweiten Österreichischen Republik standen vor einer gravierenden und elementaren Herausforderung: Man musste das fehlende beziehungsweise defektiv ausgeprägte Bewusstsein, im nationalen Sinn ein:e Österreicher:in zu sein, aufbauen, wenn nicht gar vollständig schaffen. Denn nach Jahrhunderten der Selbstdefinition über das imperiale Selbstverständnis, über eine Vielzahl an Völkern zu herrschen, und nach der engen Bindung an Deutschland auf Basis der deutschen Sprache bzw. als Rettung aus der Zäsur nach 1918 und einer daraus resultierenden identitätsspezifischen Unsicherheit galt es, nun den Stellenwert der neuen Republik Österreich hervorzuheben. In diesem Feld war Felix Hurdes einer der wesentlichen Akteure.

Bereits am 9. März 1946 veröffentlichte er einen Artikel im „Vertraulichen Informationsdienst des Generalsekretariats“ mit dem vielsagenden Titel „Kampf für Österreich“, in dem er die Direktive der kommenden politischen Arbeit in Bezug auf die nationale Bewusstseinsbildung in Österreich deutlich darlegte: „Wir Oesterreicher [sic!] können unser Leben nur in einem freien, unabhängigen und demokratischen Oesterreich [sic!] wirklich entsprechend gestalten, das wir durch eine wirklich österreichische Erziehung und durch eine wahrhaft soziale Gestaltung untermauern müssen“ (Hurdes 9. März 1946b). Die Souveränität und das demokratische Prinzip in Österreich wurden als Grundvoraussetzung für das weitere Überleben dieser, wenn auch unter alliierter „Besatzung“ stehenden, so doch bereits in ihren geografischen Grenzen etablierten und politisch konsolidierten Republik genannt. Doch gerade in Anbetracht des noch unbekanntem Terrains eines unabhängigen Österreich, das sich ja erst am Anfang seiner Selbstdefinition befand, erscheint die Formulierung einer „wirklich österreichische[n] Erziehung“ durchaus frappant. Was Felix Hurdes darunter verstand, wird deutlich, sobald man sich seine Aussagen zur österreichischen Vorbildwirkung veranschaulicht. Die sieht er insbesondere in den kulturellen Bereichen wie Literatur, Musik und Kunst:

Die Weltwirkung österreichischer Musik bedarf keiner Worte. Desgleichen soll Österreich immer mehr zum internationalen Umschlagsplatz des Buches werden. Wir wollen fortan bereits in den Schulen, den mittleren und den hohen, auch die Literatur so international behandeln, wie es längst und überall mit den Bildkünsten, der Philosophie und Musik der Fall ist. (Hurdes Juni 1947: 143)

In diesen wenigen Zeilen legt Felix Hurdes bereits eine Vielzahl an Ansichten zur internationalen Stellung Österreichs dar, weist aber zudem auf staatsinterne kulturpolitische Forderungen hin. Die Ansicht, dass der Status der österreichischen Musik derart axiomatisch sei, dass sich über diese Behauptung jedes Wort der Erklärung erübrige, ist zweifelsfrei als rhetorischer Kniff anzusehen, um die kulturelle Bedeutung Österreichs ins Dogmatische zu heben. Dennoch ist die Instrumentalisierung des österreichischen kulturellen Erbes zur Einbindung in das internationale Staatengefüge nicht nur aufgrund der Zuständigkeit Felix Hurdes' als damaliger Minister für Unterricht, Kunst, Wissenschaft und Forschung bedeutsam. Nachdem die österreichische Wirtschaft nach den erlittenen Zerstörungen im Zuge des Krieges von internationalen Zuwendungen und einer globalen Vernetzung profitierte, sieht Hurdes die Aufgabe der österreichischen Kultur unter anderem in einer Aufgeschlossenheit, die er für Österreich als „Treffpunkt und Kreuzungsstrasse [sic!] aller europäische[r] Kulturen“ (Hurdes 1. Februar 1947) im Zuge einer Radioansprache vom 1. Februar 1947 als charakteristisch bezeichnete. Somit ist auch die Forderung, den Literaturunterricht der Schulen international zu konzipieren, zu sehen, was jedoch nicht dahingehend zu verstehen ist, dass zunehmend fremdsprachige Literatur in den österreichischen Klassen zu konsumieren und zu vermitteln sei, sondern vielmehr als Hinweis auf die vermeintliche Strahlkraft der österreichischen Kultur. Am deutlichsten wird diese Besinnung auf als „österreichisch“ dargestellte Kunst, Literatur und Musik in den 1946 formulierten programmatischen Leitsätzen der ÖVP, bei deren Verfassung Felix Hurdes federführend war. Darin sind insbesondere die kulturpolitischen Forderungen aussagekräftig, um die obig genannte vermeintliche Internationalisierung der kulturellen Inhalte innerhalb der österreichischen Schulen als Floskel zur Vernetzung Österreichs zu entlarven und die Ansicht von Felix Hurdes bezüglich einer angeblichen österreichischen kulturellen Vorbildwirkung hervorzuheben. Denn darin wird nicht nur die „schärfste Betonung des eigenständigen österreichischen Kulturgutes“ (Österreichische Volkspartei 1946: 3), sondern auch die „restlose Durchdringung des Unterrichtes mit österreichischem Gedankengut, und Heranbildung der Jugend zu bedingungslosen Oesterreichern [sic!]“ (Österreichische Volkspartei 1946: 3) gefordert. Diese äußerst scharf formulierten Ziele spiegeln einerseits die Bedeutung wider, identitätsstiftende Impulse nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu senden, und verdeutlichen andererseits den Stellenwert der Schule sowie des Unterrichts zur Erlangung dieser Ziele, wodurch Felix Hurdes

als zum Zeitpunkt der Veröffentlichung jener programmatischen Leitsätze amtierender Unterrichtsminister eine besonders richtungsweisende Rolle zukam. Die Schule solle nun als Ort der Akkulturation genutzt werden, um mit dem angedachten Österreichbegriff in Konkurrenz stehende Auffassungen zu beseitigen und mit der Heranbildung der Jugend zu „bedingungslos[en] Oesterreiche[rn] [sic!]“ den Grundstein für ein zukünftig gesichertes österreichisches Nationalbewusstsein zu legen. Besonders diesbezüglich sind die Handlungen Felix Hurdes als Unterrichtsminister zu sehen, nämlich als wesentlicher Bestandteil in der kultur- und gesellschaftspolitischen Arbeit der Regierung Figl I und II. Und besonders unter diesem Gesichtspunkt sind auch Hurdes' Konzepte eines „österreichischen Deutsch“ als identitätsstiftendes Instrument zur Verdeutlichung einer österreichischen Selbstständigkeit zu betrachten.

Diese in den programmatischen Leitsätzen der Österreichischen Volkspartei geäußerten Ziele und die angestrebte Bewusstseinswerdung der Österreicher:innen als Teil einer eigenständigen Nation scheinen derart selbstverständlich gewesen zu sein, dass eine eigentliche Formulierung, was denn überhaupt „österreichisch“ sei, zunächst nicht erfolgte und in Bezug auf die Haltungen Felix Hurdes' erst mit einzelnen seiner Aussagen ab 1948 absehbar wird. Als für die Öffentlichkeit bestimmte Feststellung, was unter „dem:r“ Österreicher:in zu verstehen sei, ist ein Ausschnitt eines Artikels mit dem Titel „Österreichische Kulturpolitik“ zu nennen, der – von Felix Hurdes geschrieben – 1948 im Journal „Politische Zeitprobleme“ erschien. Darin hält er bezüglich der Charakterisierung des Idealtypus eines:r Österreicher:in folgendes fest:

Wir bestreiten nicht die hervorragenden fachmännischen Leistungen anderer, aber geschlossener, harmonischer ist der Österreicher und daher ein Kulturträger par excellence. Er ist beschwingt und begabt in Kunst, Kunsthandwerk und Handwerk. Herz und Verstand sind ausgeglichener. Er will seine Ruhe haben. Er läßt aber auch andere in Ruhe. Das ist eine höchst wünschenswerte Eigenschaft in einer Zeit der gegenseitigen lästigen, ja gefährlichen Einmischungen. Der Österreicher ist taktvoll, weil er menschlich ist und eben dies stellt ein kulturelles und damit allgemein politisches Aktivum hohen Ranges dar. (Hurdés 1948b: 2)

Auf den erneuten Hinweis der internationalen Anknüpfungspunkte der österreichischen Kulturpolitik in Form von Vergleichen mit den Leistungen aus anderen Ländern, Staaten und Nationen, sei auch an dieser Stelle verwiesen, da hierbei der Spagat zwischen der angedeuteten globalen Vernetzung im Kulturbereich und der eigentlich angestrebten Konsolidierung, Etablierung und Festigung eines im Entstehen begriffenen österreichischen Nationalbewusstseins augenscheinlich wird. Österreich als Kulturnation habe – zumindest wird dies zwischen den Zeilen deutlich – keine „gefährlich[e] Einmischun[g]“ (Hurdés 1948b: 2) von äußeren Einflüssen notwendig, da in ihren Grenzen ja „Kulturträger par excellence“ (Hurdés 1948b: 2) leben

würden. Österreich wird als ein Staat dargestellt, der über dem Verdacht erhaben sei, etwas anderes als kulturell per se zu sein.

Noch bedeutender als die Andeutung des vermeintlichen österreichischen Stellenwertes im internationalen Staatengefüge ist hierbei die stereotype Darstellung, was österreichisch sei. „Der Österreicher“ habe besonders im geistig-kreativen Bereich eine Vorreiterrolle inne, die sich durch einen ausgeglichenen Verstand und ein taktvolles Verhalten begründen lässt. Besonders Letzteres wird als Charakteristikum der Menschlichkeit selbst dargestellt. Der „Kulturstaat“ Österreich „als Mikrokosmos der Kultur und vorbildliche Gemeinschaft des Schaffens, ja Inbild menschheitlicher Schaffensordnung“ (Hurdes 1947b: 12) werde somit durch die kulturelle Ader des:r idealtypischen Österreicher:in gebildet.

Dieses rein auf Wesenszüge fokussierte Bild des:r genügsamen, sympathischen, aber ruhigen und unter sich bleibenden Österreicher:in erweiterte Felix Hurdes jedoch durch ein politisch-gesellschaftliches und knüpfte erneut an seinen Zuständigkeitsbereich der Schule als wesentlichen Faktor zur nationalen Bewusstseinswerdung an. Denn „die Schule [will], wie es im Gesetzesentwurf heißt, lebensstüchtige Menschen im Geiste des Österreichertums der Demokratie, der Humanität heranziehen“ (Hurdes Juli 1948a; zit. nach: Horvath 1985: 63). Nun bietet sich der politisch interessierten zeitgenössischen Bevölkerung ein Bild, wonach der Archetypus eines:r Österreicher:in, der sich vorrangig durch eine mustergültige Kunstbewandtnis und taktvolle Art hervorhebt, durch die Wahrung der demokratischen und humanen Werte komplementiert wird. Diese Fokussierung der Demokratie als zu beschützendes politisches Prinzip ist vorrangig durch die Erfahrungen mit der Hitler-Diktatur erklärbar, diente jedoch auch zur Wahrung des eigenen Machtpotentials, denn ein Jahr später beschrieb Hurdes den geringen Widerstand während der NS-Herrschaft gegen die Nationalsozialist:innen vonseiten der österreichischen Bevölkerung als „ein ehrendes Zeugnis für den gesunden politischen Sinn unseres braven österreichischen Volkes“ (Hurdes 1949b: 26). Zusammenfassend lässt sich zu dem der politischen Arbeit Felix Hurdes zugrundeliegenden Bild „des:r“ Österreicher:in festhalten, dass in ihm:ihr die als österreichspezifisch transportierte Vorstellung des „Kulturstaates“ ihren Niederschlag fand. Das Musterbeispiel der österreichischen Bevölkerung zeichnete sich somit nach Felix Hurdes durch eine kulturelle Vorreiterrolle, Gelassenheit und die Überzeugung für und Wahrung der demokratische(n) und humane(n) Ideale aus. Diese Fokussierung auf kulturspezifische Besonderheiten Österreichs vonseiten Felix Hurdes' wurde auch in der von ihm vorgenommenen Einführung zahlreicher kultureller Veranstaltungen mit österreichischem Bezug wie der Ausstellung „Meisterwerke aus Österreich“ sowie mehrerer internationaler Wanderausstellungen deutlich (vgl. Kroihner 2016: 289).

Nach dieser Auffassung gestaltete sich nicht nur die kulturpolitische Arbeit Felix Hurdes' im Allgemeinen, sondern auch seine bildungspolitische im Besonderen. Der Schule wurde im Sinne dieser idealtypischen Bevölkerung ein großer Stellenwert beigemessen. So ist als privater Vermerk neben Hurdes' Referat über die Weisungen für das Wahljahr 1949 in Wartholz „Kampf um die Schule!“ (Hurdes 6. Jänner 1949a: 4) zu lesen, was im darauffolgenden Jahr in einem Manuskript zum Arbeitsprogramm der Österreichischen Volkspartei für die nächste Zukunft derart formuliert wurde: „Die Zukunft jedes Landes liegt in seiner Jugend. Darum werden wir stets dafür eintreten, dass unsere Jugend in geistiger, moralischer und politischer Hinsicht so erzogen wird, dass der Bestand Österreichs für immer gesichert ist.“ (Ohne Autor 1950: 3; Hervorhebung aus dem Original übernommen). Die Schule nahm somit einen wesentlichen Bestandteil des kultur- und bildungspolitischen Arbeitens Felix Hurdes' ein und ist demnach unter anderem auch daher als erheblicher Faktor im Konstruieren eines „österreichischen Deutsch“ zu betrachten, da die Generation, die zunehmend als Sprecher:innen dieser Varietät der deutschen Sprache galt und gilt, zu jener Zeit innerhalb der Schule als eine der „Institutionen der Mythosbildung“ (Bruckmüller 2014: 367) sozialisiert und sprachlich gebildet wurde.

Das Konzept Felix Hurdes' bezüglich eines „österreichischen Deutsch“ wurde in den Bemühungen der Regierung Figl I und II, nicht zuletzt in seinen eigenen Aktivitäten, den Stellenwert der erst kürzlich entstandenen Zweiten Österreichischen Republik durch die Hervorhebung der internationalen und geschichtlichen Bedeutung Österreichs darzulegen, herausgebildet. Dies erfolgte einerseits durch die Stilisierung einer vermeintlichen kulturellen Vorreiterrolle Österreichs, andererseits durch die Darstellung des Musterbeispiels eines:r Österreicher:in, der:die durch ebene kulturelle Attribute glänzt, dem:r jedoch auch demokratische und humane Werte genuin zu eigen sind. All dies fand seinen Niederschlag im kulturpolitischen Vorgehen Felix Hurdes', das insbesondere in Bezug auf das Schulwesen für die retrospektive Darlegung der Anfänge eines „österreichischen Deutsch“ bedeutsam ist.

4.3.1.2. Etablierung einer österreichischen Identität

Nachdem das Bild Österreichs als internationale Koryphäe im Bereich der Kunst vermittelt, die österreichische Bevölkerung als Sinnbild der Demokratieliebe dargestellt und das Ziel der „restlosen Durchdringung“ der Jugendlichen mit „österreichischem“ Gedankengut anvisiert wurde, galt es nun, vor diesem Hintergrund eine österreichische Identität im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung zu etablieren. Im Zuge der mehrfachen und für ein nationales Österreich-Selbstverständnis gravierenden Zäsuren der letzten Jahrzehnte musste man einer

identitätsspezifischen Verwirrung, einer gesellschaftlichen Unsicherheit, einem entsprechenden Unwohlsein der österreichischen Bevölkerung entgegenwirken und eine Konformität in Bezug auf die anvisierten Werte der Zweiten Österreichischen Republik auch innerhalb der Bevölkerung erreichen. Das probateste Top-down-Mittel hierfür war die Überzeugungsarbeit vonseiten der Regierung bezüglich eines Österreichbegriffs, mit dem man sich als Bürger:in identifizieren konnte.

Diese Arbeit an der Etablierung eines Österreichbewusstseins wurde von einer kleinen Elite getragen, der Felix Hurdes als wesentlicher politischer Akteur der Zweiten Österreichischen Republik angehörte und die sich selbst auch als Teil dieser Identitätsbildungsmaschinerie inszenierte, indem sie sich unter anderem nach Erlangung des Staatsvertrages als Träger einer kollektiven Geschichte im Zuge des Staats- oder Nationalfeiertags inszenierte. In diesem Sinne ist auch Hurdes' bereits genannte nachträgliche Bewertung der nationalen Unabhängigkeit als „Leistung des ganzen österreichischen Volkes“ (Österreichischer Bundesrat 25. Oktober 1965: 4832) zu sehen. Um dies zu erreichen, hielt Hurdes in den Jahren vor Unterzeichnung drei Bedingungen fest, deren Forderungen sich auf die Anerkennung der österreichischen Grenzen von 1937 und somit der ungeteilten Beibehaltung Kärntens in das Staatsgebiet Österreichs (1), die Wiederherstellung der uneingeschränkten staatlichen Souveränität (2) und den Verzicht auf wirtschaftliche Beeinträchtigungen (3) fokussierten (Hurdas 1947b: 106; Hurdes 1949b: 26f) und somit vorrangig wirtschaftspolitische Interessen verfolgten. Die Stilisierung des Staatsvertrages als nationsstiftendes Element und Leistung des gesamten Volkes war somit eine retrospektive Verklärung der Tatsachen und wurde zweifelsfrei als gezieltes Instrument zur Herausbildung einer österreichischen Identität benutzt.

Kongruenter waren Hurdes' Aussagen bezüglich der vermeintlichen Eigenheiten eines österreichischen Volkes oder des:r einzelnen Österreicher:in. Denn in Bezug auf die Hervorhebung zu lobender Eigenschaften, die Österreich und seiner Bevölkerung zu eigen seien, stellte Hurdes fest, „dass Mass [sic!] und Wert, dass Ordnung, Zusammenhalten, dass Friedensgesinnung, die heute wichtigsten Komponenten sind, und wohl die alleinigen, die ein Wiedererstehen von Volk und Heimat sichern“ (Hurdas 1. Februar 1947a: 3). Diese Aussage tätigte Hurdes im Zuge einer Radioansprache am 1. Februar 1947 und ist daher vorrangig auch als angedachtes öffentlichkeitswirksames Instrument zur Modifizierung und Verstärkung gesellschaftlicher Tendenzen und Einstellungen zu sehen. Dennoch ist das Motiv der friedlichen, ordentlichen und gemäßigten österreichischen Bevölkerung eines, das bereits Eingang in den Diskurs rund um den

Stellenwert Österreichs gefunden hatte. Die Hervorhebung einer Friedensgesinnung der Österreicher:innen ist zweifelsfrei als Entkräftung möglicher alliierter Bedenken über eine erneute zukünftige Bedrohung des internationalen Staatengefüges durch eine (deutsch-)österreichische Aggression zu betrachten. Dies wurde auch im Zuge der angedachten Integration Österreichs in die Vereinten Nationen deutlich, in deren Debatte Felix Hurdes erneut die friedliebende Ader der österreichischen Bevölkerung hervorhob. Denn besonders kleine Staaten wüssten, so Hurdes' These, „daß sie nur diesen Grundsätzen ihr freies Dasein verdanken und keine Gefahr bieten, selbst irgendwo in der Welt Gewalt zu üben“ (Hurdes 1947b: 106). Österreich sollte als Hort der Ruhe, der Gelassenheit, des Friedens inszeniert werden, um jeglichen Zweifel über die Sinnhaftigkeit einer staatlichen Unabhängigkeit zu beseitigen.

Offenkundig – und im Zusammenhang mit der Fragestellung vorliegender Untersuchung besonders relevant – ist bei der Betrachtung der Etablierung eines nationalen Österreichbewusstseins das Fehlen der Bezugnahme auf die (deutsche) Sprache als identitätsstiftender Anker. Weder in Felix Hurdes Ansprachen noch in seinen Schriften wird ein mögliches, sich abzeichnendes „österreichisches Deutsch“ in die Öffentlichkeit getragen. Vielmehr konzentrieren sich seine Konzepte bezüglich der österreichischen nationalen Bewusstseinsbildung auf die Hervorhebung einer friedliebenden, demokratischen und gemäßigten Bevölkerung, um die Durchsetzung der staatlichen Unabhängigkeit zu erreichen. In diesem Kontext wird die Limitierung des politischen Handelns Felix Hurdes durch die Alliierten deutlich, die ein Priorisieren und Selektieren der politischen Möglichkeiten ebenso wie der Bewusstseinsbildungsparameter erforderten. Dahingehend liefert die Nicht-Behandlung der Identitätsstiftung zu Beginn der Zweiten Österreichischen Republik mittels eines „österreichischen Deutsch“ im Vergleich zur Hervorhebung des Stellenwerts Österreich (Kap. 4.3.1.1.) beziehungsweise der Konsolidierung Österreichs (Kap. 4.3.1.3.) oder der Abgrenzung zu Deutschland (Kap. 4.3.1.4.) wertvolle Aufschlüsse. Eine identitätsstiftende Wirkung durch den Erwerb und Gebrauch einer Sprache wurde von Felix Hurdes nicht negiert, vielmehr vermerkte er: „Jede erworbene Fremdsprache ist ein reeler [sic!] Dienst an der Völkergemeinschaft“ (Hurdes Juni 1947e: 141). Ein mögliches „österreichisches Deutsch“ wurde überhaupt nicht in den gesellschaftlichen Diskurs gebracht.

4.3.1.3. Konsolidierung Österreichs

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der „Besatzung“ Österreichs durch die Alliierten durchlief Österreich den dritten Transformationsprozess binnen 27 Jahren: von dem „Staat, den niemand wollte“, über die Integration ins Dritte Reich bis hin zur erneuten Loslösung und

staatlichen Eigenständigkeit. Es nimmt daher nicht wunder, dass erst ein erheblicher Konsolidierungsprozess in Gang gesetzt werden musste, um ein im Herausbilden begriffenes Österreichbewusstsein innerhalb der Bevölkerung zu verankern. In diesem gesellschaftlichen Stabilisierungsbestreben war Felix Hurdes ein sich wiederholt zu Wort meldender Akteur.

Bereits eines der ersten Plakate der Österreichischen Volkspartei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Aufschrift „Wir ziehen alle an einem Strang“ (Hurdas 1947b: 104) verdeutlicht das Bestreben der damaligen politischen Schlüsselfiguren, die österreichische Gesellschaft zu festigen. Das Bild einer geschlossenen, in sich gefestigten Bevölkerung sollte nicht nur vermittelt, sondern gesamtgesellschaftlich auch erreicht werden. „Es liegt alles daran, diese Geschlossenheit auch in der Zukunft zu wahren. Dann braucht uns um die Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes nicht bange zu sein“ (Hurdas 1947b: 112). In diesem Sinne wurde Solidarität zum Schlüsselkonzept der Österreichischen Volkspartei, die vonseiten Felix Hurdes vor versammelten ÖVP-Mitgliedern am 6. Jänner 1949 sogar als „die Partei des Solidarismus“ (Hurdas 6. Jänner 1949a: 5) bezeichnet wurde. Nicht nur als parteiinternes Selbstverständnis, sondern auch für die Öffentlichkeit wurde der Gedanke des Solidarismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zum identitätsstiftenden Anker formuliert. So propagierte Felix Hurdes bereits während einer Rede in Floridsdorf am 21. Oktober 1945 im Zuge der anstehenden ersten Nationalratswahl den Solidarismus mit den bereits genannten Worten „Österreich dem Österreicher!“ und verlautbarte dessen elementare Bedeutung für die Zukunft Österreichs dahingehend, dass es „[n]ur in dieser Solidarität [...] möglich sein [werde], die ungeheuren Aufgaben des Wiederaufbaues, die vor uns stehen, auch nur irgendwie zu lösen“ (Hurdas 21. Oktober 1945b: 3). In dieser Stilisierung des Solidarismus innerhalb der österreichischen Bevölkerung als *conditio sine qua non* für die Entstehung der Zweiten Republik tritt der Wert dieser Thematik bereits in aller Deutlichkeit zutage. Die Österreicher:innen mussten zunächst in ihrem Selbstverständnis geeint und gefestigt werden, bevor eine politische oder gesellschaftliche Arbeit überhaupt möglich war.

Für Felix Hurdes war es somit eindeutig prioritär, die Vorteile und die Notwendigkeit dieser Einigkeit prägnant und wiederholt der österreichischen Bevölkerung vor Augen zu halten. In Radioansprachen wurde verdeutlicht, „daß wir für Oesterreich [sic!] auf internationalem Gebiete nur dann einen möglichst großen Erfolg erreichen können und uns nur dann vor Schaden bewahren, wenn wir alle möglichst geschlossen den österreichischen Standpunkt vertreten“ (Hurdas 9. März 1946a) und in der Rede zum ersten Mai im darauffolgenden Jahr wurde unter

der Maxime „Nur aus Solidarismus erwächst Gerechtigkeit“ (Hurdes; 30. April 1947c; Hurdes 1. Mai 1947d) der Bedeutung der inneren Geschlossenheit eine weitere Konnotation hinzugefügt. Nicht nur war die Konsolidierung der österreichischen Gesellschaft für den staatlichen (Wieder-)Aufbau und zur Bewältigung der internen Herausforderungen vonnöten, sondern diese Konsolidierung wurde vielmehr als zentraler Bestandteil zur Erlangung und Sicherung eines gerechten Gemeinwesens promulgiert. Die immensen Bemühungen vonseiten Felix Hurdes und der damals führenden Politiker ist in ihrer Datenfülle kaum zu übersehen und gerade daher ist es bezeichnend, dass die Frage, ob Österreich eine Nation sei, in mehreren Untersuchungen noch Mitte der 1950er- und 60er-Jahre von der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung verneint wurde (Tributsch / Ulram 2004: 57; Ammon 2011: 126; Gehmacher 2016: 52). Von diesen Umfragen auf eine mangelhafte Vermittlung des angedachten Ziels einer Konsolidierung der österreichischen Bevölkerung vonseiten der damaligen Regierung zu schließen, wäre jedoch nicht korrekt, denn nicht zuletzt lief die „Besatzung“ Österreichs durch die vier alliierten Mächte und der daraus resultierenden Vierteilung des Staatsgebietes der Darstellung als konsolidiertes, geeintes und gefestigtes Staatsgebilde entgegen.

In Bezug auf die Herausbildung eines „österreichischen Deutsch“ ist jedoch die Frage der gesellschaftlichen Festigung Österreichs vor allem dahingehend relevant, da der Klassifikation als nationalsprachliche Varietät der deutschen Sprache die Annahme einer Großteils national geeinten Bevölkerung und Sprachgemeinschaft zugrunde liegt. Auch wenn derartige linguistische Perspektiven und sprachwissenschaftliche Haltungen in seinen Aussagen nicht zutage traten, so sind dennoch wesentliche Merkmale eines Homogenitätspostulates beziehungsweise der Auffassung, Österreich sei im Sinne einer Nation einheitlich, bemerkbar. Als paradigmatisch ist hierbei folgende von ihm im Zuge einer Radioansprache vom 1. Februar 1947 getätigte Aussage anzuführen: „Österreich ist heute national einheitlich, nur wenige Splitter anderer Völker sind mehr in unseren Grenzen und leben hier als Gleiche unter Gleichen“ (1. Februar 1947a: 2). Diesbezüglich ist das Postulat einer monolingual deutschsprachigen österreichischen Bevölkerung als logische Konsequenz einer gesellschaftlichen Konsolidierung anzusehen. Ein geeintes Staatswesen, eine einmütige und im Gleichklang befindliche Bürger:innenschaft führt gemäß dieser Ideologie auch zu einer homogenen Sprachgemeinschaft. Gerade in diesem Postulat der nationalen Einheitlichkeit und der scheinbar bereits erfolgten Assimilation von Menschen anderer Staatszugehörigkeit (bzw. nicht-deutschsprachigen Staatsbürger:innen) ist ein wesentlicher Grundstein für die Entstehung der Vorstellung von einem „österreichischen Deutsch“ gelegt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die – nicht zuletzt wirtschaftliche – Konsolidierung Österreichs einen wesentlichen Bestandteil im Handeln der damaligen politischen Akteur:innen ausmachte und mehreren Zwecken diente. Einerseits war für die Überwindung der gewaltigen Schäden nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich nicht nur im Bereich der Architektur, sondern auch in der Psyche der Menschen niederschlugen, eine möglichst geeinte Bevölkerung unabdingbar, um wirtschaftlich, politisch und gesamtgesellschaftlich möglichst effizient an einem Wiederaufbau arbeiten zu können. Andererseits wurde eine vermeintliche Nivellierung bevölkerungsspezifischer Unterschiede in Österreich suggeriert, um den Idealtypus des:r Österreicher:in auf die gesamte Bevölkerung zu projizieren und dadurch die alliierten Bedenken bezüglich der staatlichen Souveränität Österreichs zu beseitigen. Besonders Letzteres ist im Bereich eines – im plurizentrischen Sinn erst Jahrzehnte später greifbaren – „österreichischen Deutsch“ relevant, da durch die Promulgation einer national geeinten österreichischen Bevölkerung die definatorische Basis einer nationalstaatlichen Varietät der deutschen Sprache gelegt wurde.

4.3.1.4. Abgrenzung zu Deutschland

Wohl kaum eine Thematik in Bezug auf die ideologischen Auseinandersetzungen über die im Entstehen begriffene und in ihrem Selbstverständnis noch abzugrenzende Zweite Österreichische Republik war derart tiefgreifend und weitreichend wie die der Abgrenzung zu bzw. Loslösung von Deutschland. Ein wesentlicher Aspekt, der in Bezug auf diese Loslösung relevant ist, nämlich den Rahmen zu setzen, was unter Österreich zu verstehen sei und welchen Stellenwert dieses Land habe, ist bereits oben aufgezeigt worden, bildet aber nur eine Seite der Medaille. Die ergänzend noch zu behandelnden Aspekte der Österreichpropaganda wurden von einer entschiedenen antideutschen Färbung begleitet. Nicht nur innerhalb der Bevölkerung spiegelte sich diese Position gegenüber Deutschland wider, sondern auch in den Aussagen und Haltungen der Regierungsmitglieder. Zwischen 1946 und 1955 waren in 73 % der Regierungsreden negative Zuschreibungen gegenüber Deutschland beobachtbar (vgl. Hanisch 1994: 163). Auch Felix Hurdes meinte, dass sich jede:r darüber im Klaren sei, „daß man ganz damit brechen muß, Österreich in geistiger und kultureller Abhängigkeit von Deutschland zu belassen“ (Hurdes 1946c: 15).

Im Zuge dieser Trennung von Deutschland fand Hurdes scharfe Worte. „Die Vergewaltigung Oesterreichs [sic!] durch Hitler ist das größte Verbrechen, das je an Oesterreich [sic!] begangen wurde“ (Hurdes 1945a). In dieser Aussage greift Hurdes die Grunddoktrin der Opferthese auf:

Österreich wurde demzufolge von Hitler-Deutschland für die eigenen perfiden Interessen – in Hurdes Metapher sexueller Natur, realiter politischer Art – missbraucht. Dass dabei die nationalsozialismusfreundlichen Tendenzen und das selbst für Adolf Hitler überraschend hohe Maß an Zustimmung innerhalb der österreichischen Bevölkerung negiert werden, ist offenkundig, doch diene dieses Narrativ nicht nur dem Nachweis einer vermeintlichen österreichischen Unschuld, sondern auch der Festigung eines „Österreich“, das einerseits als scheinbar in sich abgrenzbares und in seiner Kontinuität weiterzuführendes staatliches / nationales Gebilde in Erscheinung treten sollte, und dem andererseits Unrecht durch seinen Nachbarn widerfahren sei. Dieses Bild eines allein gegen den übermächtigen nationalsozialistischen Aggressor in Gestalt Hitler-Deutschlands kämpfenden Österreichs ist ein wiederkehrendes Instrument, um sich von dem nun ebenfalls im „Entnazifizierungsprozess“ begriffenen und daher nicht mehr mit dem Dritten Reich gleichzusetzenden Deutschland abzugrenzen, aber auch, um sich innenpolitisch als besonders österreichtreu zu inszenieren. So hält Hurdes in seinem Zwischenbericht über die Leistungen der Österreichischen Volkspartei nach einem Jahr Regierungsarbeit fest, dass sie „diese Argumentation und den Beitrag Österreichs im Kampf gegen den Nazismus immer wieder in den Vordergrund“ stelle, während führende Mitglieder der anderen österreichischen Parteien zu Beginn der Zweiten Republik „noch im Büßergewand herumzogen und in völliger Verkennung der Interessen Österreichs und entgegen dem wahren Sachverhalt von einer Mitschuld Österreichs an dem von Hitler inszenierten Krieg sprachen“ (Hurdes 1946d: 3f.). Die mit Vehemenz gezogene Abgrenzung zu Deutschland diene somit unter anderem dem innenpolitischen Ziel der Selbstlegitimierung der ÖVP als kompetenteste und österreichtreueste Partei. In Anbetracht der zuvor kaum zu überschätzenden Bedeutung Deutschlands als Bezugspunkt für die österreichische Identitätsfindung ist es nicht verwunderlich, dass Hurdes' Haltungen diesbezüglich prekär waren, doch durchaus der zeitgenössischen Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung zupasskamen. Denn nach den Gräueln des Zweiten Weltkrieges war eine Anlehnung an Deutschland kaum mehr möglich, ohne einerseits sich selbst mit der Frage der Mitschuld auseinandersetzen zu müssen und andererseits ein nationales Selbstbewusstsein und Souveränitätsgefühl zu untergraben. Diese adstringierende Wirkung der Abgrenzung zu Deutschland auf die schwärende Wunde, die der Zweite Weltkrieg nach sich zog, tritt nicht nur in der bereits genannten Opferthese deutlich hervor, sondern wird auch in zeitgenössischen Zeugnissen offenkundig. Als ein starker Befürworter dieser Trennung ist der katholische Publizist Alfred Missonig zu nennen, seit Beginn der ÖVP Parteimitglied, der einerseits festhielt, dass der „Trennungsstrich“, mit den man Österreich von Deutschland nun abgrenzte in dieser „Schärfe und Bestimmtheit [...] ohne die furchtbaren Erlebnisse der siebenjährigen

nationalsozialistischen Fremdherrschaft gewiß niemals möglich gewesen“ wäre und dies „ein wahrhaft hoher Preis [gewesen sei], den wir bezahlen mußten, um wieder bewußte Österreicher zu werden.“ (Missong 1946: 1f.). Dieses „bewusste Österreichertum“, das erst durch die eindeutige Abgrenzung zu Deutschland beziehungsweise zu allen anderen Ländern ermöglicht wurde, zeigte sich auch in der wiederholt von Felix Hurdes formulierten Phrase „Österreich den Österreichern!“ (Hurdes 1945a; Hurdes 1947g: 4; Hurdes: 1949c: 1) und verdeutlicht den eminenten Stellenwert dieses Narratives in Bezug auf den Diskurs rund um den nationalen Selbstfindungsprozess Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg.

Es ist daher nur verständlich, dass sich diese Trennung auch in einem der wohl repräsentativsten Aspekte einer Nation niederschlug, nämlich der offiziellen Hymne. Die 1797 von Joseph Haydn komponierte Melodie der ehemals kaiserlich-königlichen Hymne wurde 1841 bewusst von Hoffmann von Fallersleben für seine Dichtung „Deutschland, Deutschland über alles“ verwendet, was besonders nach dem Ende der Habsburgermonarchie zum Politikum und zur Debatte über die Identitätsbildung der österreichischen Bevölkerung wurde. So forderte 1930 der Wiener Stadtschulrat Otto Glöckel, dass in den österreichischen Schulen zur Haydn-Melodie der Text des Deutschlandliedes eingeübt wird, um die Verbindung des „gesamten deutschen Volkes“ zu verdeutlichen (Grasberger 1968: 128f). Im Lichte dessen verwundert es nicht, dass mit Beginn der Zweiten Österreichischen Republik eine neue Hymne in Auftrag gegeben werden musste, sollte die angestrebte Abgrenzung von Deutschland entschlossen erfolgen. Felix Hurdes selbst drängte daher ausdrücklich auf eine neue Bundeshymne, nicht nur aufgrund innenpolitischer Interessen im Zuge der Trennung von Deutschland, sondern vielmehr wegen der außenpolitischen Besorgnis, dass eine österreichische Hymne, die ihre Melodie mit der der deutschen teile, im Ausland als Provokation angesehen werden würde (vgl. Gehmacher 2016: 46). Bereits am 4. Juni 1945 schlug Felix Hurdes in Amstetten eine neue Hymne vor, konnte sich jedoch mit seinem Entwurf nicht durchsetzen, weshalb er einen Künstler:innenwettbewerb für eine neue Bundeshymne ins Leben rief (vgl. Kroiher 2016: 284f.). Als Siegerin dieses Preisausschreibens ging die Schriftstellerin Paula Preradović hervor, die auf Basis einer vermutlich von Johann Baptist Holzer verfassten Melodie und einer anschließenden Überarbeitung den heutigen Wortlaut der österreichischen Bundeshymne verfasste (vgl. Bundeskanzleramt 2022). Diesbezüglich sind die Anstrengungen von Felix Hurdes, die Zweite Österreichische Republik unter anderem mithilfe der Abgrenzung zu Deutschland zu festigen, bis heute bei jeder Siegesfeier eines:r österreichischen Sportler:in und bei zeremoniellen staatlichen Feiern in Österreich manifest.

Dass diese Trennung von Deutschland jedoch nicht derart einfach und konsequent vollzogen werden konnte, ist realpolitisch augenscheinlich, da zu viele identitätsrelevante Faktoren den Rahmen dieses Diskurses bildeten: die Vergangenheit bzw. Geschichte, die Sprache, die demographischen Gegebenheiten etc. Hurdes selbst war sich dieses Umstandes höchstwahrscheinlich durchaus bewusst, denn nur zwei Jahre nach dem Regierungsantritt der ÖVP legte er als federführender Akteur in Aussendungen der Österreichischen Volkspartei in dem „Rechenschaftsbericht der Österreichischen Volkspartei“ einen deutlichen Schwerpunkt auf die Betonung des Verbindenden und Differenzenüberbrückenden. „[D]eshalb legen wir [die Österreichische Volkspartei] ein vorbehaltloses Bekenntnis zu dem die Gegensätze überbrückenden und die Interessen ausgleichenden Solidarismus ab.“ (Hurdes 1947g: 7). Auf die Bedeutung des Solidarismus für die Österreichische Volkspartei wurde bezüglich der Konsolidierung Österreichs (Kap. 4.3.1.3.) bereits tiefergehend eingegangen, doch ist mit fortlaufender Regierungszeit eine zunehmende Verwässerung in der einstmals so konsequent gezogenen deutsch-österreichischen Trennung zu beobachten. Denn richtete sich das obige Zitat vonseiten Felix Hurdes zweifelsohne auf eine grundsätzliche Öffnung Österreichs und zielte nicht ausschließlich auf die Abgrenzung zu Deutschland ab, wurden die immer geringer werdende Aversion gegen Deutschland nicht durch Worte, sondern vielmehr durch Taten deutlich. So wurde eine deutsche Delegation zum Treffen des erst 1947 gebildeten christlich-sozialen „Comité Exécutif“ eindeutig auf Hurdes Anraten nach Luxemburg eingeladen (vgl. Gehler 2016: 307), der Anteil des negativen Deutschlandbildes in den Regierungsreden fiel 1956 von 73 % auf 10 % ab (vgl. Hanisch 1994: 163) und im Vergleich zu nicht-deutschsprachigen Flüchtlingen konnten jene deutscher Sprachzugehörigkeit 1954 durch eine simple Erklärung die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen (vgl. Davy / Cinar 2001: 645). All diese dezidiert deutsch(land)freundlichen Tendenzen sind jedoch in Felix Hurdes' Ansprachen, Notizen und Aussagen trotz seines versöhnlichen und verbindenden Wesens nicht erkennbar, was vermutlich vorrangig aufgrund der persönlichen Erfahrungen zur Zeit des Nationalsozialismus zurückzuführen ist.

Diese persönliche Abgrenzung zu Deutschland ist Großteils aus der Biografie von Felix Hurdes erklärbar. Die beiden Inhaftierungen in den KZs Dachau (1938) und Mauthausen (1944) hatten einen derart nachhaltigen und prägenden Einfluss auf seine Einstellungen und sein Handeln wie kaum ein anderes Ereignis. Bereits auf der ersten Seite seiner autobiografischen Abhandlung über die Strapazen im Zuge der Gefangenschaft „Vater unser“ (Hurdes 1950: 7) beschrieb er, wie er „in der Haft mit all ihrer Bedrängnis und der vollkommenen Unsicherheit des zukünftigen Schicksals [erfuhr], daß man das Leben, die Welt und ihren Urheber mit ganz anderen

Augen betrachten kann, als dies in gesicherten oder gar gesitteten Zeiten geschieht.“ Mit dieser Auffassung war Hurdes nicht allein. Vielmehr wurde von Politiker:innen verschiedener Parteien angeführt, dass die gemeinsame Haft und die Malträtierung durch Nationalsozialist:innen als verbindendes Element für die gemeinsamen politischen Herausforderungen nach 1945 und als wesentliches Kohäsionsmittel wirkte. So sprach noch 1965 der SPÖ-Abgeordnete Alfred Migsch davon, dass „Kollege Hurdes [...] mit Recht darauf verwiesen [hat], daß der neue Staat, die neue Gesellschaft, das Österreich von heute in den Kerkern und in den Gefängnissen mit Blut und Tränen, mit Opfer und Tod geboren war“ (Österreichischer Bundesrat 25. Oktober 1965: 4834). Dieses die politischen und ideologischen Differenzen zumindest im Sinne eines gemeinsamen Zusammenarbeitens überbrückende Element, auch „Geist der Lagerstraße“ (vgl. etwa Kroiher 2016: 301; Chorherr 2005: 7; Politische Akademie 2021: 14) genannt, das dazu führte, die „gemeinsamen Aufgaben zu sehen und über alle Parteien hinweg das Trennende zurückzustellen“ (Hurdes Oktober 1945: 1), ist mit hoher Wahrscheinlichkeit als Grund für die Fokussierung Felix Hurdes’ auf die Verbrechen der Nationalsozialist:innen zu nennen.

Ein nationales Selbstverständnis zu entwickeln, geht unweigerlich mit der Abgrenzung zu anderen Nationen einher. Daher sollte es nicht verwundern, dass derart scharfe Trennungsversuche vonseiten führender Regierungsmitglieder zu bemerken sind, wäre nicht die ambivalente gemeinsame deutsch-österreichische Vergangenheit und das kaum zu überschätzende Bemühen der Verdrängung der eigenen Mitwirkung an den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges und der Shoah innerhalb der österreichischen Bevölkerung als wesentlicher Bestandteil der Beziehung beider Länder zueinander festzuhalten. Als logische Konsequenz im Bestreben, als eigenständige Nation die Souveränität zu erreichen, ist daher die – zwar mit den oben genannten Graduierungen versehene und mit fortschreitender Zeit von zunehmenden Erosionen betroffene, doch zweifellos vorhandene – scharfe, mit Nachdruck und konsequent gezogene Trennlinie zwischen Österreich und Deutschland durchaus verständlich und nicht zuletzt im Hinblick auf die Entwicklung eines „österreichischen Deutsch“ vielsagend. Denn als Felix Hurdes 1946 festhielt, Österreich sei längst „eine eigene Nation“, die „mit Deutschland nichts als die Schriftsprache gemein hätte“ (Hurdes 1946c: 6f.), griff er die Problematik der sprachnationalistischen Zugehörigkeitskonstrukte auf. Durch seine weiteren Handlungen wie beispielsweise – jenes sei an dieser Stelle bereits angedeutet – die Schaffung des Österreichischen Wörterbuchs setzte er auch hier zunehmend auf Abgrenzung von Deutschland. Um die erwünschte vollständige Trennung von Deutschland möglichst konsequent umsetzen zu können, musste zunächst die Thematisierung der gemeinsamen Sprache erfolgen, auf die Hurdes in dem obigen Zitat bereits

einging. In diesem Diskurs war Hurdes jedoch nicht allein. Vielmehr griff unter anderem der damalige österreichische Bundeskanzler Leopold Figl in der Festrede anlässlich der 950-Jahrfeier 1946 die Problematik der Zugehörigkeit durch Sprachgemeinschaften auf und versuchte, dieser die Schärfe zu nehmen: „Daß es (das österreichische Volk) die Sprachgemeinschaft mit den Deutschen des Reiches verbindet, kann kein Hindernis sein. Diese Sprachgemeinschaft ist auch kein Hindernis für die Deutschen der Schweiz, sich zur Schweizer Nation zu bekennen.“ (Figl 22. Oktober 1946; zit. nach: Spevak 1996: 222). Eindeutig ist die Anführung der deutschsprachigen Schweizer:innen als Anspielung beziehungsweise als Anknüpfungspunkt zur eigenen Vergangenheit bezüglich der Definition als „deutsche:r Österreicher:in“ im Kontext des habsburgischen Vielvölkerreiches bzw. der Ersten Republik anzusehen, und dies vermittelt einen Eindruck über die in der vorliegend untersuchten Zeit herrschende identitätsspezifische Zerrissenheit vieler Österreicher:innen aufgrund der Sprache als Gemeinsamkeit mit Deutschland. Für Felix Hurdes nahm diese Abgrenzung von Deutschland trotz sprachlicher Übereinstimmungen zwar in seinen Handlungen (Kap. 4.3.2.) einen größeren Raum ein als in seinen Aussagen, sie ist jedoch in seinen Haltungen und subliminal in seinen Äußerungen durchaus als Grunddisposition seines politischen Handelns zu bemerken.

Dahingehend bildet die Abgrenzung zu Deutschland, die als zentrales Konzept in Felix Hurdes' politischen Aktivitäten festzuhalten ist, einen wesentlichen Beitrag für die innenpolitische Auseinandersetzung um die erst im Entstehen begriffene nationale österreichische Identität, die kollektive Verdrängung der Mitschuld an den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges, aber nicht zuletzt auch um ein sich herauskristallisierendes „österreichisches Deutsch“. Deutsch zu sprechen hieß nun nicht mehr automatisch, Deutsche:r zu sein, sondern vielmehr musste eine charakteristisch *österreichische* Sprech- und Schreibweise der deutschen (Standard-)Sprache anvisiert werden, die jedoch in jener Zeit und insbesondere noch nicht in Felix Hurdes' Aussagen Gestalt annimmt. Trotzdem, oder gerade deshalb ist die Trennung Österreichs von Deutschland, für die Felix Hurdes als politischer und publizistischer Akteur richtungweisend und nachhaltig agitierte, ein wesentlicher Bestandteil für das Verständnis des Entstehens der Vorstellung von einem „österreichischen Deutsch“.

4.3.2. Sprachplanerische und sprach(en)politische Maßnahmen von Felix Hurdes

4.3.2.1. Das Österreichische Wörterbuch (ÖWB)

Als wohl bis heute richtungweisendste sprachplanerische Maßnahme Felix Hurdes' in Bezug auf die Herausbildung eines „österreichischen Deutsch“ ist die Herausgabe des

Österreichischen Wörterbuches, beginnend mit 17. Oktober 1951 zu nennen (vgl. Bundesministerium für Unterricht 1951). Das in dunkelgrünem Einband erschienene Werk beinhaltete einen 76-seitigen theoretischen Abriss, der in mehrere Unterkapitel untergliedert wurde. Von der „Schreibung der deutschen Wörter“ über die „Einführung in den Gebrauch des Wörterverzeichnisses“ bis hin zur „Zeichenerklärung“ ergänzen wörterbuchspezifische Erklärungen generelle Vorbemerkungen bezüglich der Zeichensetzung, der Groß- und Kleinschreibung sowie der Silbentrennung. Bereits in diesen theoretischen Darlegungen werden identitätsstiftende Absichten erkennbar, unter anderem in der Bezeichnung des ersten Unterkapitels als „**Unser** Wortschatz“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 9*; eigene Hervorhebung). Damit werden einerseits sprachnationalistische Tendenzen unterschwellig tradiert, indem der im Entstehen begriffenen österreichischen Nation *eine* bestimmte Sprache zugeordnet wird, andererseits wird ein geeintes Bild der österreichischen Bevölkerung durch die Anführung des kollektivistischen „Uns“ evoziert.

An diese Prolegomena knüpft das eigentliche Wörterverzeichnis des Österreichischen Wörterbuches mit 274 Seiten an, worin der zwar durchaus fundierte doch nicht als vollständig anzusehende Korpusumfang deutlich wird und folgerichtig das Österreichische Wörterbuch bereits im Untertitel den Zusatz „mittlere Ausgabe“ enthält (Bundesministerium für Unterricht 1951).

In Bezug auf die Auswahl der Lexeme innerhalb des Wörterbuches verweisen die Verfasser und Herausgeber⁵ darauf, dass die Bedürfnisse der Schule und des Alltags, „nicht die bestimmter Fach- und Berufskreise“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 5*) maßgebend waren, das Österreichische Wörterbuch ein „Volks- und Hausbuch“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 5*) sei. Bereits auf der ersten Seite des Österreichischen Wörterbuches wird somit seine angestrebte identitätsstiftende Wirkung verdeutlicht. Nicht für akademische Zwecke, nicht für ein elitäres Publikum, nicht für einen kleinen Adressatenkreis war dieses Werk gedacht, sondern vielmehr für die breite Öffentlichkeit und nicht zuletzt für den Bereich der Schule, für jenes Resort Felix Hurdes als damaliger Minister verantwortlich war. Der bereits genannte Fokus auf das Schulwesen innerhalb des kultur- und bildungspolitischen Arbeitens Felix Hurdes' findet hiermit seinen praktischen Niederschlag, indem das Österreichische Wörterbuch durch die Integrierung in den Schulbetrieb als Bestandteil der „Institution der Mythosbildung“ (Bruckmüller 2014: 367) seinen Beitrag leistete, um das von Hurdes propagierte Ziel, „unsere Jugend in geistiger, moralischer und politischer Hinsicht so [zu erziehen], dass der Bestand

⁵ Nachdem an der ersten Ausgabe des Österreichischen Wörterbuches tatsächlich ausschließlich Männer gearbeitet haben, wird im Folgenden bei der Nennung der Herausgeber bewusst auf die geschlechtergerechte Schreibweise verzichtet.

Österreichs für immer gesichert ist“ (Ohne Autor 1950: 3; Hervorhebung aus dem Original übernommen), zu erreichen.

Um jedoch Hurdes' Anliegen, „Bleibendes zu schaffen, das dem österreichischen Volke auf lange hinaus den Weg zu kultureller Leistungsfähigkeit und sittlichem Hochstande eröffnen soll“ (Hurdas 1947f: 1) mit der Herausgabe des ÖWB zu verbinden, muss zunächst seine Verantwortung im Zusammenhang mit dessen Veröffentlichung herausgearbeitet werden. Denn sucht man den Namen Felix Hurdes' im ÖWB, so sucht man vergebens. Die für die Zusammentragung, Sichtung und lexikografische Aufarbeitung des gesammelten Wortmaterials verantwortlichen Personen bleiben im ÖWB anonym. Vielmehr wird die führende Rolle von Felix Hurdes als amtierender Minister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten in der Publikation des Österreichischen Wörterbuches in der Verklammerung „herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums für Unterricht“ (Bundesministerium für Unterricht 1951) ausgedrückt. Für die Herausgabe eines Wörterbuches, gleich welcher Sprache, sind zunächst grundlegende Probleme unter anderem in den Bereichen der Quellen und ihrer Bewertung, der Auswahl der Stichwörter oder der Rolle der Sprachvariation zu bewältigen (vgl. Ebner 1995: 178–193), die erhebliche sprachwissenschaftliche Expertise erfordern. Felix Hurdes war jedoch weder Linguist noch Germanist oder gar Lexikograf, sondern vielmehr herausgebender Akteur und Mäzen des ÖWB. Betrachtet man die Mitglieder der Wörterbuchkommission, ergibt sich ein ähnliches Bild. Diese Kommission wurde von dem SPÖ-nahen Landesschulinspektor Albert Krassnigg, dem Wiener Stadtschulrat und ÖVP-Mitglied Anton Simonic, dem Sektionschef im Unterrichtsministerium und Leiter der Wörterbuchkommission Johann Stur und dem Widerstandskämpfer Ernst Pacolt gebildet und durch einen Volksschul- und einen Hauptschullehrer als Gewinner eines zuvor ausgeschriebenen Wettbewerbs über die Zusendung von Vorschlägen komplementiert (vgl. Dollinger 2021: 127). Hierin wird die frappante (und parteipolitisch determinierte) Kumulation an – auf die Herausgabe eines Wörterbuches bezogen – Laien ersichtlich, die verantwortlich für den Inhalt des ÖWB waren. Weder Linguisten noch Personen mit einschlägiger Fachfahrung sind auszumachen. Einzig die 1909 von Johann Stur verfasste Dissertation über die slawischen Elemente in Kärntner Ortstafeln (Stur 1909) kann als linguistische Grunddisposition genannt werden, die jedoch das ÖWB nur peripher betrifft. Allein Franz Wollmann, der 1948 einen Artikel zur deutschen Sprache schrieb und sich zuvor in seinem Werk „Deutsche Sprachkunde auf sprachgeschichtlicher Grundlage“ (Wollmann 1935) mit dieser Thematik auseinandersetzte, sowie der Dialektologe und Universitätsprofessor Eberhard Kranzmayer können als einschlägige Experten genannt werden, die jedoch nicht Teil der Kommission zur Herausgabe der ersten Auflage des Österreichischen Wörterbuches waren, sondern

nur beratende Funktionen einnahmen (vgl. Retti 1999: 121). Somit ist die Herausgabe des ÖWB 1951 aus linguistischer bzw. lexikografischer Sicht als Produkt laienhafter Bemühungen zu nennen und unterscheidet sich nicht nur durch die dürftige Materialgrundlage, sondern auch durch dieses Fehlen einer Expert:innenkommission von späteren Auflagen des ÖWB beziehungsweise den damals verbreiteten „Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterbuchverzeichnis“ (vgl. Königlich Preußisches Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten 1908). Es ist daher bezeichnend, dass das Österreichische Wörterbuch, das innerhalb der Forschung des Öfteren „von Anfang an [als] ein Organ, das die eigene nationale Varietät Österreichs maßgeblich stützt“ bezeichnet wird (Ammon 2011: 128), im Grunde bar jeglicher linguistischer Fundierung war.

Ein zentrales Charakteristikum in dem Bemühen, ein Österreichisches Wörterbuch zu erstellen, war die Intention, sich von Deutschland zu distanzieren bzw. die Trennung von Deutschland (siehe Kap. 4.3.1.4.) auch sprachpolitisch zu untermauern. Nicht nur der Mitbegründer der Wörterbuchkommission des ÖWB, Ernst Pacolt, und ihr zeitweiliger Leiter Otto Langbein, dessen frenetische Befürwortung der Abgrenzung zu Deutschland bereits beispielhaft angeführt wurde (siehe Kap. 3.4.3.), wurden als Juden nationalsozialistisch verfolgt und hatten Aversionen gegen Deutschland (vgl. Ammon 2011: 128) bzw. alles „Deutsche“, sondern auch Felix Hurdes hegte derartige Vorbehalte durch seine Zeit in den Konzentrationslagern (vgl. unter anderem Hurdes 1950: 7). Daher ist das primäre, persönliche und politische Anliegen zentraler Beteiligter an der Herausgabe eines Österreichischen Wörterbuches, einen Beitrag zur Abgrenzung zu Deutschland zu liefern, nachvollziehbar und wird unter anderem darin ersichtlich, dass „nur in Norddeutschland übliche [Ausdrücke] gar nicht berücksichtigt oder als bei uns fremd oder zumindest ungewohnt ausdrücklich gekennzeichnet wurden“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 6*). So ist beispielsweise das Lemma *Quark* mittels eines Asterisk als für Österreich unüblich markiert und es wird *Topfen* als österreichische Entsprechung angeführt (vgl. Bundesministerium für Unterricht 1951: 156). Besonders vor dem Hintergrund der sprachwissenschaftlichen und lexikografischen Laienhaftigkeit der Kommission des ÖWB erscheinen derartige Bestrebungen, zu unterscheiden, was in Österreich „fremd“ beziehungsweise „unüblich“ sei, als experimentell und subjektiv. Doch ist nicht die tatsächlich durchgeführte Klassifizierung in „fremd“ und „vertraut“ vielsagend, sondern vielmehr die dahinterliegende Absicht. Durch die Unterscheidung zwischen „norddeutschen“ und „österreichischen“ Begriffen und die vorwiegende Ausklammerung beziehungsweise Stigmatisierung ersterer wird die angedachte Abgrenzung zu Deutschland und intendierte Etablierung eines noch nicht explizit als solches

bezeichneten, doch eindeutig als solches anvisierten „österreichischen Deutsch“ deutlich. Eine sprachwissenschaftliche Konzeption, was darunter zu verstehen sei, liefert die erste Auflage des Österreichischen Wörterbuches noch nicht, doch ist eine erste Trennlinie zwischen Österreich und Deutschland auf sprachpolitischer Ebene gezogen, die die Bezeichnung des ÖWB als einer der Ursprünge eines „österreichischen Deutsch“ zu Beginn der Zweiten Österreichischen Republik durchaus nachvollziehbar erscheinen lässt. Die Absicht ist deutlich zu erkennen, die sprachlichen „Besonderheiten“ in Österreich zu sammeln, zu beschreiben und mit der Intention einer Abgrenzung zu Deutschland sowie einer Stärkung des Österreichbewusstseins innerhalb der Bevölkerung zu verankern.

Doch wird ebenso offenkundig, in welcher legitimatorisch defizitären Ausgangslage sich die Herausgeber der ersten Auflage des ÖWB befanden. Eine hinreichende, fachlich fundierte Auseinandersetzung mit den Merkmalen der deutschen Standardsprache in Österreich war noch nicht erfolgt und ein Schwenk von der sprachbasiert deutschnationalen hin zu einer selbstbewussten Haltung gegenüber der „eigenen“ (deutschen) Sprache noch nicht erfolgt. Besonders in diesem Hinblick sind die Bemühungen der Herausgeber des Österreichischen Wörterbuches, ihr Werk als (bundes-)deutschen Wörterbüchern gleichwertig zu legitimieren, vielsagend: „Auch das Österreichische Wörterbuch ist ein Wörterbuch der guten, richtigen deutschen Gemeinsprache“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 6*). Nicht nur die weiterhin tradierte Auffassung, einer Sprachgemeinschaft („Gemeinsprache“) anzugehören, wird hierin deutlich, sondern zudem die Betonung darauf, dass auch die Sprechweise in Österreich und die in dem Österreichischen Wörterbuch festgehaltenen Begriffe richtig seien, somit durch ihre „Andersartigkeit“ nicht ihre Berechtigung verlören. „Wir Österreicher verwenden eine Reihe von Ausdrücken, die nicht weniger richtig, gut und schön sind als anderswo gebrauchte“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 6*). Die Richtung, der die obige Argumentation folgt, ist eindeutig auf den Sprachgebrauch in Deutschland einzugrenzen, da die Schweiz für derartige apologetische Aussagen nicht als relevant dargestellt wurde. Vielmehr ist der Fokus, obschon nicht explizit genannt, auf das (bundes-)deutsche Deutsch gerichtet. Das Österreichische Wörterbuch scheint somit eine eindeutige sprachliche Abgrenzung zu Deutschland zu intendieren, einen Beitrag für ein sprachspezifisches Selbstbewusstsein leisten und wesentliche Impulse für eine sich herausbildende nationale Identität setzen zu wollen. Vor allem Letzteres wird in der Anführung von „Wir Österreicher“ als kollektivistische Bezeichnung der gesamten österreichischen Bevölkerung und als Zusammenschluss einer Gemeinschaft deutlich. Es ist für die Betrachtung des ÖWB im Kontext eines beginnenden bzw. intendierten „österreichischen

Deutsch“ zentral, auf die oben herausgearbeiteten Kontexte hinzuweisen, um die Bedeutung einer erstmaligen Betonung des „österreichischen“ Elements in einem Wörterbuch nachvollziehen zu können.

Mit seiner ersten Auflage trat das Österreichische Wörterbuch an die Stelle der bis 1938 für Schulen vorgeschriebenen „Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterbuchverzeichnis“ (Reiffenstein 1995: 158) und gab dem lexikografischen Werk eine eindeutig „österreichische“ Konnotation. Das ÖWB hatte seit seiner erstmaligen Veröffentlichung eine enge Bindung an das Schulwesen, was nicht nur in der Herausgabe durch das Bundesministerium für Unterricht mit Felix Hurdes an der Spitze deutlich wird, sondern auch in der expliziten Anführung, als ein „Behelf zu selbständiger Arbeit für Schüler“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 5*) gedacht zu sein. Diese Ausrichtung auf das Schulwesen ist zum einen durch die besagte Funktion Felix Hurdes’ als Unterrichtsminister und seine Auffassung, die Schule sei „für die geistige Grundhaltung eines Volkes von größter Bedeutung“ (Hurdés 1949c) begründet, lieferte jedoch auch entscheidende Impulse und Einschränkungen wie die bereits genannte Zusammenstellung der Kommission des ÖWB aus vorrangig dem Schulwesen zuzuordnenden Personen. „Das Österreichische Wörterbuch stark in den Dienst der Erziehung zum guten Stil zu stellen [sic!] erschien jedoch besonders wünschenswert“ (Bundesministerium für Unterricht 1951: 7*). Somit wurde das ÖWB als für die Schule ausgerichtetes und mit einem dementsprechend angepassten Inhalt erscheinendes sprachpolitisches Werk verfasst und lieferte einen ersten Anstoß für ein „österreichisches Deutsch“.

Die Bedeutung und Nachwirkung des Österreichischen Wörterbuches wird nicht nur in der heutigen plurizentrischen Definition Österreichs als eines sprachlichen Vollzentrums aufgrund der Existenz entsprechender lexikografischer Kodizes (vgl. Ammon [et.al.] 2016: XXXIX) oder der Definition von „Austriazismen“ über derartige Nachschlagewerke (vgl. Ammon 2011: 143–145) sowie bislang 44 Auflagen des ÖWB und dem weiterhin aufrechten Monopol als verbindliches Wörterbuch in Österreichs Schulen deutlich, sondern auch in verschiedenen politischen Aussagen nach seiner Veröffentlichung. Bereits ein Jahr nach seinem ersten Erscheinen vermittelte der Parlaments-Abgeordnete Karl Aichhorn in seiner Aussage bezüglich des Krauland-Skandals⁶ 1950/1951, es fehle nicht viel, „daß in den Nachfolgewerken des „Hurdestanischen

⁶ Als „Krauland-Skandal“ wird die systematische Veruntreuung von Geldern durch den zwischen Dezember 1945 und Oktober 1949 amtierenden Minister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Peter Krauland bezeichnet. Im Zuge dessen wurden Millionen Österreichischer Schilling veruntreut. Der Prozess von 1954 gegen Krauland und einige Beamte des Ministeriums deckte „einen der größten Skandale der Nachkriegszeit“ (Böhmer 1999: 3) auf (vgl. Böhmer 1999).

Wörterbuches“ das Wort „Krauland“ das Wort „Korruption“ ersetzen wird“ (Österreichischer Bundesrat 3. April 1952: 3330) die Bedeutung, die einerseits das Österreichische Wörterbuch als sprachpolitisches Sinnbild bereits eingenommen hatte, andererseits die Rolle Felix Hurdes' als Herausgeber des ÖWB und als mit diesem gleichgesetzter Akteur. Noch deutlicher setzte der VdU-Abgeordnete Fritz Stüber am 7. Juni 1955 das Österreichische Wörterbuch mit den Bemühungen um ein „österreichisches Deutsch“ in Relation.

Wenn ein gewisser Koßmann im „Österreichischen Tagebuch!“ im Juni 1946 schrieb: „Weg mit dem inneren Deutschtum! Wir sprechen deutsch, obwohl wir endlich beginnen sollten, die Sprache, die wir wirklich sprechen, mit der Zeit auch zur Schriftsprache zu machen, zur österreichischen Sprache...“, so ist Dr. Hurdes als seinerzeitiger Unterrichtsminister mit dem Versuch seiner „Unterrichtssprache“ und seines „Österreichischen Wörterbuches“ zur Ausführung geschritten. (Österreichischer Bundesrat 7. Juni 1955: 3118)

Das Österreichische Wörterbuch war somit nicht nur ein sprachdeskriptiver Vorstoß, der als Amalgam aus sprachpolitischen Intentionen und den Bemühungen einer laienhaften Kommission entstand, die Abgrenzung von Deutschland und identitätsstiftende Impulse durch die Implementierung dieser Ansätze in das Schulwesen zu erreichen beziehungsweise zu verstärken, sondern setzte auch langfristig erste Anstöße für die Vorstellung von einem „österreichischen Deutsch“. Die Konzepte, die Felix Hurdes diesbezüglich hatte, vor allem die Hervorhebung des Stellenwertes eines unabhängigen Österreichs, flossen daher in die Ausarbeitung des Österreichischen Wörterbuches ein.

Auch wenn das ÖWB bis zur umstrittenen 35. Auflage, in der unter anderem Nonstandardformen unmarkiert aufgenommen wurden (vgl. Ammon 2011: 133), kaum Aufmerksamkeit in der germanistischen Fachliteratur genoss (vgl. Retti 1999: 122), ist seine Stellung in Diskursen rund um ein „österreichisches Deutsch“ unbestritten. Felix Hurdes leistete aus dieser Sicht einen wesentlichen Impuls zur Entwicklung dieser Diskurse.

4.3.2.2. Unterrichtssprache und „Hurdestanisch“

Eine Behandlung von Felix Hurdes als Akteur eines sich herausbildenden „österreichischen Deutsch“ ist hinsichtlich sprachpolitischer Handlungen kaum vollständig, ohne die Thematisierung der in seiner Amtszeit erfolgten Bezeichnung „Unterrichtssprache“ für das Unterrichtsfach „Deutsch“. In dem obigen Zitat von Fritz Stüber wird Felix Hurdes bereits mit dem Begriff der „Unterrichtssprache“ in Verbindung gesetzt und tatsächlich finden sich bis heute innerhalb der Forschungsliteratur vereinzelt die Behauptung, Hurdes hätte die Umbenennung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ vollzogen. Vielmehr scheint diese Maßnahme

aber auf seinen Vorgänger Ernst Fischer (KPÖ) zurückzugehen (vgl. Tschiggerl 2020: 791), der im Zuge seiner kurzen Amtszeit als Staatssekretär für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten den diesbezüglichen Erlass in die Wege leitete. Dieser trat wenige Monate nach Felix Hurdes' Antritt als Unterrichtsminister Anfang 1946 in Kraft, weshalb die oftmalige Behauptung, er hätte die Umbenennung selbst in Auftrag gegeben bzw. allein zu verantworten, nachvollziehbar erscheint, jedoch nicht korrekt ist.

Die Begründung dieser Umbenennung ist bis dato umstritten. Einige Indizien sprechen dafür, dass diese Maßnahme auf Drängen der Besatzungsmächte erfolgte. Hurdes' Nachfolger und damaliger Unterrichtsminister Ernst Kolb (ÖVP) legte die Einflussnahme der Alliierten in dieser Angelegenheit durch die Behauptung, die Umbenennung in „Unterrichtssprache“ sei „auf Verlangen des Alliierten Erziehungsdirektoriums eingeführt“ (Kolb 20. Juni 1952) worden, offen dar und auch Herbert Maleta sah eine Einflussnahme der Alliierten (vgl. Österreichischer Bundesrat 30. Oktober 1953: 616f). Demzufolge erscheint die Praxis, das Unterrichtsfach „Deutsch“ umzubenennen, als logische Konsequenz in dem politischen Bestreben der Alliierten, Österreich von Deutschland abzutrennen bzw. eine Differenz auf allen Ebenen aufzubauen. So wurden unter anderem auch Schulbücher verwendet, die eine eindeutige pro-österreichische Grundhaltung erkennen ließen und abgrenzende Elemente zu Deutschland akzentuierten (vgl. Tschiggerl 2020: 791). In diesem Sinne lässt sich die „Negierung“ der deutschen Sprache im österreichischen Schulsystem durch die Hervorhebung der Bezeichnung „Unterrichtssprache“ als weiterer Bezugspunkt für die Herausbildung eines „österreichischen Deutsch“ interpretieren.

Eine andere Begründung für die Umbenennung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ lautet, dass dadurch vielmehr auf das multikulturelle Erbe der Habsburgermonarchie verwiesen wurde (vgl. Knight 1997: 161). Hierfür spricht, dass die Bezeichnung „Unterrichtssprache“ bereits in der Habsburgermonarchie gebräuchlich war, weil es Minderheiten gab, deren Kommunikation über andere Sprachen als Deutsch verlief (vgl. Knight 1997: 161). Hierbei hätte die Umbenennung in „Unterrichtssprache“ keine abgrenzende, sondern vielmehr eine konsolidierende Bedeutung. Paradigmatisch hierfür kann die Tatsache angeführt werden, dass im Habsburgerreich auf den Landkarten der ost- und südosteuropäischen Gebiete die slawischen Orts- und Flussnamen neben den deutschen angeführt werden mussten (vgl. Horvath 1985: 31). In diesem Sinne wäre die Herausbildung eines „österreichischen Deutsch“ bezüglich der Umdeklarierung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ nicht im Zuge

der Abgrenzung zu Deutschland zu suchen, sondern vielmehr im Bereich der demonstrativen Besinnung auf das habsburgische Erbe Österreichs.

Eine restlose Klärung der Ursachen dieser Umbenennung ist an dieser Stelle nicht relevant, sondern vielmehr die Haltung Felix Hurdes' zu dieser Thematik, die aufgrund des beinahe vollständigen Fehlens jeglicher Bezugnahmen zur Bezeichnung „Unterrichtssprache“ anhand einzelner Aussagen hervorgehoben werden muss. Einzig die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage, ob Felix Hurdes bereit sei, die Bezirksschulräte der vier Verwaltungsbezirke aufzufordern, eine Elternbefragung über die Unterrichtssprache abzuhalten, ist diesbezüglich zu vermerken (vgl. Hurdes 8. März 1951a), doch auch hierbei steht weniger die Bezeichnung des Schulfaches „Deutsch“ im Zentrum der Debatte, sondern vielmehr die Frage, was unter der „Unterrichtssprache“ zu verstehen sei. Hurdes gab hierbei an, dass es „keiner besonderen Hervorhebung [bedarf], dass im Falle einer allfälligen gesetzlichen Neuregelung der Schulsprachenfrage die im Staatsvertrage von St. Germain verankerten Minoritätenschutzvorschriften sorgfältig beobachtet würden“ (Hurdes 8. März 1951: 6). Die Behandlung der „Unterrichtssprache“ blieb somit beim Status quo ante, nämlich der abwägenden Beobachtung, was unter der Unterrichtssprache zu verstehen sei, weshalb die Thematik der Bezeichnung „Unterrichtssprache“ für Felix Hurdes keine Direktive in seinem Handeln als Unterrichtsminister bildete. Denn erst nach seinem Rücktritt und der Angelobung Ernst Kolbs wurde das Fach Deutsch in „Deutsche Unterrichtssprache“, 1955 gänzlich in „Deutsch“ umbenannt (vgl. Ammon 2011: 127).

Die Frage nach der namentlichen Umänderung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ bildet angesichts der wiederholten Bezugnahmen auf diese Angelegenheit bis heute eine kaum zu trennende Einheit mit der Betrachtung von Felix Hurdes als Unterrichtsminister, ist jedoch in seiner sprachpolitischen Tragweite in Bezug auf die Herausbildung eines „österreichischen Deutsch“ weitaus geringer anzusetzen als die Herausgabe des Österreichischen Wörterbuches. Dennoch bildet diese Thematik die emotionale aufgeladene Einheit rund um das Entstehen der Vorstellungen von einem „österreichischen Deutsch“ ab, indem „Unterrichtssprache“ im zeitgenössischen Volksmund scherzhaft als „Hurdestanisch“ bezeichnet wurde und bis heute in einschlägiger Fachliteratur Eingang findet (vgl. Gröller 2006). So verband schon Fritz Stüber Felix Hurdes und seine Funktion als Unterrichtsminister mit dem Versuch, eine „österreichische Sprache“ zu verankern.

Sein vom Volksmund mit Recht belachtes „Hurdestanisch“ hat sich allerdings Gott sei Dank nicht durchsetzen können, da die Konstruktion einer eigenen „österreichischen

Sprache“, deren ganze Besonderheit sich in ein paar Dialektausdrücken erschöpfte, wie sie jeder deutschen Mundart eigen sind, zu auffällig und unnatürlich war. (Österreichischer Bundesrat 7. Juni 1955: 3118)

Nicht zu bestreiten ist jedoch die top-down-initiierte Maßnahme einer politisch reglementierten Sprachverwendung, wie sie in Bezug auf sprach(en)politische Handlungen charakteristisch ist, in Form der Umbenennung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ im Zuge der Amtszeit Felix Hurdes', eine Bezeichnung, die erst nach Hurdes' Ausscheiden aus dem Amt des Ministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten erneut geändert wurde.

4.3.3. Felix Hurdes' Zusammenarbeit mit den alliierten Behörden

Felix Hurdes und die gesamte Regierung Figl I waren von den Alliierten und der Anerkennung der österreichischen Regierung durch sie abhängig, denn erst der sechsjährige Krieg und die „Besatzung“ Österreichs ermöglichten es dieser Regierung, ihre Funktion auszuüben. Zudem waren sie auf die Hilfeleistungen der Alliierten angewiesen. 60 % der Nahrungsmittelvorräte mussten vonseiten der Alliierten geliefert (vgl. Rathkolb 2017: 115), die österreichische Wirtschaft durch die Marshall-Plan-Hilfen erheblich unterstützt werden (vgl. Höbelt 2020: 16) und im Bereich der Schulen halfen alliierte Lieferungen bei der Beschaffung von Papier, Stiften und dergleichen (vgl. Horvath 1985: 31). Somit waren Tätigkeiten österreichischer Politiker:innen stets in einem von den Alliierten gesetzten Handlungsrahmen eingebettet. Auch Felix Hurdes bildete hierbei keine Ausnahme.

Zunächst war seine Haltung gegenüber den Alliierten Mächten daher äußerst wohlwollend. Felix Hurdes sprach im Zuge des Wahlkampfes 1945 wie folgt: „Wir sind frei! Dank der Alliierten Mächte, aber dank auch jener Kräfte, die in unserem Volk selbst niemals vergessen haben, wo ihre Heimat liegt und wo ihr Herz schlägt“ (Österreichische Volkspartei 1945: 1). Hierin wird die tatsächliche Bedeutung und der Umfang des innerösterreichischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus überhöht, doch der Grundtenor ist klar ersichtlich: Die Freiheit als eines der höchsten Güter in einer demokratischen Gesellschaft wurde als etwas hervorgehoben, das vorrangig durch die Hilfe der Alliierten erlangt worden war.

Doch zunehmend verschlechterte sich diese Darstellung der vier alliierten Mächte vonseiten Felix Hurdes. Wurde bereits 1945 behauptet, man dürfe „nicht mehr einer Propaganda nachlaufen, die uns von auswärts gemacht wird“ (Hurdes 21. Oktober 1945: 3), so verstärkte sich diese Spannung zunehmend. Hurdes monierte österreichkritische Aussagen, die durch den selektiven Rausgriff aus der österreichischen Vergangenheit begründet wurden, und bezeichnete

diese als „Verbrechen, wenn man bedenkt, daß die Alliierten infolge verantwortungsloser Äußerungen [sic!] [...] zu einer Politik greifen könnten, die für alle Oesterreicher [sic!] und für unser ganzes Vaterland sehr unangenehme Folgen haben müßte“ (Hurdes 9. März 1946b) offen zutage. Und neun Jahre, nachdem die Anwesenheit der Alliierten mit der Sicherung des Friedens gleichgesetzt wurde, lautete Hurdes' Wortlaut im Zuge seiner Rede anlässlich der Bezirksbaurntage „Trotz Besatzung erreicht: [...] das Recht wird sich durchsetzen“ (Hurdes 13. Juni und 5. September 1954; Hervorhebungen aus dem Original übernommen). Dieser eklatante Wandel in der Darstellung der alliierten „Besatzung“ ist unter anderem in dem zähen Ringen um den Staatsvertrag zu erklären, der zunehmend zum entscheidenden Politikum avancierte, wodurch die Alliierten immer mehr zur Zielscheibe gesellschaftlicher Aversionen wurden. Doch lässt eine derartige Veränderung in der innenpolitischen Kommunikation auch auf mögliche Schwierigkeiten in der unmittelbaren Zusammenarbeit mit den alliierten Behörden schließen.

Diesbezüglich ist die Quellenlage äußerst spärlich. Es finden sich selten einschlägige Äußerungen Felix Hurdes' oder Anhaltspunkte bezüglich seiner Zusammenarbeit mit den Alliierten, doch sind grundlegende Schwierigkeiten durch die Aufteilung Österreichs in vier Kontrollgebiete in Bezug auf die Administrierung des Landes und die logistische Lösung der vorhandenen Probleme erkennbar. So hielt Felix Hurdes in seinem Zwischenbericht nach einem Jahr Bestand der Österreichischen Volkspartei fest, dass die ÖVP vehement für die „Aufhebung oder zumindestens bedeutende Lockerung der Demarkationslinien [eintritt], damit uns dadurch die Möglichkeit gegeben wird, innerhalb unseres eigenen Landes den unbedingt erforderlichen Ausgleich zwischen den einzelnen Bundesländern durchzuführen“ (Hurdes 1946d: 4). Weshalb dieser Ausgleich erfolgen müsse, begründet Hurdes durch den Wunsch, dass Österreich „sowohl auf dem Gebiete der Ernährung als auch auf dem Gebiete des gesamten Wiederaufbaues“ (Hurdes 1946d: 4) ehestmöglich souverän und autonom agieren soll. Im Licht dieser Monierung scheint die Zusammenarbeit mit den alliierten Behörden vorrangig im Bereich der Zuständigkeitsüberschneidungen zwischen den einzelnen Mächten problematisch gewesen zu sein. Die unterschiedlichen Vorgehensweisen in den einzelnen alliierten Kontrollgebieten waren bereits in den verschiedenen Intensitäten bezüglich der „Entnazifizierung“ der österreichischen Bevölkerung beobachtbar, dürften jedoch in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den einzelnen Behörden vorrangig auf die Demarkationslinien lokalisierbar gewesen sein. Denn durch die Verkomplizierung administrativer Vorgänge durch das Bestehen dieser Abgrenzungen beinhaltete die „Besatzung“ Österreichs trotz alliierter Subventionierungen ein retardierendes Element, das

Hurdes unter anderem in der fehlenden „Einheit von Verwaltung und Gesetzgebung“ und den daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen sah. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Hurdes lobend erwähnte:

Im allgemeinen möchte ich nur noch hervorheben, daß bisher auf sozialpolitischem Gebiete verschiedene sehr bemerkenswerte Maßnahmen getroffen wurden, die deshalb leichter möglich wurden als Verfügungen auf anderen Gebieten, weil eine Einflußnahme seitens der Alliierten bei diesen Fragen fast nicht erfolgte. (Hurdes 1947g: 15)

Das erst zwei Jahre zuvor erfolgte Lob, dass die Befreiung der österreichischen Bevölkerung durch die Alliierten erfolgt war, weicht hier zunehmend der Rhetorik einer Einschränkung der amtierenden Regierung in ihren administrativen Handlungen und dies lässt durchscheinen, dass die Zusammenarbeit von Felix Hurdes mit den alliierten Behörden höchstwahrscheinlich angespannt, wenn nicht problematisch war.

Besonders deutlich wurde diese Malaise in der parlamentarischen Anfrage der Abgeordnet:innen Marianne Pollak und Hans Gumplmayer an Felix Hurdes bezüglich der Einflussnahme der Besatzungsmächte auf die Schule vom 24. Oktober 1951. Darin wurde behauptet, die sowjetischen Behörden würden eine eindeutige Beeinflussung des österreichischen Schulwesens ausüben (Pollak / Gumplmayer 24. Oktober 1951: 1). Diesen Vorwurf bestätigte Felix Hurdes (Hurdes 1. Dezember 1951b: 1) und vermerkte, dass sich diese Einflussnahme unter anderem auf von Filmvorführungen bezog, aber auch andere Bereiche des Schulwesens betraf:

Beamte des Schulaufsichtsdienstes wurden zu Dienststellen der Besatzungsmacht vorgeladen und [von] ihnen Informationen, insbesondere über den Unterricht in der russischen Sprache, verlangt. In einem Fall wurde auch verlangt, dass jede den Russisch-Unterricht betreffende Verfügung der Kommandantur bekanntgegeben werden solle. (Hurdes 1. Dezember 1951b: 1)

Grundsätzlich sei jedoch die Kommunikation höflich (Hurdes 1. Dezember 1951b: 2) und nur vonseiten der sowjetischen Behörden seien Einflussnahmen zu vermerken gewesen. Hurdes hielt jedoch auch resolut fest, dass er ab sofort „jede mit den Interessen der Schule nicht in Einklang stehende Einflussnahme von Besatzungsmächten auf den österreichischen Schulbetrieb hintanzuhalten“ (Hurdes 1. Dezember 1951b: 3) gedenke.

Es ist somit offenkundig, dass das Handeln Felix Hurdes' als Unterrichtsminister stets in einem von den Alliierten Mächten gesteckten Rahmen erfolgte und dieser Rahmen für ihn zunehmend

zur Belastung beziehungsweise zum Störfaktor wurde. Daher ist die anwachsende idiosynkratische Haltung von Hurdes gegenüber der alliierten „Besatzung“ nicht nur auf das immer stärker werdende Politikum des Staatsvertrages, sondern auch auf die persönlichen Hürden in der Ausübung seines Amtes zu sehen. Die zunächst als notwendiges Übel nicht einmal thematisierte Aufgliederung Österreichs in vier Kontrollzonen wurde vermehrt zum administrativen Problem und die alliierte Einflussnahme zunehmend zur politischen Unbequemlichkeit.

Für die Behandlung eines entstehenden „österreichischen Deutsch“ ist die Thematisierung der Zusammenarbeit Felix Hurdes' mit den alliierten Behörden jedoch vorrangig dahingehend interessant, als sie zwar nicht direkten Einfluss auf seine sprachpolitischen Tätigkeiten oder Konzepte nahm, doch seinen politischen Handlungsrahmen bildete. Für das nähere Verständnis der politischen Tätigkeit von Felix Hurdes ist das Wissen um die Hürden und Problemfelder in seinem Wirken bedeutsam, um nachvollziehen zu können, in welche innen- und außenpolitischen Verzweigungen sein Handeln eingebettet war.

4.4. Vom Fehlen linguistisch fundierter Handlungsmuster

Untersucht man die Konzepte Felix Hurdes' hinsichtlich eines „österreichischen Deutsch“, seine sprachpolitischen Handlungen und die Zusammenarbeit mit den alliierten Behörden, so wird die Lücke an linguistischer Fundierung deutlich. Felix Hurdes war kein Germanist, kein Linguist und kein Lexikograf, sondern ausgebildeter Jurist und als Unterrichtsminister in seiner Funktion zuvorderst Politiker.

Im Bereich seiner Konzepte und Aktivitäten, in denen sich ein erstes implizites Verständnis für ein „österreichisches Deutsch“ entwickelte, ist das völlige Fehlen dieser Bezeichnung offenkundig. In keiner der gesichteten Quellen wurde ein „österreichisches Deutsch“ vonseiten Felix Hurdes explizit genannt und auch Hinweise auf entsprechende, von Hurdes angeregte oder gar beauftragte sprachwissenschaftliche Forschung sucht man vergeblich. Die Tatsache, dass der Stellenwert eines unabhängigen bzw. von Deutschland getrennten Österreichs eine wesentliche Direktive in Felix Hurdes' Handeln bildete, bedingt konsequenterweise auch die Hervorhebung der Charakteristika, Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale des Landes, wozu auch die in Österreich gebräuchliche (deutsche) Sprache zählte. Eindeutige linguistische Bemühungen, in dieser Hinsicht ein „österreichisches Deutsch“ explizit zu konzipieren, waren aus Sicht von Hurdes offenbar nicht notwendig (oder möglicherweise gar nicht vorstellbar), sondern es zählte vielmehr das generelle Bestreben, österreichspezifische Merkmale in unterschiedlichsten Lebensbereichen zu promulgieren.

Dabei ist jedoch festzuhalten, dass Felix Hurdes keinesfalls die Bedeutung der Sprache negierte, sondern diese vielmehr als zentral erachtete, um nationale Schranken zu überwinden und auch kulturell einen Mehrwert zu erhalten. Ein „österreichisches Deutsch“ findet sich daher zwar nicht direkt in seinen Aussagen und Niederschriften, seine Haltung bezüglich der Bedeutung von Sprache(n) ist jedoch evident.

Am deutlichsten wird die möglicherweise implizite Auseinandersetzung von Hurdes mit Fragen rund um ein „österreichisches Deutsch“ in der Haltung zur Abgrenzung zu Deutschland, die sowohl qualitativ als auch quantitativ einen besonderen Stellenwert seinen Aussagen einnahm. Eine österreichische Form der deutschen Sprache war Komponente in seiner kulturpolitischen Agenda und somit ein Mittel zur Identitätsstiftung, der gesellschaftlichen Konsolidierung und der nach außen transportierten Nachricht, Österreich habe mit Deutschland mittlerweile nichts mehr – nicht einmal mehr die deutsche Sprache zur Gänze – gemein. Doch auch hier sind konkrete Handlungsweisen spärlich und es bleibt bei allgemeinen Aussagen, etwa, dass man „ganz damit brechen muß, Österreich in geistiger und kultureller Abhängigkeit von Deutschland zu belassen“ (Hurdes 1946c: 15). Eine derart deutliche Behandlung des Spannungsfeldes einer gemeinsamen Sprache mit Deutschland, wie es Leopold Figl in seiner Ansprache anlässlich der 950-Jahr-Feier tat (Figl 22. Oktober 1946), ist bei Felix Hurdes zwar nicht zu finden, jedoch ist die eindeutige Intention, die Trennlinie zwischen Österreich und Deutschland so konsequent und vehement wie möglich zu ziehen, signifikant.

Diese Problematik wird besonders in der Herausgabe des Österreichischen Wörterbuches deutlich, die als (vielleicht einzig relevante) nachhaltige sprachpolitische Maßnahme bezüglich eines „österreichischen Deutsch“ angesehen werden kann, für die jedoch eine Kommission linguistischer Laien verantwortlich war. Dies begründet sich nicht zuletzt in dem angestrebten Adressatenkreis der österreichischen Schüler:innen und Lehrer:innen, jedoch wird auch der „experimentelle“ Zugang zu einem „österreichischen Deutsch“ erkennbar.

Zudem verdeutlicht der zeitgenössische Diskurs um die Hurdes zugeschriebene Umbenennung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ in eindrücklicher Art und Weise die Emotionalität, mit der Fragen rund um die deutsche Sprache und Österreich betrachtet wurden. Das bereits genannte Zitat des VdU-Abgeordneten Fritz Stüber, wonach das „Hurdestanische“ als Versuch der Konstruktion einer „eigenen „österreichischen Sprache““ (Österreichischer Bundesrat 7. Juni 1955: 3118) gleichgesetzt wurde, hebt dies beispielhaft hervor. Dennoch blieb Felix Hurdes bezüglich der Bezeichnung „Unterrichtssprache“ in seinen Aussagen äußerst schweigsam. Man findet selten Zeugnisse seiner Haltung demgegenüber.

In diesem Fehlen linguistisch fundierter Handlungsmuster verdeutlicht sich eindrücklich, dass eine retrospektive Projektion eines heutigen linguistischen Verständnisses bezüglich eines „österreichischen Deutsch“ auf die Frühphase der Zweiten Österreichischen Republik falsch wäre. Es sollte noch Jahrzehnte dauern, bis eine soziolinguistisch fundierte und tiefgreifende Auseinandersetzung mit der österreichischen (Standard-)Varietät der deutschen Sprache abseits von eher als Nischendiskursen einzustufenden Konzipierungen (beispielhaft kann hierbei die Arbeit von Elise Riesel genannt werden) erfolgen sollte, noch viele Jahre vergehen, bis für die linguistische Diskussion so zentrale Begriffe wie die der Plurizentrik, der Pluriarealität etc. in den Mainstream des Forschungsdiskurses eintreten. Vor allem musste noch ein wesentlicher Bewusstseinsprozess innerhalb der österreichischen Bevölkerung vonstattengehen, um sich als Nation fühlen zu können. Dennoch darf nicht vom Fehlen sprachwissenschaftlich fundierter Handlungsmuster auf einen Dilettantismus Felix Hurdes' geschlossen werden. Seine Konzepte sind eindeutig erkennbar und stringent auf die Herausbildung und Verstärkung einer österreichischen Nationalidentität gerichtet, was auch ohne explizite linguistische Involvierung Auswirkungen auf die Sprache und Sprachverwendung hatte, wie unter anderem in der Herausgabe des Österreichischen Wörterbuches deutlich wird.

5. Beantwortung der Forschungsfragen

Handlungsleitend für Felix Hurdes als (sprach-)politisch relevanter Akteur im Geflecht der einschlägigen Diskurse im untersuchten Zeitabschnitt war zweifelsohne das Ziel, das noch im Aufbau befindliche nationale Selbstverständnis der österreichischen Bevölkerung zu stärken. Um dies zu erreichen, betrieb Felix Hurdes als Unterrichts- und Kulturminister eine konsequent auf die Akzentuierung des Stellenwertes Österreichs gerichtete Kulturpolitik, die sich unter anderem in der Idealisierung verdeutlichte, dass eine vermeintliche internationale Vorreiterrolle Österreichs im Bereich der Kunst und der Literatur gegeben sei, weshalb unter anderem auch die Bedeutung der Sprache in den Fokus rückte. Die entsprechenden Konzepte und das konkrete Vorgehen von Hurdes fußten dabei nicht auf linguistischen Erkenntnissen. Allem übergeordnet war das Ziel des Erreichens des Staatsvertrages. Dennoch erkennt man auch den ubiquitären Stellenwert von Sprache im Zuge eines Identitätsstiftungsprozesses, ein Faktum, das zunehmend in den gesellschaftlichen Diskurs trat.

Dieser Diskurs wurde nicht zuletzt von der Abgrenzung und Trennung von Deutschland geleitet, was deutlich als Direktive in Felix Hurdes' Handeln zutage tritt. Das explizit formulierte Ziel, man solle mit Deutschland in kultureller und geistiger Haltung brechen, legt seine Entschlossenheit diesbezüglich offen und verdeutlicht die Interessen, die hinter der Idee eines „österreichischen Deutsch“ standen. Linguistisch reflektierte Auseinandersetzungen vonseiten Felix Hurdes in Bezug auf entsprechende Fragen fehlen, jedoch schwingen in seiner publizistischen Tätigkeit und seinen (sprach-)politischen Handlungen Verweise auf das identitätsstiftende Potential von Sprache subliminal mit.

Als zwei Fragen in Bezug auf sprachplanerische Maßnahmen Felix Hurdes' im Zuge seiner Tätigkeit als Unterrichts- und Kulturminister wurden in vorliegender Untersuchung die Herausgabe des Österreichischen Wörterbuches (ÖWB) und die ihm zugeschriebene Umbenennung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ identifiziert und behandelt.

Dabei ist die Herausgabe des ÖWB besonders aufschlussreich. Hierin fanden Hurdes' zentrale Konzepte wie die Trennung von Deutschland oder die Bedeutung der Schule für die Herausbildung einer österreichischen Identität ihren Niederschlag. Als von einer aus Experten des Schulwesens (und zugleich linguistischen bzw. lexikografischen Laien) bestehenden Kommission verantwortetes Werk bildete es einen ersten Versuch, in der Frühphase der Zweiten Republik eine Beschreibung und Sammlung österreichspezifischer Ausdrücke darzulegen und ein „österreichisches Deutsch“ zu postulieren. Diese Bedeutung wird erst in späteren Auflagen offenkundig, die die Thematik der „deutschen Sprache in Österreich“ auch theoretisch reflektieren (vgl.

unter anderem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2005). Zwar wurde Felix Hurdes nicht explizit als Herausgeber im Österreichischen Wörterbuch genannt, ist jedoch als damaliger Unterrichtsminister als politisch verantwortlicher Auftraggeber des ÖWB eindeutig festzumachen.

Auch in der oftmals ihm zugeschriebenen, jedoch auf seinen Vorgänger Ernst Fischer zurückzuführenden Umbenennung des Unterrichtsfaches „Deutsch“ in „Unterrichtssprache“ wurden Verbindungen zwischen Felix Hurdes und dem Diskurs um ein „österreichisches Deutsch“ – unter anderem in der spöttischen Bezeichnung „Hurdestanisch“ – offenkundig.

Bezüglich der Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Besatzungsmächte ist unter anderem die Betrachtung der Haltung von Felix Hurdes gegenüber den Alliierten aufschlussreich. Wurden sie von ihm noch 1945 in öffentlichen Reden mit der Befreiung Österreichs gleichgesetzt, so verwandelte sich dieses Bild immer mehr zur Obstruktion der alliierten Kontrolle. Die „Besatzung“ Österreichs wurde politisch zunehmend als unerwünschter Zustand inszeniert und die Besatzungsmächte daher als einer funktionierenden und souveränen österreichische Nation im Wege stehend dargestellt. Hurdes selbst vermerkte wiederholt, dass die Aufteilung Österreichs in vier Kontrollgebiete logistische und administrative Probleme mit sich brachte, und auch hinsichtlich des Unterrichtswesens hielt er die unerwünschte Einflussnahme von sowjetischer Behörden fest. Seine Haltung diesbezüglich gestaltete sich zunehmend ablehnender. Die Anführung „Trotz Besatzung erreicht: [...] das Recht wird sich durchsetzen.“ (Hurdes 13. Juni und 5. September 1954; Hervorhebungen aus dem Original übernommen) sowie seine Ankündigung, „jede mit den Interessen der Schule nicht in Einklang stehende Einflussnahme von Besatzungsmächten auf den österreichischen Schulbetrieb hintanzuhalten“ (Hurdes 1. Dezember 1951b: 3), verdeutlichen das immer angespanntere Verhältnis zwischen Hurdes und den Behörden der Besatzungsmächte.

Es bleibt festzuhalten, dass die Alliierten bzw. deren Behörden letztlich jenen Handlungsrahmen für Felix Hurdes als Unterrichts- und Kulturminister bildeten, dem gegenüber er sich zunehmend ablehnend zeigte.

6. Fazit und Ausblick

Felix Hurdes übernahm das Amt des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten im Jahr 1945, zu einer Zeit, in der gewaltige soziale, wirtschaftliche und ideelle Aufgaben zu bewältigen waren und Umbrüche vonstatten gingen. Es waren Hürden zu meistern, deren Bewältigung zum Zeitpunkt seiner Angelobung noch mehr als ungewiss war. Als politischer Akteur trat er unter anderem als in seinem Österreich-Patriotismus unbeugsam und in seinem politischen Handeln aktiv in der Frühphase der Zweiten österreichischen Republik auf und hatte wesentlichen Einfluss auf die im Zuge eines österreichischen *nation building* erforderliche Evozierung eines nationalen Selbstbewusstseins im kollektiven Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung, die erst Jahre nach seiner politischen Tätigkeit Früchte tragen sollte.

Die Konzepte, die im Handeln Felix Hurdes' bezüglich der Herausbildung von Vorstellungen von einem „österreichischen Deutsch“ im Zuge der vorliegenden Untersuchung offenkundig wurden, reflektieren diese Hervorhebung des Stellenwerts eines selbstständigen Österreichs oder die Stärkung einer erst im Entstehen begriffenen nationalen Identitätskonstruktion. Dabei wurde seine konsequente Arbeit deutlich, Österreich in kultureller Hinsicht international als „Treffpunkt und Kreuzungsstrasse [sic!] aller europäische[r] Kulturen“ (Hurdes 1. Februar 1947a) zu etablieren, wobei auch die Abgrenzung zu Deutschland und die darin subliminal vorhandene Auseinandersetzung mit der gemeinsamen deutschen Sprache mitschwang. Das im Zuge seiner Amtszeit als Unterrichts- und Kulturminister 1951 erstmals und mit klarem Fokus auf das Schulwesen herausgegebene Österreichische Wörterbuch war ein erster Versuch in der Zweiten Republik, die „österreichspezifische“ Lexik festzuhalten. Auch wenn – beziehungsweise gerade weil – linguistisch fundierte Handlungsmuster in Hurdes' Aussagen und Tätigkeiten nicht auszumachen sind, hat sich die Thematisierung und Untersuchung seiner Rolle im Zusammenhang mit den Ursprüngen des heute im soziolinguistischen Mainstream als eine (National-)Varietät der deutschen Sprache interpretierten „österreichischen Deutsch“ als lohnend und erkenntnisreich erwiesen.

Die vorliegende Arbeit hofft, ihren Beitrag zur Verringerung einer Forschungslücke ebenso geleistet wie ausblickend den Anstoß zu weiterer wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dieser Problemstellung rund um die deutsche Sprache und die Frühphase der Zweiten Österreichischen Republik gegeben zu haben.

7. Literaturverzeichnis

7.1. Primärquellen

- Bund Neuland (Jänner 1952): Amate-Schrift des Bundes Neuland. o.O.: o.V. (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: H.A. 1).
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hg.) (2005): Österreichisches Wörterbuch. Wien: öbv & hpt.
- Bundesministerium für Unterricht (Hg.) (1951): Österreichisches Wörterbuch. Mittlere Ausgabe. Wien: Verlag für Jugend und Volk.
- Fadrus, Viktor/Gassner, Heinrich (1947): Grundlinien eines Erziehungsplanes für österreichische Schulen, in: Bundesministerium für Unterricht (Hg.): Pädagogische Mitteilungen. Beilage zum Verordnungsblatt des Unterrichtsministeriums für Unterricht. Wien: Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst.
- Figl, Leopold (22. Oktober 1946): Rede zum 950. Jahrestags Österreichs. Wien: o.V.
- Frisch, Anton/Leinkauf, Hans (13. März 1952): Brief vom 13. März 1952 an Felix Hurdes. Wien (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 492).
- Hitler, Adolf (2016): Mein Kampf. Eine kritische Edition, Bd. 1. München / Berlin: Institut für Zeitgeschichte,.
- Hurdes, Felix (1945a): Oesterreich den Oesterreichern. In: Das kleine Volksblatt. Wien: Albrecht Dürer, (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur 251) [Zeitungsartikel], 5. August, Titelblatt.
- Hurdes, Felix (21. Oktober 1945b): Rede des Hr. Generalsekretärs der Ö.V.P. Dr. Felix Hurdes. Floridsdorf: o.V., (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur 512) [Parteiredede].
- Hurdes, Felix (9. März 1946a): Der Kampf für Österreich 1934-1938, (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur 91) [Radiorede].
- Hurdes, Felix (9. März 1946b): Der Kampf für Österreich 1934-1938. In: Generalsekretariat der Österreichischen Volkspartei (Hg.): Vertraulicher Informationsdienst des Generalsekretariats. Für Vertrauensmänner der Österr. Volkspartei. Wien: Albrecht Dürer, (Karl-von-Vogelsang-Institut, ohne Signatur).
- Hurdes, Felix (1946c): Österreich als Realität und Idee. Vortrag, gehalten in Zürich. Wien: Österr. Verlag.
- Hurdes, Felix (1946d): Ein Jahr Österreichische Volkspartei. o.O.: o.V. (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 89) [Redemanuskript].
- Hurdes, Felix (1. Februar 1947a): Österreich in der Welt und die Österreichische Volkspartei. o.O.: o.V. (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 76) [Radioansprache].

- Hurdes, Felix (1947b): Festlegung der künftigen Richtlinien der Partei. In: Hauptreferat für Presse und Publizistik der Bundesparteileitung (Hg.): Der erste Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei 18.-21. April 1947. Wien: Verlag der Österreichischen Volkspartei, (Karl-von-Vogelsang-Institut, ohne Signatur), 104–112.
- Hurdes, Felix (30. April 1947c): Rede zum 1. Mai (Jugend). o.O.: o.V., (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 308) [Redemanuskript].
- Hurdes, Felix (1. Mai 1947d): Rede zum 1. Mai. o.O.: o.V., (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 307) [Redemanuskript].
- Hurdes, Felix (Juni 1947e): Die Internationale des Geistes. In: Genossenschaft der Schweizer Monatshefte (Hg.): Schweizer Monatshefte. Zürich: Gebrüder Leemann & Co, 138-145.
- Hurdes, Felix (1947f): Erziehungs- und Schulprogramm der ÖVP. Wien: Österreichischer Verlag.
- Hurdes, Felix (1947g): Politischer Rechenschaftsbericht der Österreichischen Volkspartei. Wien: Österreichischer Verlag.
- Hurdes, Felix (1947h): Veranstaltungsprogramm. 950 Jahre Österreich. o.O.: o.V.
- Hurdes, Felix (Juli 1948a): Vom Gestern zum Morgen – Ein Überblick über Österreichs schulpolitische Leistungen. Rede vor Grazer Studenten der Oxford-Universität. Graz: o.V.
- Hurdes, Felix (1948b): Österreichische Kulturpolitik. Wien: Österreichischer Verlag.
- Hurdes, Felix (6. Jänner 1949a): Weisungen für das beginnende Wahljahr. Wartholz: o.V., (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 246g) [Referat].
- Hurdes, Felix (1949b): Bericht des Generalsekretärs Bundesminister Dr. Felix Hurdes. In: Hauptreferat für Presse und Publizistik der Bundesparteileitung (Hg.): Protokoll des zweiten Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei 20. und 21. Mai 1949. Wien: Verlag der Österreichischen Volkspartei, (Karl-von-Vogelsang-Institut, ohne Signatur), 26–35.
- Hurdes, Felix (1949c): Mein Entwurf Wahlaufruf. o.O.: o.V. (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 167) [Entwurf einer Wahlkampfrede].
- Hurdes, Felix (15./16. Jänner 1949d): Niederschrift Hurdes über die Exekutivausschusssitzung der NEI in Paris 15./16. 1. 1949. ÖStA, AdR, BKA/AA II-pol 1949, Zl. 80.755-pol/49 (80.161-pol/49).
- Hurdes, Felix (1950): Vater unser. Gedanken aus dem Konzentrationslager. Wien: Herder.

- Hurdes, Felix (8. März 1951a): Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. Anfragebeantwortung. o.O.: o.V. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/AB/AB_00200/imfname_513403.pdf (Zugriff: 4. Juni 2022).
- Hurdes, Felix (1. Dezember 1951b): Einflussnahme von Besatzungsmächten auf die Schule. Anfragebeantwortung. o.O.: o.V. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/AB/AB_00328/imfname_513524.pdf (Zugriff: 4. Juni 2022).
- Hurdes, Felix (13. Juni und 5. September 1954): Bezirksbauerntage, Eggenberg: o.V. (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 366) [Redemanuskript].
- Kärntner Landesregierung (1936): Referatseinteilung der Landeshauptmannschaft und des Landesschulrates Kärnten. o.O.: o.V., (Archiv des Karl-Vogelsang-Instituts; o. Sig.).
- Kolb, Ernst (20. Juni 1952): Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. Im nächsten Schuljahr wieder: „Deutsche Unterrichtssprache“. o.O.: o.V. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/AB/AB_00453/imfname_513687.pdf (Zugriff: 4. Juni 2022)
- Königlich Preußisches Ministerium der geistlichen, Unterrichts und Medizinal-Angelegenheiten (1908): Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung. URL: [https://ids-pub.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/7006/file/Preu%
c3%9fen_Rechtschreibung_Neue_Bearbeitung_1908.pdf](https://ids-pub.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/7006/file/Preu%c3%9fen_Rechtschreibung_Neue_Bearbeitung_1908.pdf) (Zugriff: 2. August 2022).
- Langbein, Otto (1947): Unsere Stellung zur deutschen Nation. In: Kommunistische Partei Österreichs (Hg.): Weg und Ziel. Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus. 1. Wien: Stern-Verlag, 14–28.
- Landeshauptstadt Klagenfurt (1934): Ortsgemeinden in Kärnten. o.O.: o.V., (Archiv des Karl-Vogelsang-Instituts; o. Sig.).
- Leinkauf, Hans (19. März 1953): Brief an Felix Hurdes. o.O.: o.V., (Archiv des Karl-von-Vogelsang-Instituts; ohne Signatur) [Brief].
- Lewi, Hermann (1875): Das österreichische Hochdeutsch. Versuch einer Darstellung seiner hervorstechendsten Fehler und fehlerhaften Eigenthümlichkeiten. Wien: Erbmann & Altmann.
- Luick, Karl (1904): Deutsche Lautlehre. Mit besonderer Berücksichtigung der Sprechweise Wiens und der österreichischen Alpenländer. Wien / Leipzig: Deuticke.

- Missong, Alfred (1946): Die österreichische Nation. Wien: Österreichischer Verlag.
- Niederösterreichischer Bauernbund (14. Oktober 1948): Archiv. Grüne Mappe. Protokoll Bundesparteileitung. o.O.: o.V., zit. nach: Bruckmüller, Ernst (1998): Die Entwicklung des Österreichbewusstseins. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Bd. 1. Wien [u.a.]: Böhlau, 369–396, hier: S. 382.
- Österreichischer Bundesrat (3. April 1952): Stenographisches Protokoll. 87. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Wien: Verlagspostamt Wien. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00087/imf-name_159712.pdf (Zugriff: 5. August 2022). DAZUGEBEN
- Österreichischer Bundesrat (30. Oktober 1953): Stenographisches Protokoll. 19. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Wien: Verlagspostamt Wien. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00019/imf-name_158364.pdf (Zugriff: 5. August 2022).
- Österreichischer Bundesrat (7. Juni 1955): Stenographisches Protokoll. 69. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Wien: Verlagspostamt Wien. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00069/imf-name_158620.pdf (Zugriff: 5. August 2022).
- Österreichischer Bundesrat (25. Oktober 1965): Stenographisches Protokoll. 89. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Wien: Verlagspostamt Wien. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/X/NRSITZ/NRSITZ_00089/imf-name_154346.pdf (Zugriff: 5. August 2022).
- Österreichische Volkspartei (3. November 1945): Wahlaufuf der „Österreichische Volkspartei“. Wien: o.V., (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: 259), [Redemanuskript].
- Österreichische Volkspartei (1946): Programmatische Leitsätze der Österreichischen Volkspartei. Wien: Österreichischer Verlag.
- o.A. (1946): Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich! Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs. Wien: Verlag der österreichischen Staatsdruckerei.
- o.A. (1950): Unser Ziel: Ein freies Volk in einem freien Staat. Das Arbeitsprogramm der Österreichischen Volkspartei für die nächste Zukunft. o.O.: o.V. (Karl-von-Vogelsang-Institut, Signatur: H.A. 302) [Manuskript].

- Pollak, Marianne / Gumplmayer, Hans (24. Oktober 1951): Anfrage an den Bundesminister für Unterricht betreffend Einflussnahme von Besatzungsmächten auf die Schule, o.O.: o.V. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/J/J_00343/imfname_509408.pdf (Zugriff 4. Juni 2022).
- Rechtsinformationssystem des Bundes (14. März 2022): Gesamte Rechtsvorschrift für Bundes-Verfassungsgesetz, o.O.: o.V. URL: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung/Bundesnormen/10000138/B-VG%2c%20Fassung%20vom%2011.03.2022.pdf> (Zugriff: 14. März 2022).
- Stur, Johann (1909): Die slavischen Sprachelemente in den Ortsnamen der deutschbesiedelten Alpenländer Österreichs zwischen der Donau und der Drau. Mit einer historischen Einleitung. Dissertation. Wien: Universität Wien.
- The Times (19. Februar 1942): Mr. Churchill's Faith in Victory. London: Times Newspaper.
- Wollmann, Franz (1935): Deutsche Sprachkunde auf sprachgeschichtlicher Grundlage. Für Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, zugleich ein Handbuch für Lehrer. Wien: Hölder-Pichler-Tempsky.

7.2. Sekundärliteratur bzw. sonstige Literatur

7.2.1. Gedruckte Publikationen

- Ackerl, Isabella / Weissensteiner, Friedrich (1992): Österreichisches Personenlexikon der Ersten und Zweiten Republik. Wien: Ueberreuter
- Ammon, Ulrich (1995): Vorschläge zur Typologie nationaler Zentren und nationaler Varianten bei plurinationalen Sprachen – am Beispiel des Deutschen. In: Muhr, Rudolf / Schrod, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 110–120.
- Ammon, Ulrich (2005): Pluricentric and Divided Languages/Plurizentrische und geteilte Sprachen. In: Ammon, Ulrich [et.al.] (Hg.): Sociolinguistics. An International Handbook of the Science of Language and Society, Bd. 2. Berlin / New York: De Gruyter, 1536–1542.
- Ammon, Ulrich (2011): Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten. Berlin / Boston: De Gruyter.

- Ammon, Ulrich / Bickel, Hans / Lenz, Alexandra (Hg.) (2016): Variantenwörterbuch des Deutschen. Die Standardsprache in Österreich, der Schweiz, Deutschland, Liechtenstein, Luxemburg, Ostbelgien und Südtirol sowie Rumänien, Namibia und Mennonitensiedlungen. Berlin/Boston: De Gruyter.
- Andics, Hellmut (1962): Der Staat, den keiner wollte. Österreich 1918–1938. Wien: Herder.
- Assmann, Jan (1992): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: Beck.
- Beer, Siegfried (1997): Die US-amerikanische Besatzungspolitik in Österreich bis Herbst 1945. In: Rauchensteiner, Manfred (Hg.): Österreich 1945. Ein Ende und viele Anfänge. Graz / Wien [u.a.]: Verlag Styria, 207–228.
- Beevor, Antony (2016): Der Zweite Weltkrieg, München: Random House.
- Böhmer, Peter (1999): Wer konnte, griff zu. „Arisierte“ Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945–1949). Wien / Köln / Weimar: Böhlau.
- Břenek, Oldřich (2017): Sprachgebrauch und Sprachbeurteilung in Österreich am Beispiel der jüngeren Generation (= Germanistik International Bd. 3), Berlin: Frank & Timme.
- Brodi, Leslie (1995): Traditionen des österreichischen Deutsch im Schnittpunkt von Staatsräson und Sprachnation. Vom Reformabsolutismus bis zur Gegenwart. In: Muhr, Rudolf / Schrod, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 17–37.
- Brubaker, Rogers (1996): Nationalism Reframed. Nationhood and the national question in the New Europe. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.
- Bruckmüller, Ernst (1998): Die Entwicklung des Österreichbewusstseins. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen. Bd. 1. Wien [u.a.]: Böhlau, 369–396.
- Bruckmüller, Ernst (2014): Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. Wien [u.a.]: Böhlau.
- Bußmann, Hadumod (Hg.) (2008): Lexikon der Sprachwissenschaft, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Chorherr, Thomas (2005): Eine kurze Geschichte der ÖVP. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen. Wien: Ueberreuter.

- Christ, Herbert (1991): Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000. Sprachenpolitische Betrachtungen zum Lehren und Lernen fremder Sprachen. Tübingen: Narr.
- Clark, Christopher (2015): Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München: Pantheon.
- Clyne, Michael (1991): Pluricentric Languages. Differing Norms in Differing Nations, Berlin / Boston: De Gruyter.
- Clyne, Michael (1993): Die österreichische Nationalvarietät des Deutschen im wandelnden internationalen Kontext. In: Muhr, Rudolf (Hg.): Internationale Arbeiten zum österreichischen Deutsch und seinen nachbarsprachlichen Bezügen. Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 1–7.
- Clyne, Michael (1995): Sprachplanung in einer plurizentrischen Sprache. Überlegungen zu einer österreichischen Sprachpolitik aus internationaler Sicht. In: Muhr, Rudolf / Schrodts, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologie und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 7–16.
- Čurilin, Aleksandr (2005): Wie die „österreichische Frage“ gelöst wurde. In: Karner, Stefan / Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Wien / Köln / Weimar: Böhlau, 773–784.
- Davy, Ulrike / Dilek, Cinar (2001): Österreich. In: Davy, Ulrike (Hg.): Die Integration von Einwanderern. Rechtliche Regelungen im europäischen Vergleich, Bd. 1. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verlag, 567–708.
- De Cillia, Rudolf (1995): Erdäpfelsalat bleibt Erdäpfelsalat. Österreichisches Deutsch und EU-Beitritt. In: Muhr, Rudolf / Schrodts, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache Bd. 2). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 121–131.
- De Cillia, Rudolf / Wodak, Ruth (2006): Ein „deutsches“ Land? Ausgrenzung durch Sprachenpolitik in Österreich, in: Das jüdische Echo 55. Wien: Falter Verlagsgesellschaft, 111–116.
- De Cillia, Rudolf / Ransmayr, Jutta (2019): Österreichisches Deutsch macht Schule. Bildung und Deutschunterricht im Spannungsfeld von sprachlicher Variation und Norm. Wien [u.a.]: Böhlau Verlag.

- Dollinger, Stefan (2021): Österreichisches Deutsch oder Deutsch in Österreich? Identitäten im 21. Jahrhundert. Wien / Hamburg: new academic press.
- Drimmel, Heinrich (14. Oktober 1974): Der Letzte der „Generation 45“. In: Die Presse. Unabhängige Zeitung für Österreich. Wien: Die Presse-Verlagsgesellschaft, Titelblatt.
- Dürscheid, Christa / Elspaß, Stephan / Ziegler, Arne (2019): „Variantengrammatik des Standarddeutschen“. Das neue Online-Nachschlagewerk zur arealen Variation in der Grammatik des Deutschen. In: Eichinger, Ludwig / Plewnia, Albrecht (Hg.): Neues vom heutigen Deutsch. Empirisch – methodisch – theoretisch. Berlin / Boston: De Gruyter, 331–334.
- Ebner, Jakob (1995): Vom Beleg zum Wörterbuchartikel. Lexikographische Probleme zum österreichischen Deutsch. In: Muhr, Rudolf / Schrodt, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 178–196.
- Ebner, Jakob (2009): Wie sagt man in Österreich? Wörterbuch der österreichischen Besonderheiten, Mannheim: Dudenverlag.
- Ebner, Jakob (2014): Österreichisches Deutsch kompakt. Was Schüler und Lehrer wissen sollten. In: Ransmayr, Jutta / Moser-Pacher, Andrea / Fink, Ilona Elisabeth: Österreichisches Deutsch und Plurizentrik Jg. 38, Nr. 3 (= informationen zur deutschdidaktik. Zeitschrift für den Deutschunterricht in Wissenschaft und Schule), Innsbruck: Studienverlag, 20–32.
- Ebner, Jakob (2019): Duden – Österreichisches Deutsch. Wörterbuch der Gegenwartssprache in Österreich. Berlin: Dudenverlag.
- Eisterer, Klaus (1997): Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955. In: Steininger, Rolf / Gehler, Michael (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Bd. 2. Wien [u.a.]: Böhlau, 147–216.
- Fischer, Fritz (1961): Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf: Droste.
- Gardt, Andreas (2000): Sprachnationalismus zwischen 1850 und 1945. In: Gardt, Andreas (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin [u.a.]: De Gruyter, 247–272.
- Gehler, Michael (2016): „Politisch unabhängig“, aber „ideologisch eindeutig europäisch“. Die ÖVP, die Vereinigung christlicher Volksparteien (NEI) und die Anfänge der

- europäischen Integration 1947–1960. In: Gehler, Michael / Steininger, Rolf (Hg.): Österreich und die europäische Integration seit 1945. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Wien [u.a.]: Böhlau Verlag, 305–344.
- Gehmacher, Johanna (2014): „Österreichs Söhne“ und die „Töchter der Zeit“. Prolegomena zu einer Erfahrungsgeschichte nationaler Identitätspolitik. In: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 27. Leverkusen: Budrich, 44–60.
 - Geng, Judith (2006): Periods of Occupation and Their Significance for the Creation of Identities in the Deep South and Austria. In: Zacharasiewicz, Waldemar (Hg.): Aspects of the transatlantic exchange. The American South in Europe – Europe in the American South; impressions of an exploratory field trip and academic interaction in the American South. Wien: WUV, 277–288.
 - Glauninger, Manfred (2015a): Die Nationalvarietät „österreichisches Deutsch“ als kakanisches Paradoxon. Sprachliche Wechselbeziehungen in der Habsburgermonarchie. In: Cwanek-Florek, Ewa / Nöbauer, Irmgard (Hg.): Sprachliche Wechselbeziehungen in der Habsburgermonarchie. Wien: Polnische Akademie der Wissenschaften/Wissenschaftliches Zentrum in Wien, 11–18.
 - Glauninger, Manfred (2015b): (Standard-)Deutsch in Österreich im Kontext des gesamtdeutschen Sprachraums. Perspektiven einer funktional dimensionierten Sprachvariationstheorie. In: Lenz, Alexandra / Glauninger, Manfred (Hg.): Standarddeutsch im 21. Jahrhundert. Theoretische und empirische Ansätze mit einem Fokus auf Österreich (= Wiener Arbeiten zur Linguistik, Bd. 1, Büring, Daniel / Lenz, Alexandra / Ritt, Nikolaus (Hg.)). Göttingen: V&R unipress, 11–58.
 - Glück, Helmut (Hg.) (2010): Metzler Lexikon Sprache. Stuttgart / Weimar: J.B. Metzler, 2010.
 - Gogolin, Ingrid (2008): Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster [u.a.], Waxmann.
 - Grasberger, Franz (1968): Die Hymnen Österreichs. Tutzing: Schneider.
 - Gutkas, Karl (1996): Die Feiern „950 Jahre Österreich“ im Jahre 1946, in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich 62, St. Pölten: Verein für Landeskunde von Niederösterreich, 665–686.
 - Hägi, Sara (2015): Die standardsprachliche Variation des Deutschen als sprachpolitisch-didaktisches Problem. In: Lenz, Alexandra / Glauninger, Manfred (Hg.): Standarddeutsch im 21. Jahrhundert. Theoretische und empirische Ansätze mit einem Fokus auf

Österreich (= Wiener Arbeiten zur Linguistik, Bd. 1, Büring, Daniel / Lenz, Alexandra / Ritt, Nikolaus (Hg.)). Göttingen: V&R unipress, 111–138.

- Haider, Markus Erwin (1998): Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866–1938. Wien [u.a.]: Böhlau.
- Hanisch, Ernst (1994): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. In: Wolfram, Herwig (Hg.): Österreichische Geschichte 1890–1990. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Hanisch, Ernst (1997): Aus den Tiefen der Zeit. Hypothesen über die historische Entwicklung der wirtschaftlichen Einstellungen in Österreich. In: Faulhaber, Theo / Hanisch, Ernst (Hg.): Mentalitäten und wirtschaftliches Handeln in Österreich. Wien: Signum-Verlag, 9–36.
- Hanisch, Ernst (2019): Landschaft und Identität. Versuch einer österreichischen Erfahrungsgeschichte. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Heiß, Gernot (1997): 950 Jahre Ostarrichi. Historische Sinnbildung 1946. In: Ardelt, Rudolf (Hg.): Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995; 22. bis 24. Mai 1995 in Linz. Innsbruck / Wien: Studienverlag, 147–152.
- Heller, Monica (2005): Language and Identity / Sprache und Identität. In: Ammon, Ulrich [et.al.] (Hg.): Sociolinguistics. An International Handbook of the Science of Language and Society Bd. 2. Berlin / New York: De Gruyter, 1582–1586.
- Höbelt, Lothar (2020): Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Horvath, Maria (1985): Die Bildungspolitik des Unterrichtsministers Dr. Felix Hurdes. Unter besonderer Betonung der Schulpolitik und Berücksichtigung der Kulturpolitik. Wien: Universität Wien, Dissertation.
- Karner, Christian (2011): Negotiating National Identities. Between Globalization, the Past and 'the Other'. Farnham: Ashgate.
- Kindermann, Gottfried-Karl (1993): Dollfuß und der Nationalsozialismus. In: Wohnout, Helmut (Hg.): Christliche Demokratie. Zeitschrift des Karl von Vogelsang-Instituts. Wien: Böhlau, 59–79.
- Kindermann, Gottfried-Karl (2003): Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront 1933-1938. München: Langen Müller.
- Kirk, Tim (2011): Ideology and Politics in the State that Nobody Wanted. Austro-Marxism, Austrofascism, and the First Austrian Republic. In: Bischof, Günter [et.al.] (Hg.):

Global Austria. Austria's place in Europe and the world. New Orleans: University of New Orleans Press, 81–98.

- Kleindell, Walter (1987): Das große Buch der Österreicher. 4500 Personendarstellungen in Wort und Bild, Namen, Daten, Fakten. Wien: Kremayr & Scheriau.
- Kloss, Heinz (1967): ›Abstand Languages‹ and ›Ausbau Languages‹. In: Anthropological Studies, Indiana: Indiana University 9/7, 29–41.
- Knight, Robert (1997): Die „Erfindung“ der österreichischen Identität am Beispiel der Erziehungspolitik. In: Ardelt, Rudolf (Hg.): Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995; 22. bis 24. Mai 1995 in Linz. Innsbruck / Wien: Studienverlag, 159–163.
- Krivan, Bettina (2021): Die ‚soziale Bedeutung‘ lexikalischer Austriazismen aus dem Lebensmittel-/Kulinarikbereich im Generationenvergleich. Eine qualitative Spracherstellungsuntersuchung mit sozialgeschichtlicher Akzentuierung, Masterarbeit. Wien: Universität Wien.
- Kroiher, Erik (2016): Bruchlinien und Kontinuitäten österreichischer Zivilgesellschaft. Katholisches jugendbündisches Leben der Zwischenkriegszeit in seiner geistesgeschichtlichen Wirkung am Beispiel Felix Hurdes, Dissertation. Wien: Universität Wien.
- Kroskrity, Paul (2000): Regimes of language. ideologies, politics & identities. Oxford: James Currey.
- Kuckartz, Udo (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim / Basel: Beltz.
- Lasselsberger, Anna Maria (2013): Die Kodifizierung der Orthographie im Rechtsschreibwörterbuch. Eine Untersuchung zur Rechtschreibung im Duden und im Österreichischen Wörterbuch. Berlin / Boston: De Gruyter.
- Lasswell, Harold Dwight (1949): Language of politics. Studies in quantitative semantics. New York: Stewart.
- Lichtblau, Albert (1997): Österreichs „Identitäten“ als response. In: Ardelt, Rudolf (Hg.): Österreich – 50 Jahre Zweite Republik. Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995; 22. bis 24. Mai 1995 in Linz. Innsbruck / Wien: Studienverlag, 145–146.
- Lohaus, Marianne (2000): Recht und Sprache in Österreich und Deutschland. Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten als Folge geschichtlicher Entwicklungen; Untersuchung zur juristischen Fachterminologie in Österreich und Deutschland. Gießen: Köhler.

- Matzner-Holzer, Gabriele (2005): *Verfreunde Nachbarn. Österreich-Deutschland; ein Verhältnis*. Wien: Ed. Atelier.
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- Moosmüller, Sylvia / Dressler, Wolfgang (1988): *Hochlautung und soziophonologische Variation in Österreich*. In: *Jahrbuch für Internationale Germanistik 20/2*. Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang, 82–90.
- Moser, Hans (1995): *Westösterreich und die Kodifizierung des „österreichischen Deutsch“*. In: Muhr, Rudolf / Schrodt, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): *Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2)*. Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 166–177.
- Muhr, Rudolf (1982): *Österreichisch. Anmerkungen zur linguistischen Schizophrenie einer Nation*. In: Pohl, Heinz-Dieter (Hg.): *Klagenfurter Beiträge zur Sprachwissenschaft*. Klagenfurt: Praesens Verlag, 306–319.
- Muhr, Rudolf (1995a): *Grammatische und pragmatische Merkmale des Österreichischen Deutsch*. In: Muhr, Rudolf / Schrodt, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): *Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2)*. Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 208–234.
- Muhr, Rudolf (1995b): *Zur Sprachsituation in Österreich und zum Begriff „Standardsprache“ in plurizentrischen Sprachen*. *Sprache und Identität in Österreich*, in: Muhr, Rudolf / Schrodt, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): *Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2)*. Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 75–109.
- Münkler, Herfried (2015): *Der große Krieg. Die Welt 1914-1918*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Nachbaur, Ulrich (2009): *Österreich als Opfer Hitlerdeutschlands. Das Rot-Weiß-Rot-Buch 1946 und die unveröffentlichten Vorarlberger Beiträge*. Regensburg: Roderer.
- Dorostkar, Niku (2014): *(Mehr-)Sprachigkeit und Lingualismus. die diskursive Konstruktion von Sprache im Kontext nationaler und supranationaler Sprachenpolitik am*

Beispiel Österreichs, (= Menz, Florian / De Cillia, Rudolf / Gruber, Helmut (Hg.): Kommunikation im Fokus. Arbeiten zur Angewandten Linguistik Bd. 3). Göttingen: V&R unipress.

- Pfeiffle, Horst (1988): Bildungs- und Kulturpolitik unter Felix Hurdes. In: Christliche Demokratie 6/1. Wien / Köln / Weimar: Böhlau Verlag, 19–27.
- Politische Akademie (2021): 75 Jahre Österreichische Volkspartei. Geschichte in Geschichten. Wien: edition noir.
- Pollak, Wolfgang (1992): Was halten die Österreicher von ihrem Deutsch? Eine sprachpolitische und soziosemiotische Analyse der sprachlichen Identität der Österreicher. Wien: ÖGS / ISSS.
- Pollak, Wolfgang (1994): Österreich und Europa. sprachkulturelle und nationale Identität. Wien: ÖGS / ISSS.
- Ransmayr, Jutta (2005): Das österreichische Deutsch und sein Status an Auslandsuniversitäten. Eine empirische Untersuchung an Germanistikinstituten in Frankreich, Großbritannien, Tschechien und Ungarn, Dissertation. Wien: Universität Wien.
- Rathkolb, Oliver (2017): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010. Innsbruck / Wien: Haymon-Verlag.
- Rathkolb, Oliver (2020a): Die Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus. 1918-1945. In: Winkelbauer, Thomas (Hg.): Geschichte Österreichs. Ditzingen: Reclam, 477–524.
- Rathkolb, Oliver (2020b): Die Zweite Republik. Seit 1945. In: Winkelbauer, Thomas (Hg.): Geschichte Österreichs. Ditzingen: Reclam, 525–612.
- Reichhold, Ludwig (1975): Geschichte der ÖVP. Graz / Wien / Köln: Styria.
- Reichmann, Oskar (2000): Nationalsprache als Konzept der Sprachwissenschaft. In: Gardt, Andreas: Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart, Berlin [u.a.]: De Gruyter, 419–470.
- Reiffenstein, Ingo (1982): Hochsprachliche Norm und regionale Varianten der Hochsprache. Deutsch in Österreich. In: Moser, Hans (Hg.): Zur Situation des Deutschen in Südtirol. Sprachwissenschaftliche Beiträge zu den Fragen von Sprachnorm und Sprachkontakt. Innsbruck: Universität Innsbruck, 9–18.
- Reiffenstein, Ingo (1995): Das Österreichische Wörterbuch. Zielsetzungen und Funktionen. In: Muhr, Rudolf / Schrodtt, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen

Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 158–165.

- Reutner, Richard (2006): Zur Geschichte der Bezeichnung »österreichisches Deutsch«, in: Zagreber Germanistische Beiträge 15. Zagreb: Dominović, 191–213.
- Romaine, Suzanne (2007): The Impact of Language Policy on Endangered Languages. In: Koenig, Matthias [et.al.] (Hg.): Democracy and human rights in multicultural societies. Aldershot [u.a.]: Ashgate, 217–238.
- Ross, Dieter (1966): Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreichpolitik 1933–1934. Hamburg: Leipzig-Verlag.
- Schmidlin, Regula (2011): Die Vielfalt des Deutschen. Standard und Variation. Gebrauch, Einschätzung und Kodifizierung einer plurizentrischen Sprache. Berlin / Boston: De Gruyter.
- Schmidlin, Regula (2017): Normwidrigkeit oder Variationsspielraum? Die Varianten des Standarddeutschen als sprachliche Zweifelsfälle. In: Davies, Winifred / Häcki-Buhofer, Annelies/ Schmidlin, Regula (Hg.): Standardsprache zwischen Norm und Praxis. Theoretische Betrachtungen, empirische Studien und sprachdidaktische Ausblicke. Tübingen: Narr, 41–60.
- Schönner, Johannes (2001): Dr. Felix Hurdes 1901–1974. Ein überzeugter Österreicher im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Wien: Eigenverlag Politische Akademie, (Archiv des Karl-Vogelsang-Instituts; o. Sig.).
- Schreiber, Michael (2002): Austriazismen in der EU. (k)ein Übersetzungsproblem?, in: Lebende Sprachen 4. Berlin / Boston: De Gruyter, 150–153.
- Slowenisches Institut zur Alpen-Adria-Forschung / De Cillia, Rudolf (1998): Burenwurscht bleibt Burenwurscht. Sprachenpolitik und gesellschaftliche Mehrsprachigkeit in Österreich. Celovec: Drava.
- Spevak, Stefan (1996): 950 Jahre Österreich. Eine Dokumentation des Jubiläums im Jahre 1946, Dipl. Arbeit. Wien: Universität Wien.
- Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin / Boston: De Gruyter.
- Spolsky, Bernard (2004): Language policy. Cambridge / New York: Cambridge University Press.
- Stevenson, Patrick (2010): Language and Social Change in Central Europe. Discourses on Policy, Identity and the German Language. Edinburgh: Edinburgh University Press.

- Stollberg-Rilinger, Barbara (2018a): Maria Theresia. Die Kaiserin in ihrer Zeit. Eine Biographie. München: C.H. Beck.
- Stollberg-Rilinger, Barbara (2018b): Das Heilige Römische Reich deutscher Nation. Vom Ende des Mittelalters bis 1806. München: C.H. Beck.
- Stourzh, Gerald (1996): Erschütterung und Konsolidierung des Österreichbewußtseins. Vom Zusammenbruch der Habsburgermonarchie zur Zweiten Republik. In: Plaschka, Richard Georg (Hg.): Was heißt Österreich? Inhalt und Umfang des Österreichbegriffs vom 10. Jahrhundert bis heute. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 289–312.
- Stourzh, Gerald (1998): Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945-1955. Wien / Köln / Weimar: Böhlau.
- Stukenbrock, Anja (2005): Sprachnationalismus. Sprachreflexion als Medium kollektiver Identitätsstiftung in Deutschland 1617-1945. Berlin / New York: De Gruyter.
- Stukenbrock, Anja (2007): Sprachnation/Sprachnationalismus als Gegenstand linguistischer Diskursanalyse. In: Warnke, Ingo (Hg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin / New York: De Gruyter, 213–246.
- Sutter, Patrizia (2017): Diatopische Variation im Wörterbuch. Theorie und Praxis. Berlin / Boston: De Gruyter.
- Telesko, Werner (2012): Maria Theresia. Ein europäischer Mythos. Wien / Köln / Weimar: Böhlau.
- Tributsch, Svila / Ulram, Peter (2004): Kleine Nation mit Eigenschaften. Über das Verhältnis der Österreicher zu sich selbst und zu ihren Nachbarn. Wien: Molden.
- Tschiggerl, Martin: Significant otherness nation-building and identity in postwar Austria. In: Nations and Nationalism 27/3. Hoboken: Wiley, 782–796.
- Vocelka, Karl (2010): Geschichte der Neuzeit 1500–1918. Wien / Köln / Weimar: Böhlau.
- Wardhaugh, Ronald / Fuller, Janet (2014): An introduction to sociolinguistics. Somerset: John Wiley & Sons.
- Wiesinger, Peter (1988): Das österreichische Deutsch. Wien / Graz [u.a.]: Böhlau.
- Wiesinger, Peter (1995): Das österreichische Deutsch in der Diskussion. In: Muhr, Rudolf / Schrodt, Richard / Wiesinger, Peter (Hg.): Österreichisches Deutsch. Linguistische, sozialpsychologische und sprachpolitische Aspekte einer nationalen Variante des Deutschen (= Materialien und Handbücher zum österreichischen Deutsch und zu Deutsch als Fremdsprache, Bd.2). Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 59–74.

- Wiesinger, Peter (1997): Zu Ulrich Ammons Buch „Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz – Das Problem der nationalen Varietäten“ aus österreichischer Sicht. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 25, Berlin: De Gruyter, 45–52.
- Wiesinger, Peter (2000a): Nation und Sprache in Österreich. In: Gardt, Andreas (Hg.): Nation und Sprache. Die Diskussion ihres Verhältnisses in Geschichte und Gegenwart. Berlin [u.a.]: De Gruyter, 525–562.
- Wiesinger, Peter (2000b): Zum „Österreichischen Wörterbuch“. Aus Anlaß der 38. neu bearbeiteten Auflage. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 28/1. Berlin: De Gruyter, 41–64.
- Wiesinger, Peter (2002): Austriazismen als Politikum. Zur Sprachpolitik in Österreich. In: Ágel, Vilmos [et.al.] (Hg.): Das Wort. Seine strukturelle und kulturelle Dimension. Tübingen: Niemeyer, 159–182.
- Wiesinger, Peter (2010): Deutsch in Österreich. Standard, regionale und dialektale Variation. In: Krumm, Hans-Jürgen [et.al.] (Hg.): Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, Bd. 1. Berlin / Boston: De Gruyter, 360–372.
- Wolf, Norbert Richard (1994): Österreichisches zum Österreichischen Deutsch. Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik 61/1. Wiesbaden: Franz Steiner, 66–76.

7.2.2. Digitale Publikationen

- Achleitner, Josef (6. Juni 2017): Felix Hurdes. Von der Parteigründung zu „Der Papa wird’s schon richten“. In: OÖ Nachrichten, Linz: OÖ. URL: <https://www.nachrichten.at/meine-welt/geschichte/vor-100-jahren/Felix-Hurdes-Von-der-Parteigründung-zu-Der-Papa-wird-s-schon-richten;art155519,2585207> (Zugriff: 3. April 2022).
- Bundeskanzleramt (2022): Bundeshymne. URL: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/bundeshymne.html> (Zugriff: 29. Mai 2022 13:07).
- Die Presse (20. Juli 2012): Der Papa hat’s schon gerichtet. Felix Hurdes; ein Mann der „ersten Stunde“ und Mitbegründer der Volkspartei 1945, im Zwiespalt zwischen öffentlichen Ämtern und einer privaten Rechtsanwaltskanzlei. URL: https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Politik/Felix_Hurdes (Zugriff: 3. April 2022).
- Dürscheid, Christa / Elspaß, Stephan / Ziegler, Arne (2020): Variantengrammatik des Standarddeutschen. URL: <http://mediawiki.ids-mannheim.de/VarGra/index.php/Start> (Zugriff: 1. August 2022).

- Eichinger, Ludwig (2005): Deutsch in Österreich. In: GFL-Journal 1. URL: https://ids-pub.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/1804/file/Eichinger_Deutsch+in+%c3%96sterreich_2005.pdf (Zugriff: 7. Mai 2022).
- Filzmaier, Peter / Perlot, Flooh / Beyrl, Maria (2018): Waldheim affair. In: Encyclopædia Britannica Online. URL: <https://academic-eb-com.uaccess.univie.ac.at/levels/collegiate/article/Waldheim-affair/606136> (Zugriff: 21. Mai 2022).
- Gröller, Harald (Mai 2006): Deutsch oder Österreichisch. Ein kurzer Überblick über die österreichische Sprachpolitik. In: Internet-Zeitschrift für Kulturwissenschaften 16. URL: https://www.inst.at/trans/16Nr/07_3/groeller16.htm#_ftn5 (Zugriff: 5. Juni 2022).
- Hartmann, Gerhard (2021): ÖCV - Präs. Abg. z. NR BM a.D. RA Dr. Felix Hurdes. URL: <https://oecv.at/Biolex/Detail/12400387> (Zugriff: 15. März 2022).
- Lenz, Alexandra [et.al.] (2022): SFB Deutsch in Österreich. Variation – Kontakt – Perzeption. URL: <https://www.dioe.at/> (Zugriff: 2. August 2022)
- Muhr, Rudolf (2020): Pluriarealität in der Soziolinguistik. Ein umfassender Überblick über die Schlüsselbegriffe des Konzepts und eine Kritik der verwendeten linguistischen Daten. In: Muhr, Rudolf / Thomas, Juan (Hg.): Pluricentric Theory, beyond Dominance and Non-dominance, Graz/Berlin: PCL-Press, 9–83. URL: https://www.researchgate.net/publication/347930429_Pluriarealitat_in_der_Soziolinguistik_Ein_umfassender_Uberblick_uber_die_Schlüsselbegriffe_des_Konzepts_und_eine_Kritik_der_verwendeten_linguistischen_Daten (Zugriff: 3. Mai 2022).
- Retti, Gregor (1999): Austriazismen in Wörterbüchern. Zum Binnen- und Außenkodex des österreichischen Deutsch, Dissertation. Innsbruck: Universität Innsbruck. URL: <http://gregor.retti.info/docs/retti1999/> (Zugriff: 3. April 2022).
- Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (2014): Vorwort. In: Tálos, Emmerich / Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938. Wien: Lit Verlag. 1–6. URL: https://web-p-ebsohost-com.uaccess.univie.ac.at/ehost/ebookviewer/ebook/bmxlYmtfXzE3MTcwMDJfX0FO0?sid=a23fdc7e-f4d7-465c-b987-14dd78cca3f0@redis&vid=0&format=EB&lpid=lp_V&rid=0 (Zugriff: 4. August 2022).
- Zámečníková, Marta (2011): Das österreichische Deutsch in der Phraseologie, Dipl.-Arbeit. Omütz: Palacky-Universität Olmütz. URL: <https://theses.cz/id/qwslzv/1253451> (Zugriff: 3. Mai 2022).